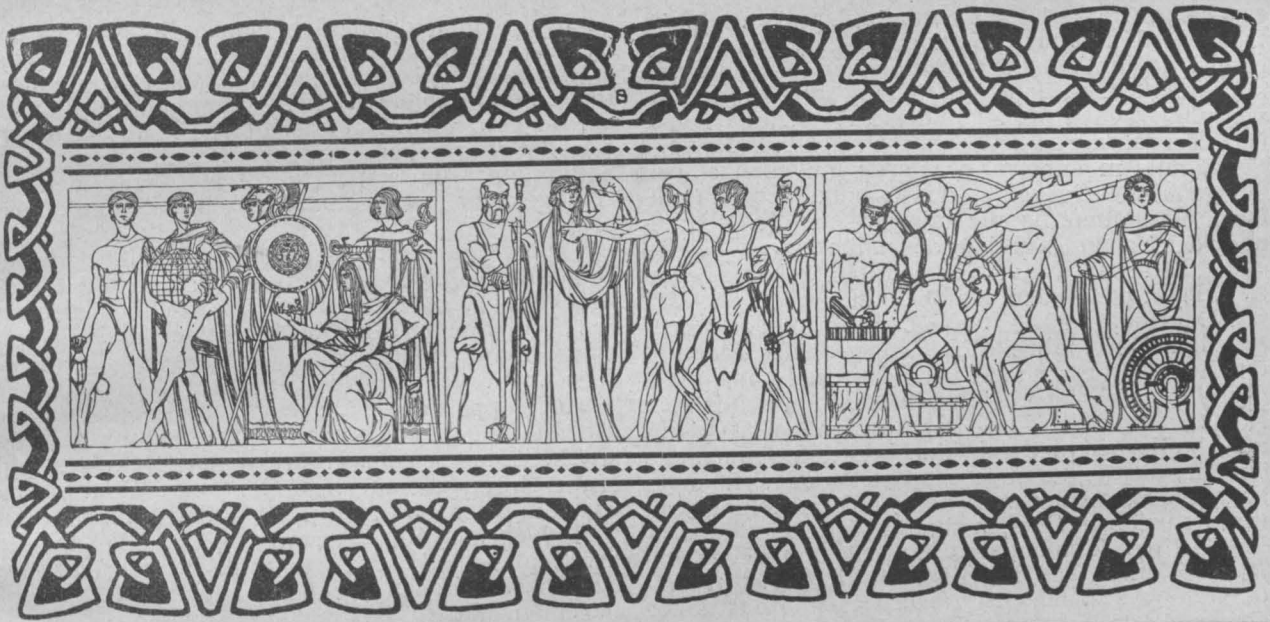


AS NEUE STAATLICHE ERZIEHUNGS-GEBÄUDE
IN NEW-YORK. * ARCHITEKTEN: PALMER, HORN-
BOSTEL & JONES IN NEW-YORK. * * * * *

DEUTSCHE BAUZEITUNG

* * * * 50. JAHRGANG 1916. * NO. 27. * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 27. BERLIN, DEN 1. APRIL 1916.

Das neue staatliche Erziehungsgebäude in New-York.

Architekten: Palmer, Hornbostel & Jones in New-York.

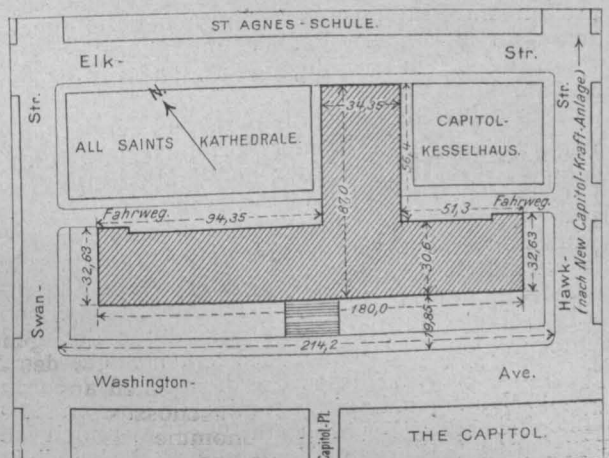
Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S 144 und 145.



In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Erziehungswesen nicht eine Angelegenheit der Union als solcher, sondern es ist der Fürsorge der einzelnen Staaten anvertraut. Am reichsten entwickelt und am weitesten verzweigt ist dieser Teil der öffentlichen Angelegenheiten naturgemäß in dem Einzelstaate, der, wenn auch nicht der Fläche nach das größte Gebiet, so aber doch der Zahl nach die meisten Einwohner hat und auf die älteste Handelswirtschaft und die entwickeltste Kultur zurück blicken kann: im Staate New-York. Das Bildungswesen gliedert sich hier in die öffentlichen Elementarschulen und in die Anstalten für den mittleren und höheren Unterricht, wie High Schools, Normal Schools oder Seminare, Academies, Colleges und Universitäten. Hierzu treten noch eine große Reihe von Schulen für besondere Zwecke, z. B. die allein für Frauen bestimmten Colleges, die Militärschulen, theologische, juristische und medizinische Sonderschulen, Hebamenschulen, Blinden- und Taubstummen-Anstalten, Besserungs-Anstalten und solche für Blödsinnige, Waisenhäuser, Handwerker- und technische Schulen, Studienclubs, historische Gesellschaften, Bibliotheken, Museen und eine Reihe anderer Anstalten und Körperschaften, die das Ziel der Förderung der Kenntnisse auf allen Gebieten der menschlichen Kultur verfolgen. Im Staate New-York ist dieses Bildungswesen im Einzelnen am meisten entwickelt und es kann daher nicht überraschen, wenn wir sehen, daß zu seiner Verwaltung ein öffentliches Monumental-Gebäude errichtet wird, das zu den größten Bauwerken der Haupthandelsstadt der Union und dieser selbst zählt. Es ist zugleich das erste Gebäude, welches in den Vereinigten Staaten dem einzigen Zweck der Erziehungs-Verwaltung vollständig gewidmet wurde. Die Erbauung wurde durch einen am 1. Juni 1906 zum Gesetz gewordenen Beschluß eingeleitet. Als Baugelände wurde ein Straßenblock an der Washington-Avenue gewählt, auf dem sich das Gebäude in einer Ausdehnung von rd. 180 m an

dieser Avenue entwickelt, seine Kopfseiten nordwestlich der Schwanen-, südöstlich der Falken-Straße zukehrt und den Steg seines \perp -förmigen Grundrisses bis an die Elenntier - Straße erstreckt. Mit den Arbeiten wurde Ende Juli 1908 nach den Entwürfen der Architekten Palmer, Hornbostel und Jones in New-York begonnen und Mitte Oktober 1912 konnte die Uebergabe des Neubaus an die Behörde erfolgen. Die Kosten des Bauplatzes betrugen rd. 466 500 Dollars oder etwa 1866 000 M., die des Gebäudes etwa 4534 000 Dollars oder rd. 18 136 000 M.

Das Gebäude hat \perp -Form, seine Flucht ist gegen 20 m von der Straßenkante der Washington-Avenue zurückgesetzt. Der Hauptkörper hat bei 180 m Länge eine Tiefe von 30 und 33 m, der Nebenteil, der sich bis zu einer Tiefe von 87 m erstreckt, eine Breite von gegen 35 m. Es handelt sich also um sehr stattliche Maße. Die Washington-Avenue fällt nach Südosten nicht unerheblich ab, sodaß sich unter dem südöstlichen Teil des Gebäudes ein volles Sockelgeschoß entwickelt, während der nordwestliche Teil beinahe in der Ebene des Gehweges verläuft. In diesem Teil des Untergeschosses befindet sich ein ausgedehntes Sicherheitsgewölbe mit Stahlkasten und Stahlträgern zur Aufbewahrung von unersetzlichen Handschriften,



geschichtlichen Dokumenten und anderem wertvollem Besitz der Verwaltung. Im nordöstlichen Teil des Gebäudes beginnt nach den Grundrissen S. 144, die eine nur ganz skizzenhafte Vorstellung über die Raumverteilung geben wollen, in diesem Geschosß ein großer Hörsaal, durch 2 Geschosse reichend, der an 3 Seiten mit Umgängen und Galerien umgeben ist. Der übrige Teil des Sockelgeschosses enthält eine Durchfahrt, alle Räume für die hauswirtschaftliche Bedienung des Gebäudes und für das dafür angestellte Personal, und Stapelräume für die Bibliothek, die gegen 10 m tief in den Boden versenkt sind.

Der Hauptzugang zum Gebäude erfolgt zum Erdgeschoss über eine breite Freitreppe von der Washington-Avenue aus und führt sogleich zum Mittelpunkt des Hauses. Nebeneingänge wurden an den beiden Kopfbauten angeordnet. Zur Rechten der Haupteingangshalle befindet sich eine breite, monumentale Treppe, die zur Rotunde des zweiten oder Hauptgeschosses führt. Diese Vorhalle und die Rotunde mit ihren gewölbten Gängen sind in Werkstein konstruiert. In der Richtung des Eintretenden liegen die Aufzüge, links liegt das Auskunftszimmer. Ein breiter Gang durchzieht in diesem Geschosß das ganze Gebäude von West nach Ost; seine Gliederung ist in Tennessee-Marmor erstellt. Das ganze Geschosß ist im übrigen in Verwaltungsräume für die obersten Beamten des Erziehungs-Departements und ihre Gehilfen aufgeteilt.

Im Hauptgeschoss entwickelt sich nördlich von der kreisrunden Zentralhalle eine 12 m breite, 14,5 m hohe und etwa 16 m lange Halle, die zum großen Lesesaal führt und in die unsere Abbildung S. 145 einen Einblick gewährt. Oestlich und westlich führen ähnliche Hallen zu den medizinischen und juridischen Sonder-Büchersammlungen. Diese Hallen sind durch Oberlicht beleuchtet. Ueber der Rotunde selbst ist auf Gewölbezwickeln eine runde Säulenstellung mit Kuppel entwickelt, die Zenitlicht erhält. Diese ganze zentrale Anlage mißt etwa 32 auf 32 m, während die Kuppel sich bis gegen 29 m über dem Fußboden des zweiten Geschosses erhebt. Monumentale Wandmalereien in dieser Halle von Will H. Low haben zum Thema „das Streben des Menschen nach Aufklärung und seine Ergebnisse“.

Den ganzen Nordflügel des Gebäudes nimmt der große Lesesaal ein, der mit einem Büchermagazin von 2 Mill. Bänden in unmittelbarer Verbindung steht. Er hat Seitenlängen von etwa 32 : 40 m und ist durch 12 Stützen mit Stahlkern gegliedert, welche Terrakotta-Gewölbe tragen, mit denen der Saal eine Höhe von 16 m erreicht. Die Tagesbeleuchtung erfolgt von 3 Seiten durch 11 große seitliche Fenster, die künstliche Beleuchtung ist die elektrische von den Gewölben aus. Die verschiedenen Leseräume fassen 500 Personen.

Eine freitragende elliptische Treppe führt zum zweiten Obergeschoss. In einem Zwischengeschosß, das in den östlichen Teil des Gebäudes eingebaut ist, befinden sich die Amtsräume für verschiedene Zweige der Erziehungs-Verwaltung. Im zweiten Obergeschoss sind Prüfungssäle, Schulräume, Bibliotheksräume für besondere Fächer untergebracht. Der große Lesesaal im Nordflügel geht noch bis zu diesem Geschosß durch.

Das dritte Obergeschoss nun, das bereits ganz hinter dem hohen Fries der korinthischen Säulenstellung der 3 Hauptfassaden liegt und durch Oberlicht beleuchtet wird, ist fast in seiner ganzen Ausdehnung Museums- und Sammlungszwecken gewidmet. Der Tambour der zentralen Rotunde geht bis zu diesem Geschosß mit seiner freien Säulenumstellung durch. In einem etwas tiefer liegenden Halbgoschoss sind die Verwaltungsräume des Museumsdirektors und seiner Assistenten angeordnet. Die ganze Südseite dieses Geschosses wird durch eine Ausstellungshalle eingenommen, die gegen 180 m Länge hat, etwa 17 m breit und über 15 m hoch ist. Obgleich sie in Unterabteilungen eingeteilt ist, bleibt

doch ein Blick durch den ganzen Raum erhalten. Der Raum enthält die geologischen, mineralogischen und paläontologischen Sammlungen. Eine kleinere Halle ist den archäologischen Sammlungen gewidmet, ein weiterer Raum dient der Botanik. An der Nordostseite des Gebäudes befindet sich ein großer Sammlungsraum von etwa 33 : 40 m Seite, der die zoologischen und entomologischen Sammlungen birgt.

Dieses Sammlungs-Geschosß nun gibt dem Gebäude seinen eigenartigen Charakter. Wie die Beilage zeigt, besteht die architektonische Gliederung des Äußeren an 3 Seiten aus einer Stellung von korinthischen Säulen, die 3 Geschosse zusammenfassen. An den beiden Kurzseiten sind es Dreiviertel Doppelsäulen, die auch die Endpunkte der großen Säulenhalle der Hauptfassade bilden, die aus 36 Säulen besteht. Während zum Sockelgeschosß grauer Granit aus dem Staate Maine verwendet wurde, wurde für den gesamten Aufbau der 3 Außenseiten weißer Marmor von Vermont gewählt. Die Kapitelle der Säulen sind jedoch aus glasierter Terrakotta; keramische Erzeugnisse haben auch für die zurückliegenden Mauern Verwendung gefunden. Das Dach ist, soweit es nicht mit Oberlichtern durchbrochen ist, mit Kupfer gedeckt. Das reiche Gebälk nun, das zunächst aus einem ungewöhnlich hohen und ungewöhnlich reich ornamentierten Architrav besteht, dem ein hoher, glatter Fries folgt, auf den sich ein Konsolen-Gesims mit geschmückter Sima in den üppigsten Formen der spätrömischen Kunst lagert, lastet unzweifelhaft schwerer auf der Säulenstellung, als diese verträgt und es erhält bei aller strengen Monumentalität das Gebäude dadurch etwas Unausgeglichenes, es zeigt einen gewissen Mangel an Abwägung der Massen.

Die Umgebung des Gebäudes ist mit gepflasterten oder mit Platten belegten Wegen, mit Rasenflächen und mit geschnittenen Hecken ausgestattet. Auch norwegische Ahornbäume wurden der Hauptfront entlang angepflanzt.

Das ganze Gebäude ist durchaus feuersicher konstruiert. Die Fußböden und Decken bestehen aus Stahlkonstruktion und sind mit Beton ausgestampft, der seinerseits wieder einen Marmor- oder Mosaikbelag trägt. Erwärmt werden die Räume durch eine Fernheizung, deren Quelle zwei Häuserquadrate weit entfernt ist. Das gleiche Gebäude, welches das Fernheizwerk enthält, hat zugleich die Einrichtungen für Lieferung der elektrischen Kraft und Beleuchtung. Auf elektrischem Wege erfolgen auch die Zuführung frischer und die Ableitung verbrauchter Luft.

In seiner kunstgeschichtlichen Stellung in der nordamerikanischen Baukunst der Gegenwart geht auch dieses Gebäude wie fast alle großen Monumentalbauten der letzten Jahrzehnte wieder auf die Antike zurück, nachdem die durch Richardson eingeleitete Pflege des romanischen Stiles trotz einiger sehr beachtenswerter, jedoch ephemerer Erscheinungen, die etwas von einer autochthonen Entwicklung ahnen ließen, wieder verlassen wurde. Nach kurzem Anlauf zur Selbständigkeit ist die amerikanische Baukunst wieder zur europäischen Anleihe, dieses Mal der alten Welt, zurückgekehrt. Es mögen rein psychologische Gründe sein, die dazu treiben und es mag daher kommen, daß zwar die große Masse der Amerikaner der Union eine durchaus selbständige, den Verhältnissen des Landes angemessene Kultur und Bildung besitzt, daß aber die in allen höheren Dingen leitende Oberschicht der Bevölkerung nach wie vor dem Einfluß der durch Jahrhunderte lange Entwicklung bis in die letzten Verzweigungen ausgebildeten europäischen künstlerischen Kultur unterliegt. Jedenfalls kann man, was die bildende Kunst anbelangt, in den Vereinigten Staaten nicht von einer nationalen Entwicklung sprechen, nicht einmal von einer national beeinflussten. Denn dieses Völkergemisch ist keine Nation im europäischen und sprachlichen Sinne. —

Von Kurt Perlewitz, Beratender Ingenieur, Berlin-Friedenau.

Von Kurt Perlewitz, Beratender Ingenieur, Berlin-Friedenau.

In der Entscheidung wird Folgendes ausgeführt:

Zunächst ist zu untersuchen, ob die Tätigkeit eines Architekten als Handwerksbetrieb aufzufassen ist. In keiner der gesetzlichen Bestimmungen, die sich mit dem Handwerk befassen, ist eine nähere Erläuterung des Begriffes „Handwerk“ gegeben (vergl. § 196, Abs. 1, Ziff. 1 des BGB. und § 4 des Handelsgesetzbuches). Die Entscheidung findet daher lediglich ihre Stütze in den Anschauungen des Verkehrs und in dem allgemeinen Sprachgebrauch, wie in der Rechtsprechung und in der Literatur nirgends zweifelhaft ist.

Im wirtschaftlichen Leben Deutschlands hat sich seit alten Zeiten der Begriff des Handwerks zu einem ziemlich feststehenden und eng umgrenzten gestaltet. Danach ist unter Handwerk ein nicht fabrikmäßiger Gewerbe-

Aus Vorstehendem ist ohne Weiteres ersichtlich, daß zum Handwerk diejenige Tätigkeit nicht gehört, die kein Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung ist. Es erhellt auch weiter, daß zum Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung die freien Wissenschaften und die künstlerische Tätigkeit nicht gehören. Darüber besteht in Literatur und Rechtsprechung kein Streit (v. Landmann, „Kommentar zur Gewerbeordnung“, 6. Aufl., Bd. 1, S. 35 unter b und Neukamp, „Gewerbeordnung“, 9. Aufl., Anmerkung 2, Abs. 7 zu § 1 Gew.-Ord.). Ob eine künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit vorliegt oder nicht, ist danach zu entscheiden, ob die künstlerische, (schöpferische) oder wissenschaftliche Tätigkeit überwiegt, oder ob eine nur rein mechanische, nachbildende Tätigkeit vorliegt (v. Landmann a. a. O. Anmerkung 3a zu § 100 G.-O.). Danach wird im Allgemeinen der Beruf eines Architekten nicht als Gewerbe anzusehen sein. Er kann indessen dazu unter gewissen Voraussetzungen werden, nämlich einmal dann, wenn die Leistungen des Architekten sich nicht über das Wertmaß der gewöhnlichen, täglich im Baugewerbe vorkommenden Arbeiten, wie sie auch jeder in Baugeschäften tätige Bautechniker ausführt, erheben und somit keinen Anspruch auf die Bezeichnung als wissenschaftliche Arbeit machen können (es pflegen sich häufig Bauhandwerker aller Art ohne jede wissenschaftliche Vorbildung als Architekten zu bezeichnen); und weiter auch dann, wenn der Architekt ungeachtet seiner wissenschaftlichen und künstlerischen Kenntnisse seine Tätigkeit mehr als eine rein gewerbsmäßige betrachtet, indem er sie lediglich auf die Ausführung von Bauten auf eigene Rechnung erstreckt und dabei weniger das künstlerische als das praktische Moment hervortreten läßt (vergl. Entscheidung des preuß. Oberverw.-Gerichts

In zwei bemerkenswerten Erlassen hat das Evangelische Konsistorium in Württemberg Stellung zu einigen durch den Krieg hervorgerufenen Kunstfragen genommen. Der eine Erlaß weist darauf hin, daß durch den Krieg, der alle Kräfte des Volkes bis aufs

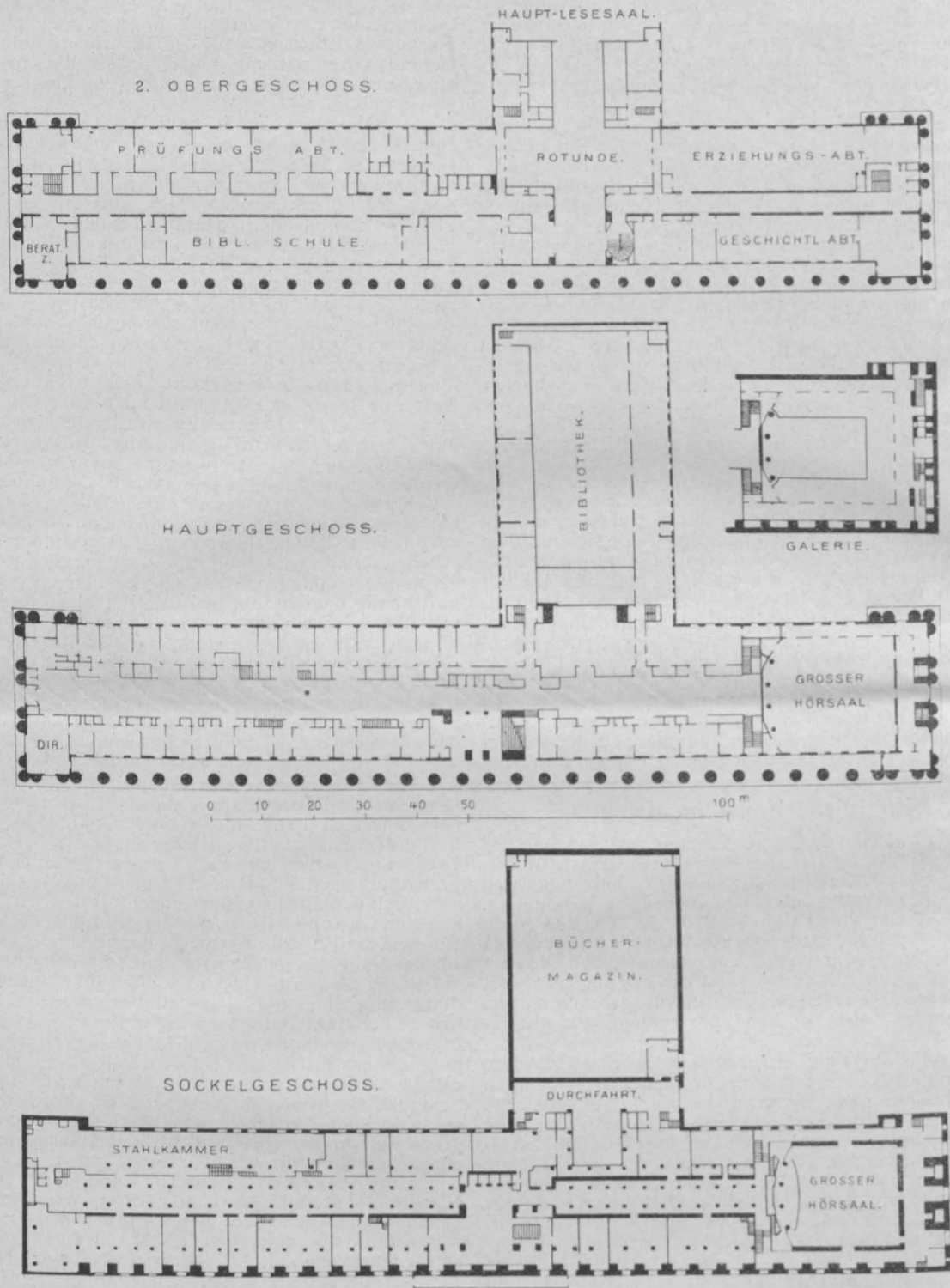
Ferner hat der Krieg die Notwendigkeit der kirchlichen Fürsorge für die Jugend, die vorschulpflichtige wie die schulentlassene, in helles Licht gestellt. Soll diese Fürsorge gedeihen, so bedarf sie eines räumlichen Sammelpunktes, wie er am besten in einem Gemeindehaus geschaffen wird. Eine Kirchengemeinde, in der ein solches Gemeindehaus den Raum für Kleinkinderschule, für Jünglings- und Jungfrauen-Vereine, für die Kinder- und womöglich die Krankenschwester umfaßt, ist wohl versorgt; bei zweckmäßiger Anlage läßt sich damit ein Saal für Gemeindeabende, Bibelstunden usw. zwanglos verbinden.

Auch den Zeichen zum Gedächtnis der Kriegsgefallenen, den Gedenktafeln, wendet das Konsistorium seine Aufmerksamkeit zu. Es macht darauf aufmerksam, daß solche Tafeln, für welche nach dem Empfinden des Volkes die Kirche der würdigste Ort sei, nicht ohne künstlerischen Beirat entworfen und ausgestattet werden und Schlichtheit und charakteristisch würdige Form verbinden sollten. In großen Gemeinden, wo viele Namen zu verzeichnen sind, mag in einer Kirche sich eine Vorhalle oder Kapelle dazu eignen, an ihren Wänden mit passendem künstlerischem Schmuck die Namen aufzunehmen. Wo das nicht zutrifft, sollte doch ein Denkzeichen an die Gefallenen und an die große Zeit in der Kirche nicht fehlen, sei es in Gestalt eines Epitaphes, für welche unsere Kirchen so gute Vorbilder aus alter Zeit in Stein, Holz und Metall enthalten, oder in Gestalt eines gemalten Fensters oder einer in ein Fenster einzusetzenden gemalten Scheibe. Hiedurch werde für die kommenden Geschlechter das Gedächtnis an die opfervolle Zeit des Weltkrieges festgehalten.

Hierüber hinaus gehende „Denkmäler“ zur Erinnerung an Krieg und Frieden aber sollten nach einem weit verbreiteten richtigen Empfinden nicht bloß in toten Stein oder Erz bestehen, sondern mit der geschichtlichen Erinnerung an die große Zeit einen Dienst an dem heraufwachsenden Geschlecht verbinden, in das es gilt, mit diesem Gedenken zugleich den Sinn zu pflanzen, der des Errungenen wert ist und es fruchtbar weiter leitet. Möge einmal da und dort vor einem zur Erinnerung an den Friedensschluß gegründeten evangelischen Gemeindehaus oder vor einer Friedenskirche in schlichtem Saalcharakter die Friedenslinde stehen als Denkzeichen, daß der Weltkrieg die Kraft unseres Volkes nicht erschöpft hat und daß Glieder der Gemeinde bereit waren, Opfer zu bringen, um evangelisches Gemeindeleben zu fördern bei den Erwachsenen und besonders bei der Jugend. —

vom 11. März 1899 im preuß. Verwaltungsblatt Bd. XX, S. 544). Unbedenklich wird in diesen beiden Fällen eine unter die Gewerbeordnung fallende Tätigkeit anzunehmen sein. Denn zu den Werken einer wissenschaftlich geübten Baukunst können regelmäßig gewöhnliche Häuser und sonstige Bauten praktischer, wirtschaftlicher Art nicht gezählt werden, wie solche alltäglich von wissenschaftlich nicht ausgebildeten Maurer- oder Zimmermeistern herge-

vor, so ist es gleichgültig, welche Vorbildung der Architekt genossen hat; insbesondere bedarf es keineswegs stets einer akademischen Vorbildung. Es ist lediglich darzutun, daß die Tätigkeit der in Frage stehenden Personen eine wissenschaftlich künstlerische ist (Entscheidung des preuß. Ob.-Verw.-Ger. in Staatssteuersachen Bd. 9 S. 397). Die Zugehörigkeit zur Zwangsinnung für das Bauhandwerk ist ferner an die Voraussetzung geknüpft, daß



Das neue staatliche Erziehungsgebäude in New-York. Architekten: Palmer, Hornbostel & Jones in New-York.

stellt werden. (Entscheidung des preuß. Oberverw.-Ger. in Staatssteuersachen, Bd. 4, S. 260). In Fällen der vorgeschilderten Art ist es naturgemäß ohne Belang, ob sich die zur Zwangsinnung herangezogene Person als Architekt oder Baumeister bezeichnet. Solche Personen bleiben trotzdem Gewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung; und zwar sind sie in den beiden vorgeschilderten Fällen als Bauhandwerker zu bezeichnen, da sich ihre Tätigkeit in nichts von der Tätigkeit derjenigen Personen unterscheidet, die sich nur in handwerksmäßiger Weise mit der Herstellung von Bauten beschäftigen.

Liegen die beiden vorgeschilderten Fälle dagegen nicht

gemeinsame gewerbliche Interessen zu wahren sind. Welcher Art diese Interessen sind, ergeben, da die Aufgaben der Zwangsinnungen im wesentlichen dieselben sind, wie diejenigen der freien Innungen, die §§ 81 a/b der Gew.-Ordn. Es kommen insbesondere in Frage die Pflege des Gemeingeistes und der Standesehre, die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen (Gehilfen), sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis, die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Ausbildung der Lehrlinge, sowie die Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge.

Was nun den hier zur Entscheidung stehenden Fall

anbelangt, so ist notorisch und bedurfte daher keines weiteren Beweises, daß sich der Beschwerdeführer fast ausschließlich mit der Erstattung von gerichtlichen Gutachten und Schiedssprüchen beschäftigt. Hat er daneben in vereinzelt Fällen einmal einen Bau für eigene oder für fremde Rechnung ausgeführt oder eine Tätigkeit entwickelt, die auch von Bauhandwerkern verrichtet wird, so tritt diese Tätigkeit gegenüber seiner Gutachtertätigkeit

und Aufsichtsführung. Das trifft aber bei dem Beschwerdeführer, wie vor erwähnt, nicht zu. Der Beschwerdeführer ist ganz allgemein als Gutachter für Bausachen aller Art ein für allemal beeidigt. Seine Tätigkeit hat daher nichts mit derjenigen eines Handwerksmeisters, der vielleicht in einem vereinzelt Fall einmal auf seinem Spezialgebiet als Gutachter vom Gericht herangezogen wird, zu tun.

Der Umstand, daß der Beschwerdeführer bereits seit



Staats-Bibliothek. Blick gegen den Haupt-Lesesaal vom Austritt der Haupttreppe.

Das neue staatliche Erziehungsgebäude in New-York. Architekten: Palmer, Hornbostel & Jones in New-York.

so weit zurück, daß sie für die Beurteilung des Falles nicht in Frage kommt.

Wer dauernd als Gutachter tätig ist, also nur eine rein geistige Beschäftigung ausübt, betreibt schon nach dem allgemeinen Sprachgebrauch kein Handwerk. Wie die Entscheidung vom preuß. Ob.-Verw.-Ger. vom 18. Mai 1914 (Gewerbearchiv Bd. 14, S. 476 ff.) mit Recht ausführt, muß für den Begriff des Handwerks zum mindesten verlangt werden, daß die in Frage stehende Person sich an dem technischen Hergang der Warenerzeugung, hier also der Ausführung von Bauten selbst beteiligt, sei es durch unmittelbare Mitarbeit, sei es wenigstens durch Leitung

vielen Jahren dauernd von den hiesigen Gerichten in den zum Teil außerordentlich verwickelten Bauprozessen als Gutachter herangezogen worden ist und wird, beweist, daß die hiesigen Gerichte seine Leistungen durchweg als auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende beurteilen. Es bedurfte daher auch in dieser Hinsicht keiner Beweis-Erhebung mehr, und es erübrigt sich daher auch, den Bildungsgang des Beschwerdeführers nachzuprüfen.

Auch die zweite Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Zwangsinnung, nämlich das Vorhandensein gemeinsamer gewerblicher Interessen, ist im vorliegenden Fall zu verneinen. Den Beschwerdeführer verbinden weder Interessen

vermögensrechtlicher Art, noch solche auf den anderen vorangeführten, den Innungen zugewiesenen Gebieten mit der Zwangsinnung für das Maurer- usw. Handwerk.

Der Beschwerdeführer hält weder Gesellen noch Lehrlinge. Es ist im Gegenteil dem Beschwerdeführer zuzugeben, daß seine Interessen sich mit denjenigen der Innung nicht decken, weil das Vertrauen, das von den Parteien

einem gerichtlichen Gutachter entgegen gebracht werden muß, naturgemäß größer ist, wenn der Gutachter den Mitgliedern der Innung völlig fremd und objektiv gegenüber steht.

Nach Allem war die Zugehörigkeit des Beschwerdeführers zur Zwangsinnung für das Maurer- usw. Handwerk zu verneinen". —

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Neues Mitglied der kgl. preuß. Akademie der Künste in Berlin. Zum ordentlichen einheimischen Mitglied der kgl. Akademie der Künste in Berlin wurde der Architekt Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. German Bestelmeyer in Berlin gewählt und bestätigt. —

Wechsel in der Leitung der Münchener Stadterweiterung. Als Nachfolger des verstorbenen städt. Baurates Wilhelm Bertsch wurde der Ober-Ingenieur A. Blössner zum Vorstand der Hochbau-Abteilung IV und der Abteilung für Stadterweiterung in München ernannt. Er erhielt zugleich den Titel „Städtischer Bauamtmann“. Wir begrüßen diese Ernennung, die wir erwartet haben, denn Hr. Blössner vereinigt alle persönlichen und fachlichen Eigenschaften zu erfolgreicher Leitung der ihm nun unterstellten Ämter in sich. —

Die Gebühren der Architekten und Ingenieure als gerichtliche Sachverständige. Die im Jahre 1914 in neuer Fassung erschienene Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (G. O. f. Z. u. S.) setzt in ihrem § 3 für die Leistungen der Sachverständigen eine Vergütung „nach Maßgabe der erforderlichen Zeitversäumnis“ bis zur Höhe von 3 M. (früher 2 M.) für die Stunde fest und bestimmt dort ferner: „ist die Leistung besonders schwierig, so darf der Betrag bis zu 6 M. (früher 4 M. nach § 4) für jede angefangene Stunde erhöht werden. In § 4 wird jetzt weiter (ohne Rücksicht auf die Schwierigkeit des Falles) ausgeführt: „besteht für die aufgetragene Leistung ein üblicher Preis, so ist dem Sachverständigen auf Verlangen dieser und für die außerdem stattfindende Teilnahme an Terminen die in § 3, Abs. 1, Satz 1 und 2 geregelte Vergütung zu gewähren.“

Nun wird nach Anschauung der Architekten und Ingenieure der übliche Preis für Arbeiten ihres Gebietes, also auch für technische Gutachten, bestimmt durch die Gebühren-Ordnung für Arbeiten der Architekten und Ingenieure (G.-O. f. A. u. I.) vom Jahre 1901. Sie können sich dabei auf die Entscheidung zweier Zivilsenate des Reichsgerichtes berufen. Die ältere vom 8. November 1901 des III. Ziv.-Senates (Aktenzeichen III B, 223 01) läßt die Berechnung der Gebühren für ein gerichtliches Gutachten im Falle des § 4, schwieriger Fall, ausdrücklich nach der G.-O. f. A. u. Ing. von 1901 zu. (Vergl. Deutsch. Bauztg. 1909, S. 244). Eine weitere Entscheidung vom 22. Januar 1907 des VII. Ziv.-Senates (Akt. Z. 194/06), die sich allerdings nicht auf ein gerichtliches Gutachten bezieht, betrachtet die Honorarnorm als „im geschäftlichen Verkehr allgemein anerkannt“ und ihre Sätze „mangels einer besonderen Vereinbarung als maßgebend“, erkennt sie damit also als „üblichen Preis“ an. (Vergl. „Deutsche Bauztg.“ Jahrg. 1907, S. 152.)

Trotz dieser Entscheidungen und trotz der neuen Fassung der G. O. f. Z. u. S. im § 4 wird aber von vielen Gerichten nach wie vor eine Berufung auf die G. f. A. u. I. zurückgewiesen und lediglich nach dem niedrigsten Satz des § 3 vergütet, indem die Frage der besonders schwierigen Leistung zumeist verneint wird. Die Gerichte stützen sich dabei offenbar auf die Motive zum Gesetz-Entwurf der G. O. f. Z. u. S., die wir Jhg. 1914 S. 239 ff. abgedruckt haben. Dort heißt es nämlich „darüber, ob ein üblicher Preis besteht, hat gegebenenfalls das Gericht nach freiem Ermessen zu entscheiden. Es ist also nicht an etwaige Normen gebunden, die Vereine oder Verbände für ihre Mitglieder aufgestellt haben.“ Auf diesen Standpunkt stellen sich nicht nur vielfach die ordentlichen Gerichte, sondern nach

einer uns kürzlich vorgelegten Entscheidung eines Senates des Ob.-Verwaltungs-Gerichtes auch dieses. Wenn Entscheidungen dieser Art zur Regel werden, so würden damit, abgesehen von der geringen Erhöhung des gewöhnlichen Stundensatzes, alle Vorteile, welche die neue Fassung der G. O. f. Z. u. S. den Architekten und Ingenieuren zu bieten schien, wieder verloren gehen. Es ist eine Neuregelung der G. O. f. Arch. u. Ing. z. Zt. durch die beteiligten Verbände eingeleitet, ganz besonders wichtig erscheint uns aber, daß eine allgemeine Anerkennung derselben durch die Gerichte herbeigeführt wird. —

Nachforderungen zu den auf Grund des preuß. Wasserstraßengesetzes vom 1. April 1905 ausgeführten Bauten im Betrage von 36,2 Mill. M. sieht eine dem preuß. Abgeordnetenhaus kürzlich zugegangene und in den Ausschlußberatungen bereits genehmigte Vorlage vor. Davon entfallen 33,44 Mill. M. allein auf den Rhein-Weser-Kanal (ausschl. der noch nicht ausgeführten Lippe-Kanalisation), dessen Kosten damit von 206,15 auf 239,59 Millionen Mark anwachsen. Diese Mehrkosten werden einerseits bedingt durch die notwendige Erweiterung des Grunderwerbes, vor allem aber durch Anwachsen der Grundstückspreise in den letzten 10 Jahren, außerdem aber durch Mehrkosten für die eigentliche Bauausführung, die rd. 17 Mill. M., also 10% des ursprünglichen Anschlages ausmachen. Diese Mehrkosten ergeben sich daraus, daß beim Rhein-Herne-Kanal statt der zunächst geplanten Einzelschleusen gleich Schleppzugsschleusen eingebaut und daß die Zahl der Brücken vermehrt und ihre Spannweite auf einen etwaigen späteren 3schiffigen Ausbau berechnet wurden. Am Hohenzollern-Kanal (Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin), der auf Grund desselben Gesetzes ausgeführt worden ist, ergibt sich, ohne den 2. Abstieg bei Niederfinow, ein Mehrbetrag von 4 Mill. M., teils durch Mehrkosten an Grunderwerb, teils durch Lohn-Erhöhungen seit Aufstellung des Entwurfes, teils durch notwendige bauliche Maßnahmen, die sich nicht voraussehen ließen. Da für den 2. Abstieg weitere 4,92 Mill. M. bereit stehen, dieser aber noch nicht dringlich in seiner Ausführung ist, wird zunächst von einer Nachforderung abgesehen. Für den 2. Abstieg werden die jetzt festgestellten ungünstigen Bodenverhältnisse usw. voraussichtlich auch noch 4 Mill. M. Mehrkosten verursachen. Es wird daher z. Zt. erwogen, ob nicht durch eine 2. Schleusentreppe das Ziel billiger erreicht werden kann, als durch das vorgesehene und im Prinzip bereits festgelegte mechanische Hebewerk. (Vergl. Deutsche Bauztg. 1913, S. 199.) Auch die Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel, sowie der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen ist auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1905 erfolgt. Die Kosten dieser Ausführung erhöhen sich von 21,175 Mill. M. auf 23,935 Mill. M., also um 2,76 Mill. infolge von Verbesserungen an den Stau-stufen der Netze, des Bromberger Kanales usw. Schließlich fällt unter das Wasserstraßengesetz von 1905 noch die Kanalisierung der Oder von der Glatzer Neiße bis Breslau, für die einschl. Versuchsbauten, Tal-sperrren usw. 19,65 Mill. M. ausgeworfen waren. Auch hier sind die Ausführungen z. T. anders als nach dem ursprünglichen Plan erfolgt, Mehrforderungen wurden aber dadurch nicht notwendig. —

Tote.

K. K. Oberbaurat Ferdinand Fellner †. Dem verstorbenen Meister der Wiener Baukunst widmet Hr. Brt. Ernst v. Gotthilf in der „N. Fr. Pr.“ einen Nachruf, dem wir zur Ergänzung unserer eigenen Mitteilungen noch das Folgende entnehmen: „Gerade und ehrlich, energisch und selbstbewußt war seine Art. Auf hoher, schlanker Figur saß ein Kopf mit scharfer Nase und buschigem Schnurrbart. Seine Wiener Mundart harmonierte gut mit seiner etwas lässigen Haltung. Eine äußerliche Frohnatur mit tief empfindender Sentimentalität. Als Architekt war Fellner ein ganz Großer, jedoch nicht im Sinne des Fassaden-Architekten, denn seine Domäne war der Grundriß. Nicht als Zeichner erschien er, er rechnete seine Bauten; seine Grundrißskizzen, im Nachlaß dürften sie sich zu Tausenden finden, sind für den Kenner von höchstem Interesse. Wie er widerspenstige Anforderungen zu meistern verstand, wie er Treppenlösungen fand und erland, und

unmöglich scheinende Verbindungen einzelner Geschosse zurecht setzte, kann nur ein Begnadeter. Arbeit war für ihn Erholung. Er war der Erste und Letzte in seinem Atelier. In den letzten Jahren zog sich Fellner größtenteils von der praktischen Ausübung seines Berufes zurück und richtete sein Interesse hauptsächlich auf die Wahrung der Ständesfragen als Präsident der „Zentralvereinigung der Architekten“. Die gleiche selbstlose Zähigkeit und Energie, mit der er früher seine Bauten betreute, widmete er jetzt dieser Vereinigung, und die gemeinsame Arbeit mit ihm wird uns allen unvergeßlich bleiben. Ein großer Architekt, ein starker Charakter und ein guter Mensch sind mit ihm dahingegangen.“ —

Hofrat Oskar Beyer †. Am 22. März 1916 ist in Baden bei Wien der Architekt Oskar Beyer, nach dem Abgang des Malers von Myrbach Direktor der Kunstgewerbeschule des k. k. Oesterreichischen Museums für Kunst und Industrie in Wien, im 68. Lebensjahr gestorben. Geboren im Jahre 1849 zu Dresden, war Beyer einer der ersten Schüler der von Eitelberger im Jahre 1868 begründeten Kunstgewerbeschule; 1872 wurde er Assistent Josef Storcks, 1878 Professor der Architektur-Abteilung der Anstalt und wirkte in dieser Stellung bis zu seiner im Jahre 1905 erfolgten Ernennung zum Direktor. 1909 trat er in den Ruhestand. Durch viele Jahre hat Beyer gemeinsam mit Storck als Innenarchitekt und Architekt kunsthandwerklicher Arbeit sich bewährt, an der Herausgabe der Waldheim'schen „Blätter für Kunstgewerbe“ war er beteiligt und auch sonst vielfach literarisch tätig. Seine Hauptgebiete waren die Technik des Holzes und der Textilkünste. Er widmete sich auch mit Hingabe dem gewerblichen Bildungswesen in Oesterreich, namentlich den kunstgewerblichen Fachschulen. —

Hofglasmaler Franz Xaver Zettler †. In der Nacht zum 27. März 1916 entschlief in München im 75. Lebensjahr der Begründer der kgl. bayer. Hofglasmalerei Franz Xaver Zettler. Der Verstorbene machte seine Studien am Polytechnikum in Stuttgart und wollte Maler werden, mußte sich aber auf Wunsch seiner Eltern dem kaufmännischen Beruf widmen. 1863 trat er in die Mayer'sche Anstalt für kirchliche Kunst in München ein und hatte hier Gelegenheit, auf weiten Reisen seinen künstlerischen Geschmack zu bilden. 1870 errichtete er selbständig ein „Institut für kirchliche Glasmalerei“ in der Mars-Straße in München, dem König Ludwig II. den Titel „Königliche Hofglasmalerei“ verlieh. Zettler pflegte zunächst die gotische Formsprache. In der ersten Zeit seiner Tätigkeit gingen große Aufträge nach Amerika. Seine Anstalt entwickelte sich so, daß er 1880 neue Werkstätten in der Brienner-Straße errichtete, die heute noch bestehen. Umfangreiche Aufträge folgten nun für die Ausstattung des Schlosses Pelesch in Sinaia in Rumänien. Neben die religiöse Glasmalerei trat von nun an auch die profane. Ungezählt sind die Aufträge, die Zettler aus allen Teilen des Landes aus der lebhaften Stilbewegung der letzten drei Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts zuflossen. Im Jahre 1876 gab er auf seine Kosten das Werk heraus: „Ausgewählte Kunstwerke aus dem Schatze der Reichen Kapelle in der k. Residenz zu München“. Im kunstgewerblichen Leben Bayerns behauptete sich die Tätigkeit Zettlers in allen Ehren. Die Anstalt wird in seinem Geiste weiter geführt durch seine Söhne Franz und Oskar Zettler. —

Historienmaler Christian Griepenkerl †. In Wien starb am 22. März 1916 der Historienmaler und Leiter der Antiken-Klasse an der Akademie daselbst, Christian Griepenkerl, im hohen Alter von 77 Jahren. Der Verstorbene, einer der letzten Schüler Rahls, war an der malerischen Ausschmückung einer großen Reihe von Monumentalbauten beteiligt. Am 17. März 1839 in Oldenburg geboren, kam er mit etwa 20 Jahren nach Wien und war, nachdem er bei Rahl neben Eisenmenger und Bitterlich seine Ausbildung gefunden, unter seines Meisters Leitung an den Ausmalungen al fresco der Treppenhalle des Hansen'schen Waffenmuseums im Arsenal in Wien, sowie in Wachsmalerei im Palais Todesco und im Palais Sina beteiligt. Mit Bitterlich malte er nach Rahls Entwürfen die Decke im Zuschauerraum der neuen Hofoper in Wien. Als Rahl 1865 starb, arbeitete Griepenkerl selbstständig vorwiegend für Theophil Hansen. In den Palästen und Wohnhäusern Ephrussi, Epstein, Franz Klein in Wien, Sina in Venedig, für das Schloß Hörnstein, für die Villa der Großherzogin von Toscana in Gmunden und die Villa Simon bei Hietzing führte er Wand- und Deckengemälde mit meist mythologischem Inhalt aus. Für das Wiener Opernhaus schuf er den Vorhang für die tragische Oper; in seiner Vaterstadt Oldenburg schmückte er das Treppenhaus des Augusteums an Decken und

Wänden mit Darstellungen der Venus Urania, der Prometheus-Sage und der Kunsthelden aller Zeiten. Eine Reihe von Kompositionen aus dieser Sage sowie aus der Geschichte des Zeus waren es auch, mit denen er von Hansen zum Schmuck des Sitzungssaales der neuen Akademie der Wissenschaften in Athen betraut worden war. Es waren Wandmalereien in Wachstechnik. Im Palazzo Grassi in Venedig malte er Deckengemälde, auch hier mit mythologischem Vorwurf. In den Jahren 1882 bis 1885 entstanden im Sitzungssaal des Herrenhauses des Reichsratsgebäudes in Wien Friesbilder: das Orakel der Pythia, die Belehrung des Numa Pompilius durch Egeria, weiterhin die Bilder Cato's, Cicero's und Catilina's. Nach dem Tode Feuerbachs vollendete er, zum Teil noch nach dessen Entwürfen, die Deckenbilder in der Aula der Akademie der bildenden Künste in Wien. Aus der kraftvollen Schule Karl Rahls hatte Griepenkerl die strenge Linienführung seiner figürlichen Darstellungen mitgebracht, durch welche sie sich dem architektonischen Rahmen vortrefflich einfügten; von Rahl hatte er aber auch die lebensschwellige Modellierung übernommen, die Cornelius in den Figuren Rahls einmal mit den Worten kennzeichnete: „Derbe Damen sinds allerdings, aber sie sind doch schön trotz aller fast zu starken Lebenslust... alle sind frisch und eigentümlich, die hat er nicht abgeschrieben.“ —

Dr. Georg Hirth †. Am Morgen des 28. März 1916 starb auf seinem Landsitz in Tegernsee bei München nach langer, schwerer Krankheit der Verleger Dr. Georg Hirth im 75. Lebensjahr. Wir werden auf das Lebensbild des um die deutsche Kunstentwicklung der Gegenwart in hohem Maße verdienten Mannes zurück kommen. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Hörsaal-Gebäude der Universität in Basel fiel der I. Preis von 4000 Franken an die Architekten Widmer, Erlacher & Callini in Basel; der II. Preis von 3500 Franken an die Architekten Bischoff & Weideli in Zürich; der III. Preis von 2000 Franken an die Architekten Gebr. Pfister in Zürich; der IV. Preis von 1500 Franken an die Architekten Gebr. Bräm in Zürich; der V. Preis von 1000 Franken an die Architekten Bracher, Widmer & Daxelhofer in Bern. —

Wettbewerb betr. Entwürfe für die Bebauung der Straße des 18. Oktober in Leipzig. Es wurden vom Rat der Stadt Leipzig auf Vorschlag des Preisgerichtes die Entwürfe von Architekt Wilhelm Haller mit 1000 M., Architekt Georg Wünschmann mit 1000 M., Architekten Reichel & Kühn mit 800 M., Architekt Franz Lindner mit 800 M. und Baurat Theod. Kösser und Dr.-Ing. Fritz Kösser mit 600 M. angekauft. —

In dem Wettbewerb für Kleinwohnungen in Wangen bei Stuttgart hat das Preisgericht über den Rahmen des Programms hinaus noch einen 4. Entwurf wegen seiner künstlerischen Vorzüge den städtischen Kollegen zum Ankauf empfohlen, der nunmehr auch genehmigt wurde, als erfreuliches Zeichen in gegenwärtiger Zeit. Verfasser ist Architekt Fritz Müller in Stuttgart. —

Wettbewerb Friedhof Bad Salzuffen. Die Stadtverordneten-Versammlung von Bad Salzuffen hat beschlossen, den mit dem I. Preis ausgezeichneten Entwurf zu einem Friedhof des Architekten Jos. Wentzler und des Gartenbaudirektors E. Finken in Köln a. Rh. zur Ausführung zu bringen. —

Chronik.

Einen die Provinz Posen von der Oder zur Netze durchquerenden Schiffsfahrtskanal strebt die Stadt Posen an, die beschlossen hat, sich mit einem entsprechenden Antrag an den preußischen Arbeitsminister zu wenden. Der Kanal soll nach dem Vorschlag von der Oder zwischen Glogau und Guhrau abzuweichen, nach einem Verlauf von 96,5 km die Warthe in der Nähe der Stadt Posen erreichen, den Lauf der Warthe auf etwa 35 km verfolgen und unter Benutzung des Nordposener Seenbeckens noch weitere 77 km zum Anschluß an die Netze bei Netztal geführt werden. Die Kosten werden auf 40 Mill. M. geschätzt. Der Kanal würde eine unmittelbare Verbindung von Schlesien zu dem jetzt wieder in Erwägung gezogenen Ostkanal herstellen, der von Thorn ausgehend über Allenstein, Insterburg und Lyck Litauen erschließen soll. Die im Vorjahr hergestellte von Küstrin nach Bromberg, also von der Oder zur Weichsel führende Wasserstraße stellt eine solche Verbindung allerdings schon her, jedoch mit einem sehr erheblichen Umweg. —

Eine Kriegerheimstätte bei Lübeck soll in der Form einer Gartenstadt mit Heimstätten von verschiedener Größe am Westloer Wald bei Arnimsruh im Osten Lübecks, unter Benutzung der Eisenbahn nach Schlutup, angelegt werden. Die Anlage ist in einem Umfang gedacht, daß die Heimstätte eine besondere Gemeinde für sich mit Kirche, Schule, Verwaltungsgebäuden, Wasserwerk usw. bildet. —



Die Verleihung des
im Völker-



Eisernen Kreuzes
Krieg 1914-16

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende
Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

Fortsetzung der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

Alexander Pfisterer, Masch.-Insp. bei der Gen.-Dir. der Staats-
eisenb. in Karlsruhe.
Walter Pleger, Reg.-Baumeister in Lyck, Ostpr.
Kurt Poppe, Architekt von Dresden.
Friedrich Possin, Baurat in Berlin.
Fritz Preißner, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Paul Raffelt, Reg.-Bmstr., Stadtbmstr. in Wolfenbüttel.
Heinrich Reiß, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Rausch, Ingenieur beim Stadtbauamt in Kattowitz.
Karl Rehorst, Beigeordneter der Stadt Köln a. Rh., z. Zt. bei
der Landesverw. für Belgien in Brüssel.
Hermann Reineke, Dipl.-Ingenieur in Bremen.
Gottfried Reinhold, Reg.-Bauführer von Stralsund.
Hermann Renz, Reg.- u. Baurat in Straßburg i. E.
Otto Reschke, Dipl.-Ing. beim Bau der Schnellbahn Gesund-
brunnen-Neukölln in Berlin.
Ernst Reuter, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Oskar Riedel, Reg.-Baumeister in Leipzig.
Adolf Riese, Dr.-Ing., Baumeister in Berlin.
Rob. Ritzhaupt, Reg.-Bmstr. bei der Gen.-Dir. der Staats-
eisenb. in Karlsruhe.
Bruno Röhr, Architekt in Weimar.
Felix Sahr, Arch., Lehrer an der Bauschule in Plauen i. V.
Karl Sander, Dipl.-Ing. bei der Hannov. Maschinenbau A.-G.
in Hannover-Linden.
Leopold Sarrazin, Reg.-Baumeister in Burgsteinfurt.
Schäfer, Masch.-Ing. b. d. Werkst.-Insp. Cannstatt, z. Zt. in Lille.
Otto Schandel, Architekt in Elberfeld.
Heinrich Schanze, Reg.-Baumeister in Danzig.
Ernst Scheele, Landesbaurat der Prov. Hannover.
Paul Schiller, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart.
Erich Schinke, Reg.-Baumeister in Gleiwitz.
Walther Schleyer, Stud. der Techn. Hochschule in Hannover.
Wilhelm Schleyer, Reg.-Baumeister in Angermünde.
Hermann Schlieben, Architekt von Zehlendorf.
Richard Schluckebier, kgl. Reg.-Bauführer in Wilhelmshaven.
Ernst Schlüter, Stadtbauinsp. in Gransee, Bez. Potsdam.
Karl Schmidt, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Dr. Max Schmidt, Geh. Reg.-Rat., Prof. an der Techn. Hoch-
schule in Aachen.
Oskar Schmidt, Reg.-Bmstr. beim städtischen Hochbauamt in
Stuttgart.
Schmidt, Kreis-Baumeister in Steinau.
Wilhelm Schmidt, Reg.-Bmstr., Vorst. des Wasserbauamtes
in Küstrin.
Franz Schmitt, Oberbauinspektor in Basel.
Werner Schmitt, Stud. der Techn. Hochschule in Karlsruhe.
Walter Schöne, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Erich Schonert, kgl. Hofbauinspektor in Berlin.
Fr. Schramm, Reg.- u. Baurat, Mitgl. der Eisenb.-Dir. in
Bromberg.
Ernst Schramm, Reg.-Baumeister in Wismar.
Johannes Schröder, Reg.-Baumeister in Kattowitz.
Karl Schroeder, Provinzial-Baurat in Allenstein.
Heinrich Schubart, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Berlin.
Heinrich Schußler, Arch. bei der Berliner Hoch- u. Unter-
grundbahn.
Wilhelm Schußler, Architekt in Berlin.

Johannes Schütte, Reg.-Baumeister in Meiningen.
Fr. Wilhelm Schulte, Reg.- u. Baurat in Breslau.
Gerhard Schulte, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Schulz, Reg.-Bmstr., Gemeinde-Bmstr. in Niederschönhausen.
G. Schulze, Fin.- u. Baurat im Hochbautechn. Büro in Dresden.
Wilhelm Schumacher, Reg.-Baumeister in Tönning.
Johann Schuster, Oberingenieur in Berlin-Friedenau.
Otto Schwab, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
Schwager, Reg.-Bmstr. beim masch.-techn. Bur. der Staats-
eisenbahnen in Dresden.

Hans Schwenk und) Stud. der Technischen Hochschule
Otto Schwenk,) in Darmstadt.
W. Seegert, Dipl.-Ingenieur in Köln a. Rh.
Helmut Seidel, Reg.-Bauführer in Berlin.
Eugen Seybold, Kreis-Baumeister in Gleiwitz.
Karl Sichel, Architekt in Berlin.
Karl Siebert, Reg.-Bauführer in Wittenhausen.
Hans Siemers, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Johann Skotareck, Reg.-Bauführer in Königsberg i. Pr.
Philipp Stadler, Architekt in Freiburg i. Brg.
Stark, Dipl.-Ing. bei der Eisenb.-Bausektion Eßlingen.
Karl Stahl, Reg.-Bauführer von Hanau.
Paul Stamer, Reg.-Bauführer in Breslau.
Stegemann, Reg.-Bmstr. beim Landbauamt in Plauen.
Ernst Stehn, Dipl.-Ingenieur von Altona-Othmarschen.
Sigmund Steinheil, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Fritz Stiefvatter, (+) Dipl.-Ingenieur in Müllheim.
Stoetzer, Oberingenieur in Leipzig.
Otto Stolzenburg, Reg.-Bauführ. bei der Oderstrom-Bauver-
waltung in Breslau.

Helmut Strelow, Reg.-Baumeister, Prof. in Breslau.
F. W. Strich, Ingenieur von Leipzig.
Paul Strubberg, Dipl.-Ingenieur in Stuttgart.
Walter Strutz, Reg.-Bmstr., Vorst. des Hochbauamtes in Pill-
kallen.

Karl Student, Reg.-Bmstr., Vorsteher des Hochbauamtes in
Schneidemühl.

Ernst Stüwert, Reg.- u. Baurat in Rathenow.
Manfred Sütterlin, Reg.-Baumeister in Karlsruhe i. B.
Karl Tänzer, Dipl.-Ingenieur in Leipzig.
Fritz Tannert, Dipl.-Ingenieur in Charlottenburg.
Max Tempel, Architekt von Köln.
Thiel, Hilfslehrer an der staatl. Baugewerkschule in Hamburg.
Gerhard Thronicker, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Till, Reg.-Bmstr., Vorst. des mobilen Mil.-Bauamtes Namur-
Lüttich.

Walter Trautmann,) Studierende der Techn. Hochschule
Fritz Ulrich,) in Dresden.
Richard Unruh, Reg.-Baumeister in Allenstein.
Karl Utech, stud.-ing. aus Berlin.
M. Valentin, städt. Oberingenieur in M.-Gladbach.
Max Vick, Ingenieur in Götting.
Vieth, Reg.-Baumeister, Prof. in Bremen.
Karl Vollpracht, Reg.-Bmstr. a. D., fürstl. lipp. Landbaumstr.
in Blomberg i. Lippe.

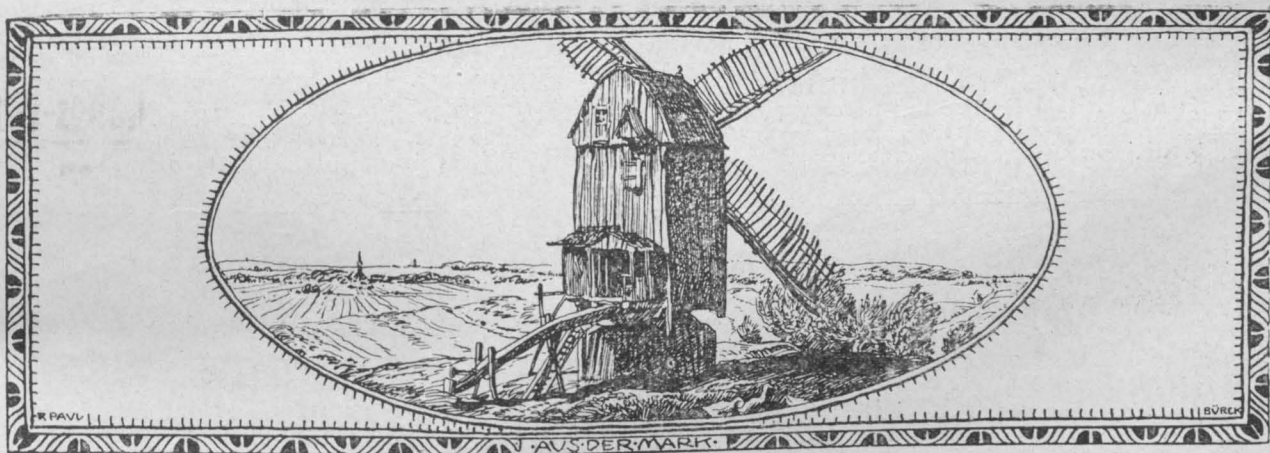
Erich Volmar, Reg.-Bauführer in Langfuhr-Danzig.
Hans Volquards, Stud. der Techn. Hochschule in Hannover.
Gustav Volz, Reg.-Baumeister von Eglosheim.
Wagner, Architekt von Wiesbaden.
Theodor Wagner, Eisenb.-Bauinsp. in Karlsruhe i. B.
Alfred Waldenberger, Stud. arch. von Waghäusel.
Franz Jos. Waldmann, Reg.-Bmstr. in Ludwigshafen a. Rh.
Fritz Wappler, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Georg Warnecke, Reg.-Baumeister in Beuthen, Oberschl.
Arnold Weerpas, Bauingenieur von Essen a. Ruhr.
Heinrich Weickum, Dipl.-Ing. beim Bau der Schnellbahn
Gesundbrunnen-Neukölln in Berlin.

Wilhelm Weil, Reg.-Baumeister in Betzdorf.
Max Weishaar, Stud. der Techn. Hochschule in Aachen.
Markus Weiß, Dipl.-Ingenieur in Karlsruhe i. B.
Weisse, Kreisbaumeister in Königsberg, Neumark.
Fritz Wenger, cand. ing. von Karlsruhe i. B.
G. H. E. Wentzel, Baurat in Engelsdorf.
Richard Weule, Dipl.-Ingenieur in Leipzig-Plagwitz.
Wolfgang Weyrauch, Reg.-Baumeister in Neumark i. Westpr.
Adolf Wicke, Reg.-Bauführer in Düsseldorf.
Erich Widdel, Dipl.-Ingenieur in Magdeburg.
Franz Wiedinger, Ingenieur in Engen.
Hans Wiesinger, Reg.-Bauführer.
Friedrich Wissmann, Reg.-Bmstr. bei der Hannov. Maschinen-
bau A.-G. in Hannover-Linden.
Max Wittmaack, Architekt von Hamburg.
Gothelf Wohlrab, Architekt in Oelsnitz i. Vogtl.
Arno Wolf, Stud. der Techn. Hochschule in Danzig.
Siegfried Wolgram, Reg.-Baumeister in Thorn.
Hermann Zeh, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt.
J. Zengel, Ingenieur von Leipzig.
Max Ziegler, Ingenieur in Heidenheim.
Paul Gerhard Zimmer, Bauamtman in Pirna a. E.
Karl Zimmermann, Brt., Vorst. des Wasserbauamtes in Oppeln.
Gerhardt Zinser, Reg.-Baumeister in Süßen.
Felix Zobler, Zivil-Ingenieur in Dresden.

Inhalt: Das neue staatliche Erziehungs-Gebäude in New-York. —
Architekten und Zwangsinnungen. — Kirchliche Kunst im Krieg. —
Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. — Die Verleihung
des Eisernen Kreuzes im Völkerrkrieg 1914-16. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das neue staatliche Erziehungs-
Gebäude in New-York.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Holmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 28. BERLIN, DEN 5. APRIL 1916.

Georg Hirth †.



icht dem warmblütigen Politiker aristotelischer Prägung, nicht dem begeisterten Herausgeber der „Annalen des Deutschen Reiches“, nicht dem Volkswirt und dem unermüdlichen Kämpfer für Reich, Land, Stadt und Zunft, nicht dem naturwissenschaftlichen Grübler und dem lebensfrohen Publizisten gelten diese Zeilen, sondern dem glühenden Kunstfreund, dem mutvollen Bahnbrecher der von München ausgehenden Entwicklung der süddeutschen Richtung der deutschen Kunst nach 1870. Aus diesen Eigenschaften ist zu ermes- sen, was deutsche Kunst und Kultur verloren haben, als Georg Hirth in der Frühe des 28. März in Tegernsee, wo er dem Frühling entgegen harpte, seine Augen nach langer Krankheit für immer schloß.

Am 13. Juli 1841 in dem Flecken Gräfen-tonna im Herzogtum Sachsen-Koburg als ältester Sohn eines Advokaten und Notars und einer Mutter, die französischen Ursprunges war und die er selbst als „starke Wallonin“ bezeichnete, geboren, hatte er vom Vater nach seiner Darstellung in einer Selbstbiographie „den Hang zur naturwissenschaftlichen Grübele, von der Mutter die Leichtlebigkeit und den tröstlichen Verzicht auf das Unerreichbare geerbt“. In der Mischung von Eigenschaften, die das elterliche Erbteil dieses temperamentvollen, starken und beweglichen Tatenmenschen waren, scheinen es hauptsächlich die von mütterlicher Seite übertragene Eigenschaften zu sein, die ihn zum Vorkämpfer für die nationale Kunst machten. Seine wissenschaftliche Ausbildung war keine regelmäßige. Nachdem er an der Universität Leipzig staatswissenschaftliche Studien betrieben hatte, promovierte er in Jena und widmete sich mit voller Hingabe den nationalen Einheitsbestrebungen jener Zeit. Bereits mit 19 Jahren hatte er zu Schillers 100. Geburtstag eine Arbeit: „Friedrich Schiller als Mann des Volkes“ erscheinen lassen. Seine Neigung zur Kunst jedoch fand erst fruchtbaren Boden, als er 1871 dauernd nach München übersiedelt war und mit den von Julius Knorr begründeten „Münchener Neuesten Nachrichten“ durch Heirat in persönliche Beziehungen trat. Die latent in ihm ruhenden Neigungen zur Kunst wurden durch die Münchener Kunstgewerbe-Ausstellung des Jahres 1876 mit ihrer Ab- teilung „Der Väter Werke“ zu Taten geweckt. Denn bereits im folgenden Jahre, 1877, erschien der „Formen- schatz der Renaissance“, der als eines der ersten und ältesten Unternehmen dieser Art den Zweck verfolgte, eine Quelle der Belehrung und Anregung für Künstler und Gewerbetreibende, wie für alle Freunde stilvoller Schönheit aus den Werken der besten Meister der Renaissance zu sein.

Nachdem zwei Jahrgänge unter diesem Titel erschienen waren, wurde das Arbeitsgebiet erweitert und die Veröffentlichung schlechtweg „Formenschatz“ genannt mit dem Ziel, die Meisterwerke der Kunst und des Kunstgewerbes aller Zeiten und Völker durch mustergültige Wiedergaben dem Volke zugänglich zu machen. Von 1877—1895 war dann Hirth auch der Verleger der „Zeitschrift des Bayerischen Kunstgewerbe-Vereins“ und man darf

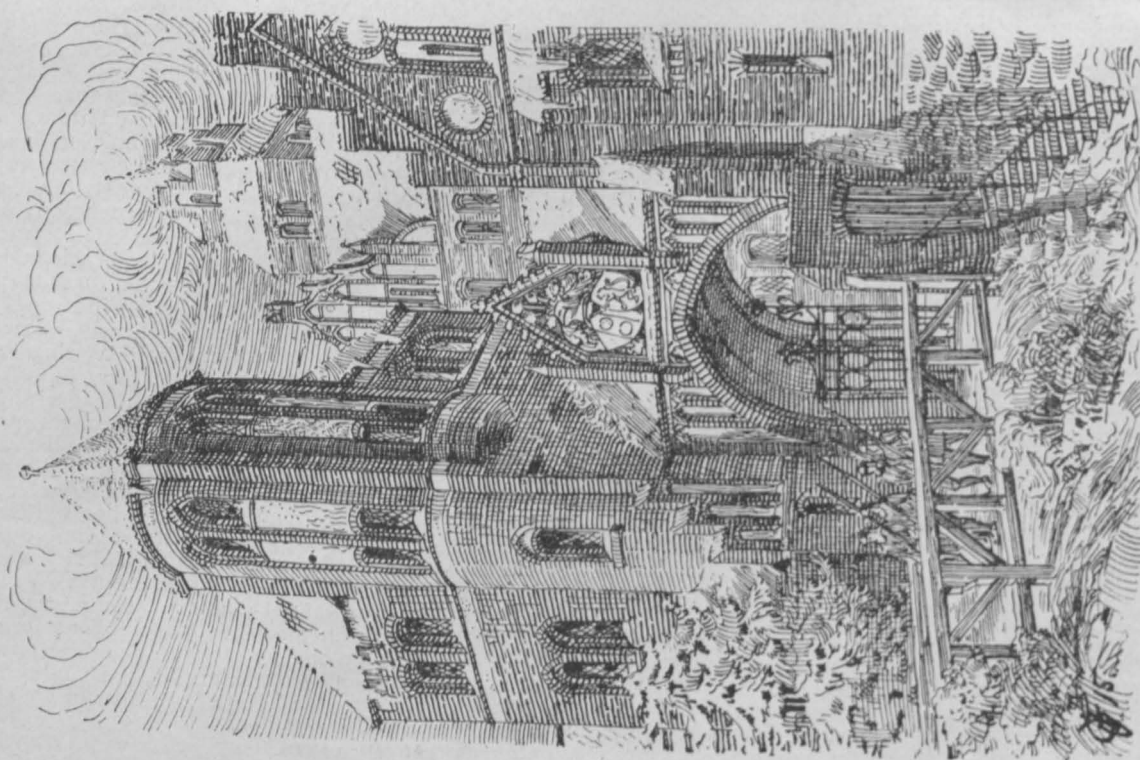
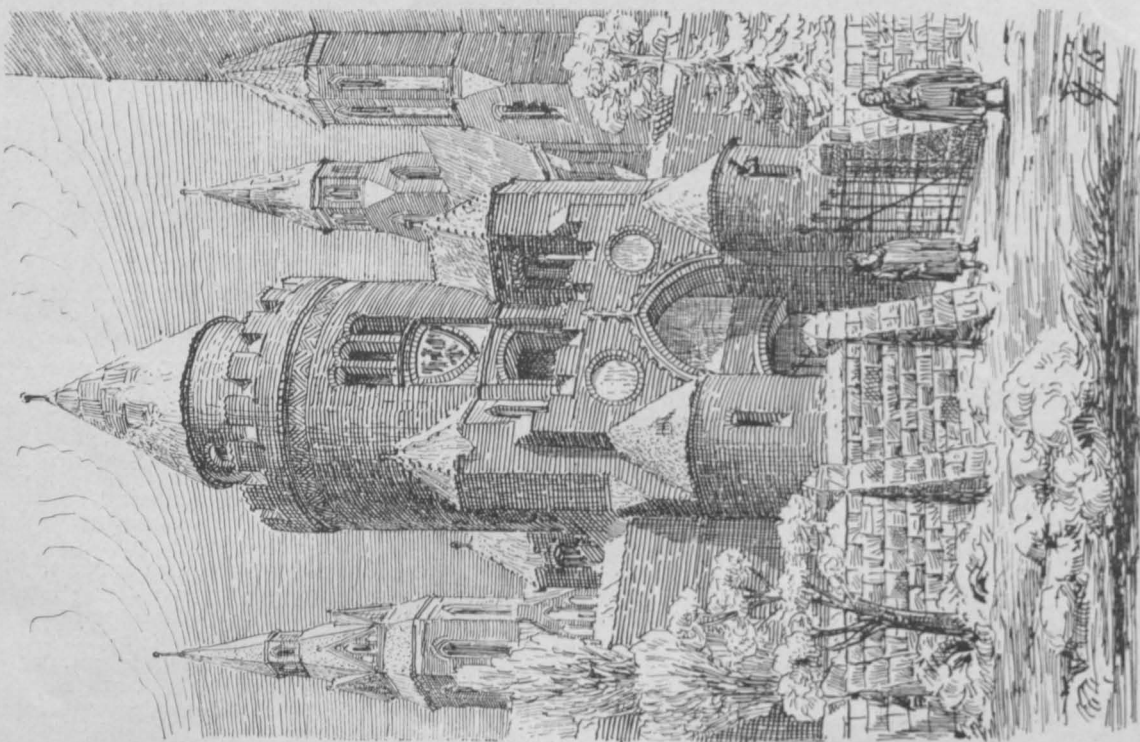
wohl sagen, daß die Zeitschrift damals eine Periode hohen künstlerischen Aufschwunges durchmachte. Für seine unermüdliche Tätigkeit in diesem Verein wurde der Ver- storbene 1889 zu dessen Ehrenmitglied ernannt. Als eine weitere Frucht der Münchener Kunstgewerbe-Ausstellung der Mitte der siebziger Jahre erschien dann bald darauf in dem von ihm begründeten Verlag „Das deutsche Zimmer der Renaissance“ (1880), das mit der dritten Auflage um die Bildungen des Mittelalters einerseits und um jene des 17. und 18. Jahrhunderts anderseits erweitert wurde. „Was wollen alle unsere Kunstbestrebungen sagen, wenn sie nicht schließlich dem deutschen Bürgerhaus, dem besten Hort unserer Tugenden, zugute kommen!“ In diesen Worten liegt sein Ziel; er betrachtete die künst- lerische Gestaltung der Häuslichkeit als den Mittelpunkt, als das erwärmende Herz in der äußeren Umwelt mit ihren Enttäuschungen und mit ihrem oft lebensmüden Treiben. In der Kunst wollte er neue Kraft und neues Hoffen ge- winnen, und diese Kunst sollte den Menschen in seiner Wohnstätte täglich umgeben. In der vierten Auflage wurde das Werk durch einen zweiten Band von Karl Rosner: „Das deutsche Zimmer im neunzehnten Jahr- hundert“ 1898 bereichert. Er berücksichtigte dabei den in den neunziger Jahren werdenden neuen Stil, dessen Elemente er „geradezu als ein internationales, anachro- nistisches Sammelsurium“ mit Recht bezeichnete. In einem Nachwort gab er der Zuversicht Ausdruck: „Auf die heutige Richtung wird ganz zweifellos in zwanzig oder dreißig Jahren — vielleicht schon früher — eine neue folgen. Die Jüngeren, die sich auf diese Werdung vorbe- reiten müssen, und die Alten, deren Herz jung bleiben will, mögen mit dieser Aussicht rechnen, aber nicht da- durch, daß sie dem rollenden Rade der Zeit in die Speichen fallen, sondern dadurch, daß sie den heimlichen Schatz ihres Herzens vermehren, Alles, was schön und stark ist, zu verstehen, zu lieben lernen. Wer an die künstlerischen Aufgaben der Zukunft herantritt mit solchen Phrasen wie „die Kunst soll“, oder „sie darf nicht“, der ist von vorn- herein ein verlorener Mann. Die Kunst läßt sich nicht die Flügel beschneiden, am Wenigsten von denen, die mit den längsten Scheren bewaffnet sind. . . . Kunst und Kunst- gewerbe haben mit den ausschließenden Anforderungen, welche etwa Religion oder Patriotismus an den Menschen stellen, nicht das Geringste zu tun. . . . Es führen viele Wege nach Rom; wer sie alle kennt, kommt am sicher- sten hin.“

Sie kennen zu lernen, begründete er u. a. auch das „Kulturgeschichtliche Bilderbuch aus drei Jahr- hundert“, ein achtbändiges Werk, das aus Faksimile- Wiedergaben von alten Holzschnitten, Kupferstichen und Radierungen besteht. Es enthält Bildnisse berühmter Persönlichkeiten, Kostüm- und Genrebilder, Darstellungen von Jagden, Kriegs- und Gerichtsszenen, Spielen, Tänz- en und Bädern, Festzügen; Schilderungen des höfischen und bürgerlichen Lebens, Städteansichten und Marktbilder, moralische und politische Allegorien, Mysterien usw. Hervorragende Meister dreier Jahrhunderte und ver- schiedener Nationen wie Dürer, Burgkmair, Amman,

Callot, Hollar, Watteau, Chodowiecki lieferten in überreicher Fülle den Stoff zu diesem Werk.

Eine weitere große Veröffentlichung ist in der Entwicklung stecken geblieben, vielleicht weil sie zu groß angelegt war. Unter dem Titel: „Der Stil in den bildenden Künsten und Gewerben aller Zeiten“ wollte er ein Werk in mehreren Serien, jede in kunsthistorischer Anordnung, herausgeben, deren erste „Der schöne

Schönheit erinnern und sollte die auch physiologisch bedeutsame Ueberzeugung befestigen, „daß die Wohlfahrt des Menschengeschlechtes nicht bloß von geistiger Bildung, sondern auch von körperlicher Schönheit und Kraft abhängig ist“. Als erster Band erschien „Der schöne Mensch im Altertum“ von Dr. Heinr. Bulle (1898). In den Jahren 1890—93 gab Hirth zusammen mit Richard Muth die „Meisterholzschnitte aus vier Jahr-



Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. Architekt: Fritz Gottlob in Berlin.

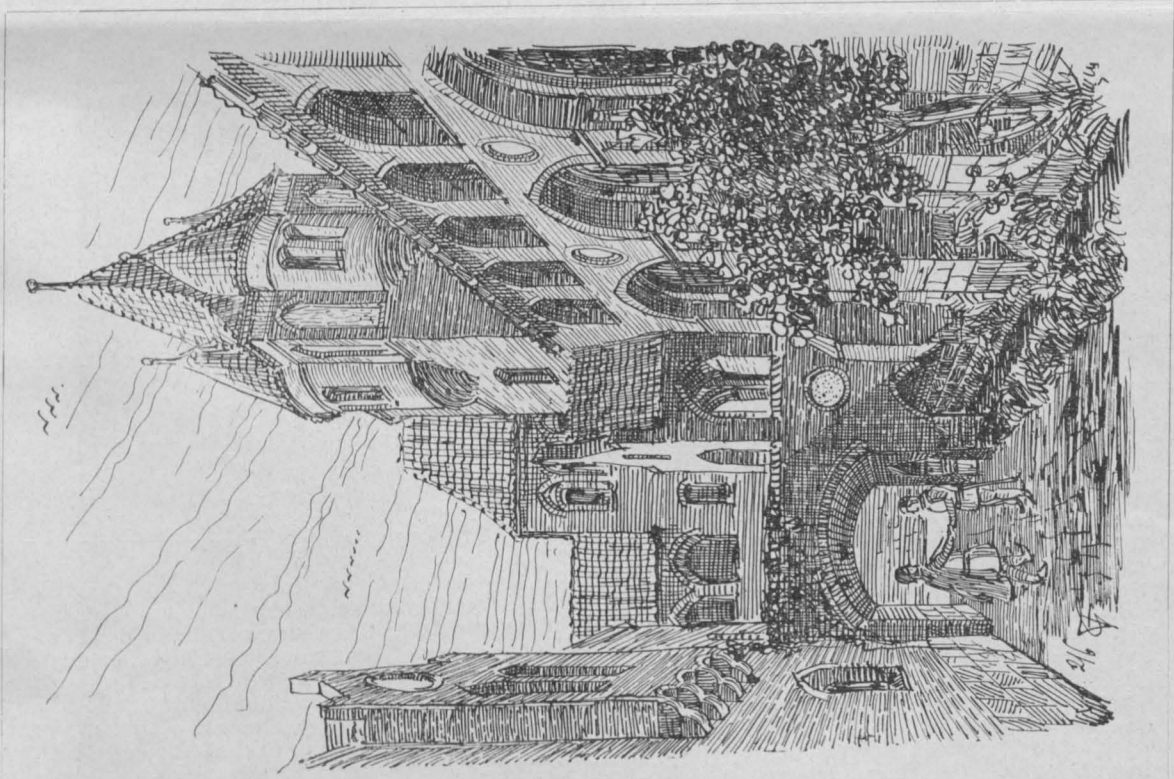
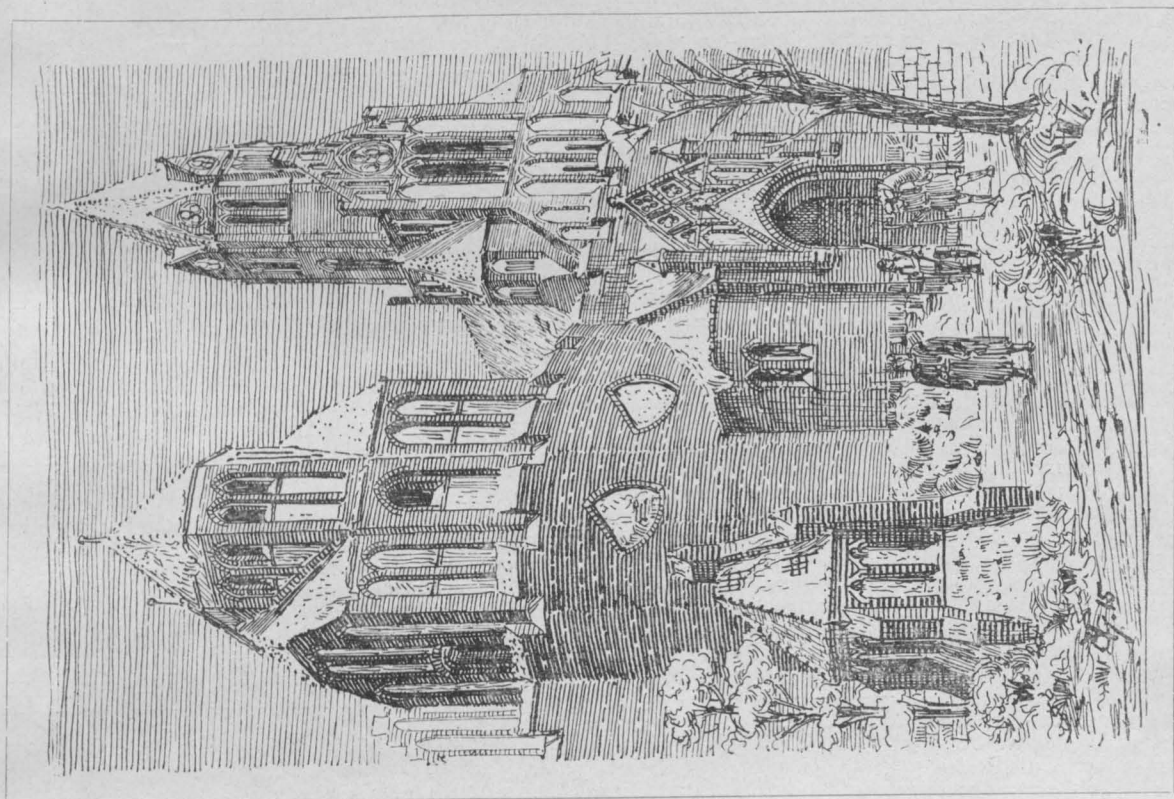
Mensch“ sein sollte, der Mensch in der Kunst aller Zeiten. Der schöne Mensch ist hier „natürlich der nackte“, den bekleideten wollte er in einer besonderen Serie „Sitten und Kostüme“ behandeln. Er erblickte in der nackten menschlichen Gestalt die Grundlage jedes kunstgeschichtlichen Schönheitskanons; er hielt sich an das Wort: „Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde“. Der nackte Mensch sollte den Künstler als kategorischen Imperativ an die

hundertten“ heraus. Auch eine „Liebhaber-Bibliothek alter Illustratoren“ rief der Uermüdliche ins Leben und veröffentlichte darin Jost Amman's Frauen-trachtenbuch, Kartenspiel, sowie Wappen- und Stammbuch aus den Jahren 1586—1589, Tobias Stimmer's Bibel vom Jahre 1576, Virgil Solis' Wappenbüchlein von 1555, Lucas Cranach's Heiligtumsbuch von 1509, Albrecht Dürer's kleine Passion, Hans Holbein's Totentanz von

1538, Hans Burgkmair's Leben und Leiden Christi von 1520, Albrecht Altdorfer's Sündenfall usw. in vortrefflichen phototypischen Reproduktionen.

Das Unternehmen aber, mit welchem er in die weitesten Kreise drang, das war die 1892 geborene, heute noch blühende Münchener Wochenschrift „Jugend“. Er wollte damit eine neue Zeitschrift schaffen in der Erwägung, „daß

der Herbstsonne alter Jahrgänge Gereiften, die so glücklich sind, von sich zu sagen: „Altes Herz, was glühest du so!“ Ein Programm im spießbürgerlichen Sinn aufzustellen lehnte er ab: „Wir wollen alles besprechen und illustrieren, was interessant ist, was die Geister bewegt“. Ein lustiges Blatt an der Wende des Jahrhunderts wollte er schaffen, „das uns den Uebergang in das neue zu einem



Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. Architekt: Fritz Gottlob in Berlin.

unter den zahlreichen in Deutschland erscheinenden illustrierten Wochenschriften sich keine einzige befindet, welche den Ideen und Bestrebungen unseres sich immer reicher gestaltenden öffentlichen Lebens in künstlerisch durchaus freier Weise gerecht wird... Wir wollen die neue Wochenschrift „Jugend“ nennen: dadurch ist eigentlich schon Alles gesagt. Selbstverständlich wenden wir uns nicht an die Jahrgänge, sondern an das Herz, auch der in

Vergnügen machen und die Bürde der Jahre erleichtern soll“. Je frischer und freier eine Arbeit, literarische oder künstlerische war, je getreuer und unmittelbarer das Wesen des Künstlers in ihr sich spiegelte, desto willkommener war sie ihm. Natürlich konnte er nicht ahnen, welche üble Begleiterscheinung auf künstlerischem Gebiet seine große Gründung haben sollte. Die „Jugend“ war Georg Hirth das Werkzeug, seine künstlerischen und politischen Ideale bis

an sein Lebens-Ende, so lange er zu schaffen und zu denken vermochte, aufrecht zu erhalten. Hier münzte er das Geistesleben des Tages aus, hier versuchte er dem vielgestaltigen bayerischen Kunstleben gerecht zu werden, hier war er leidenschaftlicher Kämpfer für freie Kunst und Kultur; so wurde die Jugend zu einer Zufluchtsstätte des Freisinnes. Bei der Gestaltung der parteipolitischen Verhältnisse in Bayern will das schon etwas heißen. Auch in der „Jugend“ blieb er der Journalist edelster Gesinnung, der es als seine Aufgabe bezeichnete, „Saaten des Wohlwollens auszustreuen“ und nur über „Gemeinheit und Boswilligkeit mit Elephantentritten hinwegzugehen“.

Dauernd wird Hirth's Name mit den großen Kunstkämpfen verbunden bleiben, die unter der Bezeichnung „Sezession“ das Kunstleben der Wende des Jahrhunderts beherrschten. Hier wurde Georg Hirth der kämpfende Idealist, der eine Sache durchzusetzen half, der Mächte entgegen standen wie Franz Lenbach, Lorenz Gedon, Rudolph Seitz und die Künstlerschar um diese. Er hätte nicht Georg Hirth sein müssen, wenn er für diese Künstlergruppe nicht alle die Achtung empfunden hätte, die in

der ungeheuren Meisterschaft liegt, die sie vertraten. Aber es waren für ihn fertige Ideale, erfüllte Ziele, während sein ruheloser Kampfegeist nur am Werdenden sich schärfen konnte. Nicht der Oktober mit seinen reichen Früchten war sein Monat, sondern der März mit seinem tausendfältigen Keimen und Werden, mit seiner spannenden Erwartung, mit seinen verheißenden Hoffnungen.

Geworden, was man so im öffentlichen Leben werden kann, ist er nichts. Dazu war er ein viel zu selbständiger, unabhängiger Denker und Kämpfer, zu wenig Pagode, ein Mensch, der seine Ideale nicht außerhalb seiner Persönlichkeit suchte, sondern der sie in seinem Inneren eingeschlossen hegte und pflegte. Er hatte den Mut einer Meinung und Ueberzeugung und er besaß das Gefühl des eigenen Wertes, das ihn nicht stolz werden, sondern demütig bleiben ließ, das ihn aber auch unempfindlich machte gegen alle Ehren oder Angriffe, die man ihm antun wollte. Und solche Menschen sind selten. Ihr Verlust wird doppelt schwer gefühlt, wenn sie in großer Zeit dahin gehen, in der Persönlichkeiten gebraucht werden wie das tägliche Brot! —

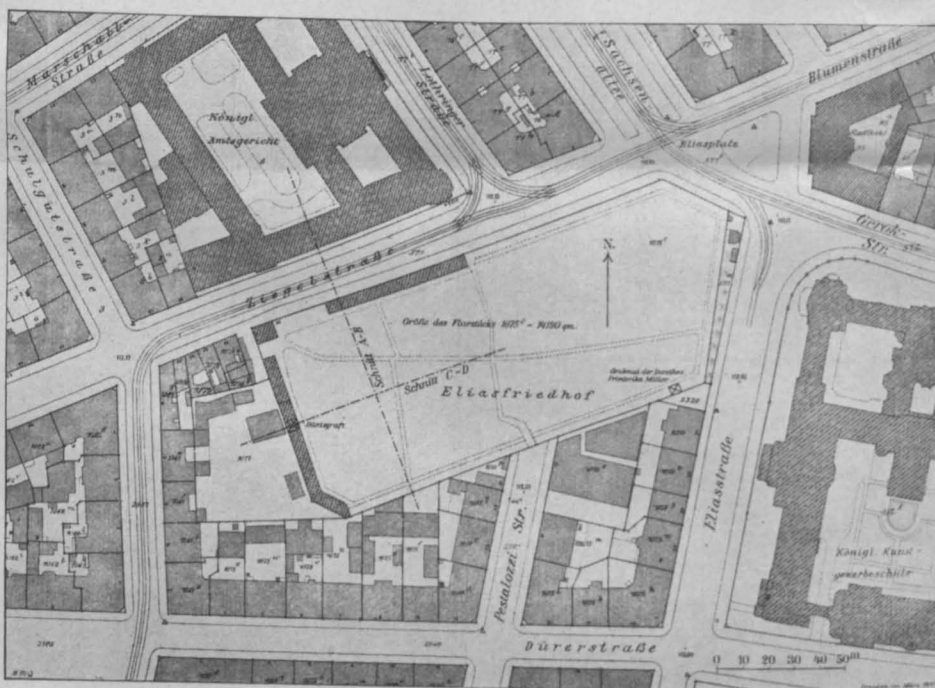
Albert Hofmann.

Wettbewerbe.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die städtebauliche Gestaltung des Elias-Friedhofes in Dresden geht von der Möglichkeit aus, daß der Friedhof mit Genehmigung des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums von diesem Jahre ab aufgeschlossen werden kann. Zurzeit bestehen nun für diesen Friedhof weder Baufluchtlinien noch Baubestimmungen. Solche sollen jetzt von den Bewerbern unter Zugrundelegung der Dresdener Bauordnung vom 22. Dezember 1905 und unter Umständen auch unter Aufstellung von Sonderbestimmungen vorge schlagen werden. Der Wettbewerb erstreckt sich dabei nur auf das Gelände des alten Elias-Friedhofes. Wenn es jedoch die Bewerber für erforderlich halten, können

blick entsteht, in welchem die nicht preisgekrönten oder nicht angekauften Entwürfe wieder in die Hände ihrer Verfasser gelangen. Dieses ist nur eine selbstverständliche Ehrenpflicht der Stadt im Austausch gegen die ihr gewidmete große Arbeit. Haben die sachverständigen Preisrichter diese Bedingung gebilligt?

Zur Sache haben wir gegen den Wettbewerb an sich nichts zu erinnern, begrüßen ihn vielmehr freudig als eine im Krieg der sächsischen Architektenschaft dargebotene anregende und nicht fruchtlose Betätigung. Wir hoffen aber, daß, wenn die Erkenntnis etwa noch nicht vorhanden sein sollte, sie aus dem Wettbewerb hervorgeht, daß es in hohem Grade erwünscht wäre, den alten, schön verwachsenen Elias-Friedhof in dem dicht bebauten Teil der



auch die an den Friedhof angrenzenden Flurstücke in den Entwürfen einbezogen werden. Es ist den Bewerbern überlassen, ob sie die Pestalozzi-Straße mit den benachbarten Verkehrsräumen in Verbindung bringen wollen oder nicht; es ist ihnen gleichfalls überlassen, in welchem Umfang und an welcher Stelle das Gelände bebaut werden soll. Das in den westlichen Arkaden des Friedhofes gelegene Dr. Güntz'sche Grabmal ist zu erhalten und würdig auszugestalten. Seine Verlegung auf einen anderen Platz unter selbständiger architektonischer Gestaltung ist zulässig. Das Gleiche gilt für die Grabstätte Müller an der Mauer nach der Elias-Straße. Ueber die Erhaltung und Aufstellung der wertvollsten übrigen Grabdenkmäler sind Vorschläge zu machen. In Verbindung mit der Neugestaltung des Friedhofes kann der Plan zur Errichtung eines Baues zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Dresdener gebracht werden. Ueber Art und Größe dieses Bauwerkes, seine Stellung und Kosten werden keinerlei Vorschriften gemacht. Verlangt werden ein Lageplan über die gesamte Aufteilung 1:500, die hauptsächlichsten Schaueiten der vorgeschlagenen Bebauung in skizzenhafter Darstellung 1:200; eine perspektivische Darstellung vom wichtigsten Punkt aus, ein Erläuterungsbericht, sowie für den geplanten Gedächtnisbau Grundriß, Ansichten und Schnitt 1:100 nebst einem Schaubild des Baues und seiner Umgebung.

Unter den formalen Bedingungen vermissen wir eine: die einem Preisträger die Teilnahme an der Ausführung der neuen Anlage in Aussicht stellt, falls diese überhaupt zustande kommt. Eine andere Bedingung hätten wir lieber nicht gesehen, nach welcher die Stadtgemeinde keinen Schadenersatz für Beschädigungen, Verlust beim Versand oder während der Aufbewahrung der Entwürfe übernimmt. Wir meinen, von dem Augenblick an, in welchem die eingesehenen Arbeiten der Stadt Dresden übergeben werden, ist diese für allen Schaden haftbar, der bis zu dem Augen-

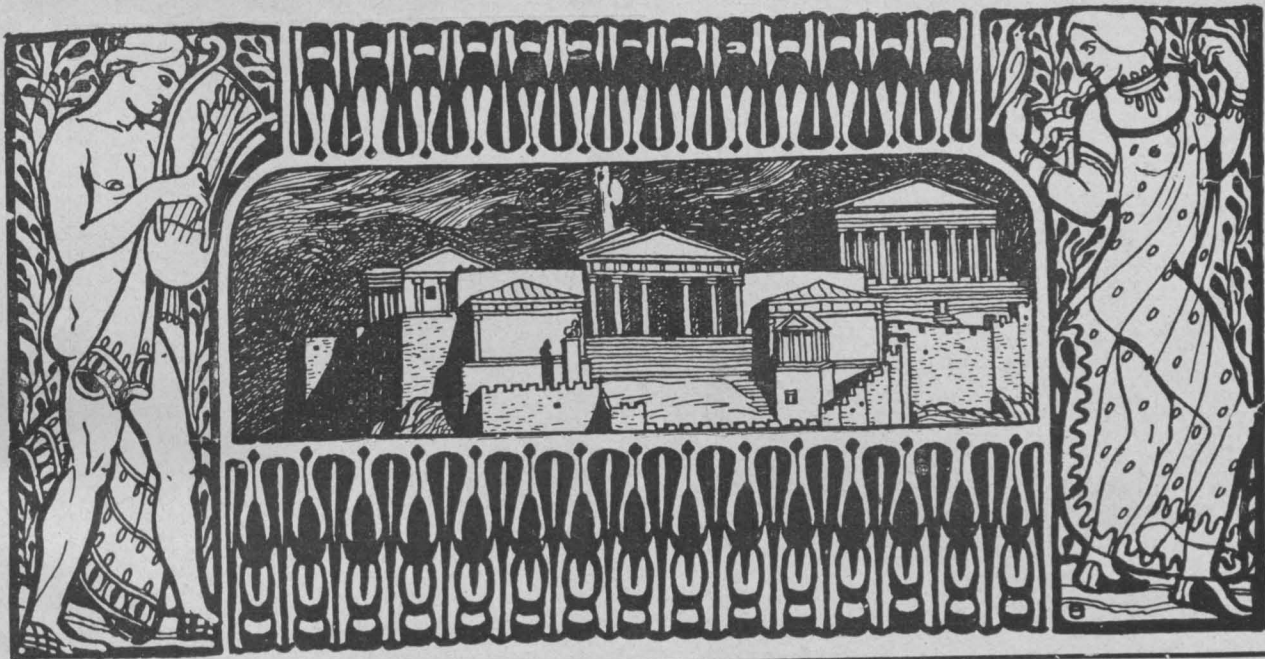
Stadt, den er zielt, als eine Oase im Steinmeer zu erhalten. Daß das geschehen kann, ohne die städtebauliche Neuordnung der Verhältnisse zu vereiteln, liegt auf der Hand; daß diese aber mit bescheidenstem Eingreifen in den alten Bestand nur erfolgen könnte, wird eine vielfach verbreitete Empfindung sein. Die Errichtung eines Baues zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Dresdener an dieser Stelle halten wir weder mit Rücksicht auf den zu verkörpernden Gedanken noch mit Rücksicht auf die zu diesem Zweck zu zerstörenden Teile des Friedhofes für erwünscht, zumal der Raumbedarf für einen solchen Bau in Wirklichkeit erheblich größer sein wird, als die Grundfläche, die er zufällig einnimmt und die ihm hier zur Verfügung stehen würde. —

Inhalt: Georg Hirth †. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters von Fritz Gottlob. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



LTE UNIVERSITÄT IN WÜRZBURG. *
 HAUPTINGANG, ANSICHT VOM HOF
 AUS. * PHOTOGRAPHISCHE AUF-
 NAHME VON REGIERUNGS-BAU-
 MEISTER HANS BIRKMEYER IN
 DIEDENHOFEN. * * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 ** 50. JAHRGANG 1916. * NO. 29. **



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 29. BERLIN, DEN 8. APRIL 1916.

Kriegs-Ehren- und Gedächtnishallen.



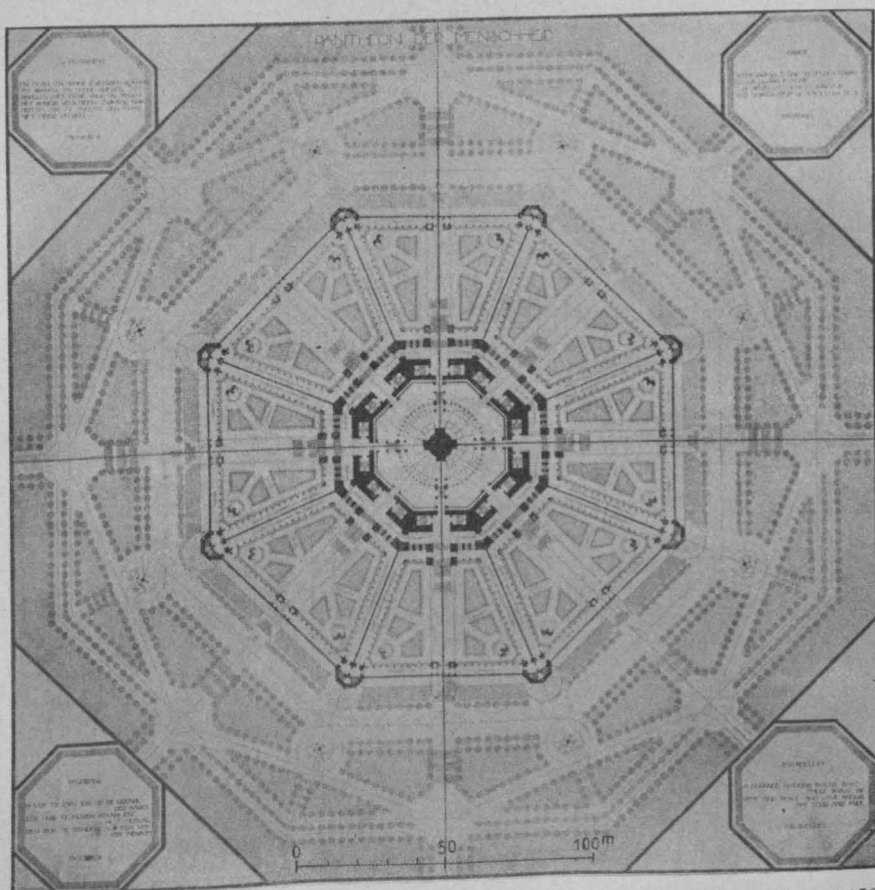
Überall regt es sich bereits, den Opfern und den Errungenschaften des gewaltigen Kampfes, der zur Zeit noch unvermindert forttobt, dem Inhalt der neuen Kultur, die er im Gefolge haben wird, einen monumentalen Ausdruck zu geben und das Gedächtnis an die Millionen, deren Blut in diesem

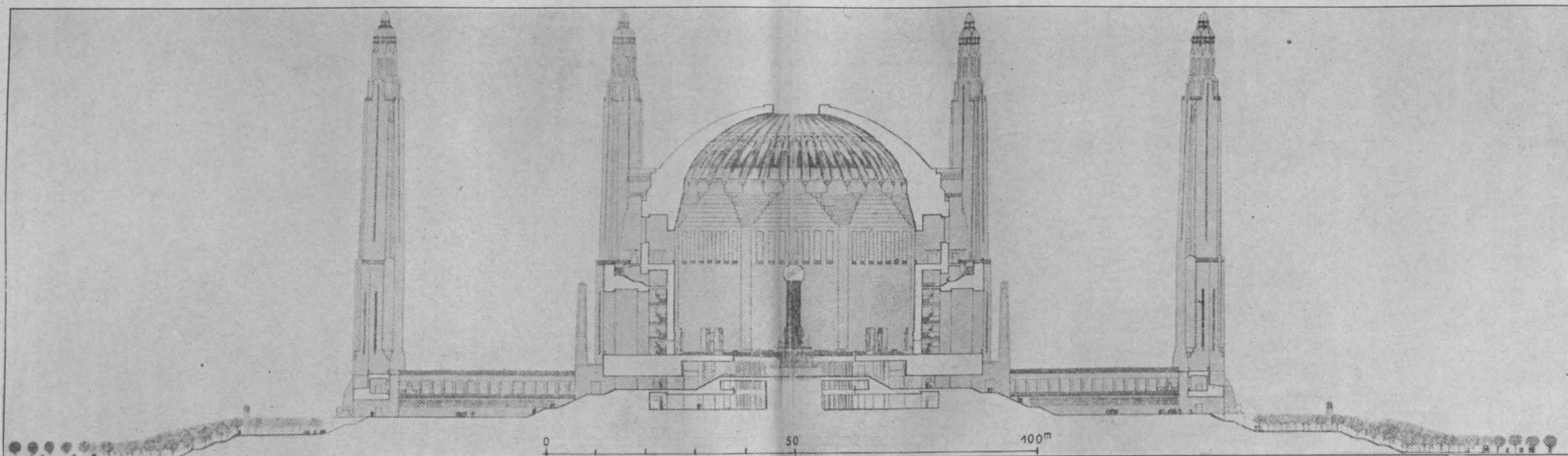
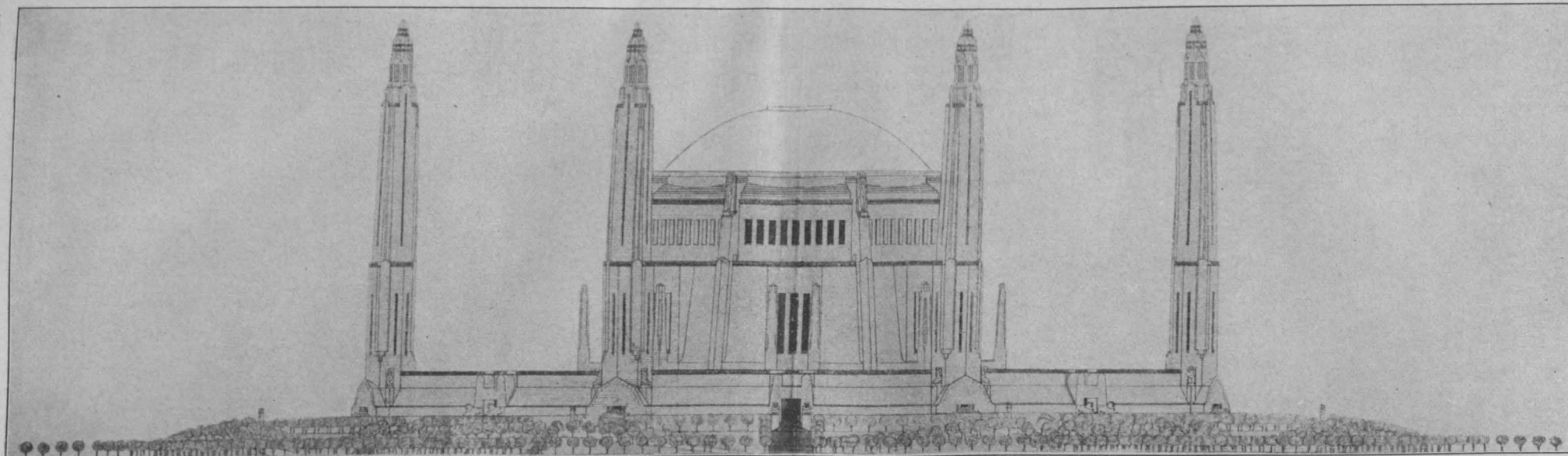
läßt, die dem Zweck und Mittel entspricht. Ebenso verhält es sich mit dem Schöpfen und Erfassen neuer Gedanken, neuer Werke; nur diejenigen werden den Inhalt, den Zweck äußerlich wie innerlich am richtigsten treffen und ausdrücken, dem Auge und Herzen ein wohlthuendes Bild ergeben, die aus dem Zeitgeist heraus sich bilden, die in der Zeit erdacht, der sie bestimmt sind. Gleich wie die Glocken im Kirchturm zuerst in vollem Schall ertönen und dann langsam ausklingen, so ergeht es auch dem mensch-

großen Völkerringen die Erde trinkt, in Ehren- und Gedächtnishallen festzuhalten. Der Dresdener Wettbewerb, den wir in der vorigen Nummer besprachen, ist ein Beispiel hierfür; Anregungen, welche die beiden preussischen Akademien des Bauwesens und der Künste gaben, sind weitere Beispiele für das Aufkommen eines monumentalen Sinnes als Ergebnisse des großen Kampfes, der auch in den nachfolgenden Anregungen zum Ausdruck kommt. Ist es nicht bezeichnend für das Vertrauen in unsere gute Sache und in den idealen Sinn des Volkes, daß sich solche Anregungen anscheinend einstweilen nur in den verbündeten Mittelstaaten, nicht aber auch bei unseren Gegnern zeigen?

Als erste dieser Anregungen sei der Gedanke zu einer Gedächtnis-Kirche des Hrn. Architekten Robert Winkler in Hamburg hier (S. 155) wiedergegeben. Der Verfasser führt dazu u. a. das Folgende aus:

„Hämmert das Eisen, so lange es glüht, weil nur in glühendem, bearbeitungsfähigem Zustand sich aus diesem die gewünschte Form herausarbeiten

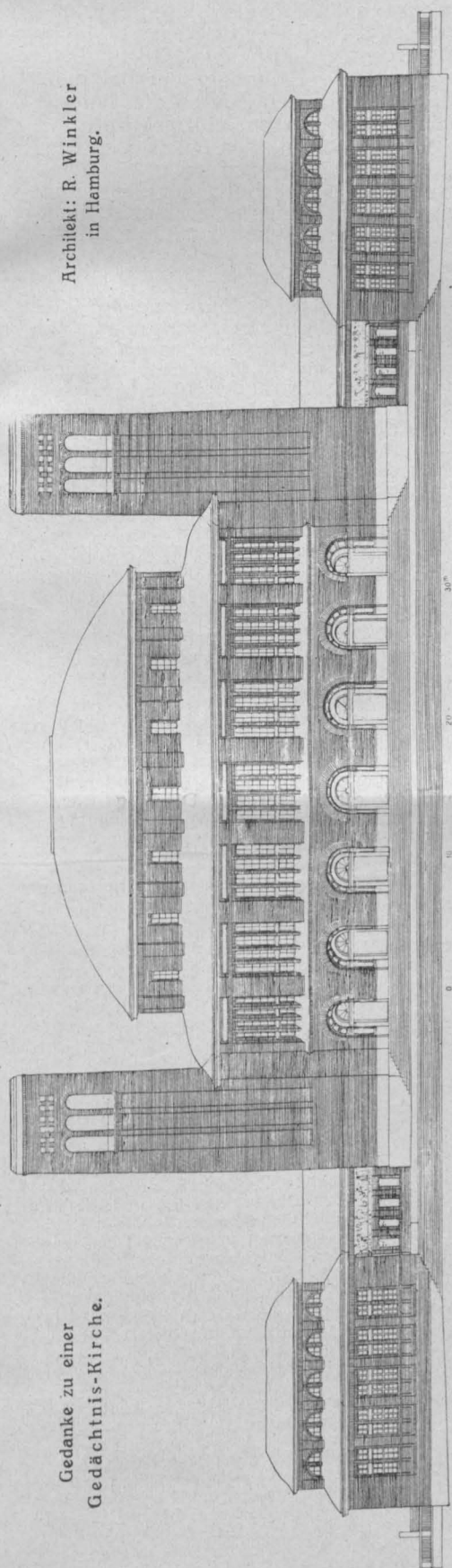




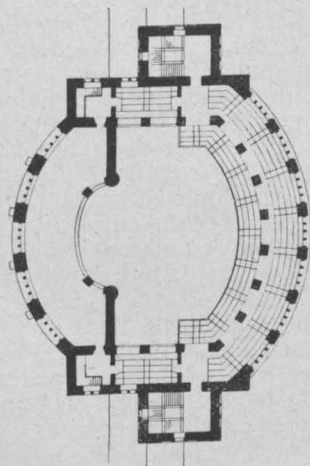
Entwurf zu einem Pantheon der Menschheit. Architekt: H. P. Berlage in Amsterdam. Vorderansicht und Schnitt.

lichen Gemüt; nur die Gegenwart wird daher die richtige Form und den richtigen Ausdruck finden für zu schaffende Gedächtnismale dieser eisernen Zeit.

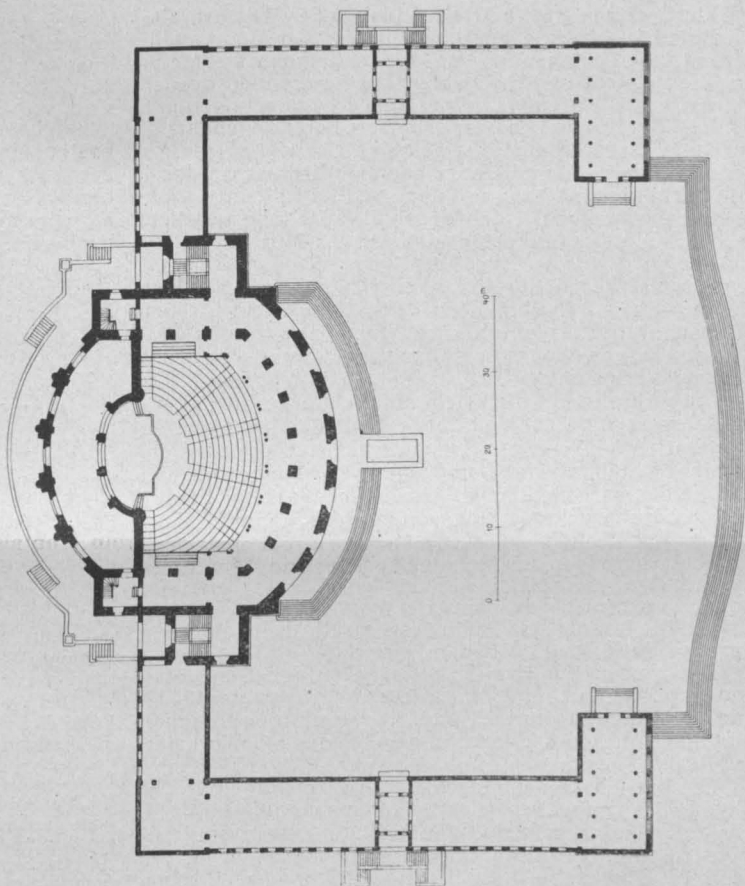
Architekt: R. Winkler
in Hamburg.



Gedanke zu einer
Gedächtnis-Kirche.

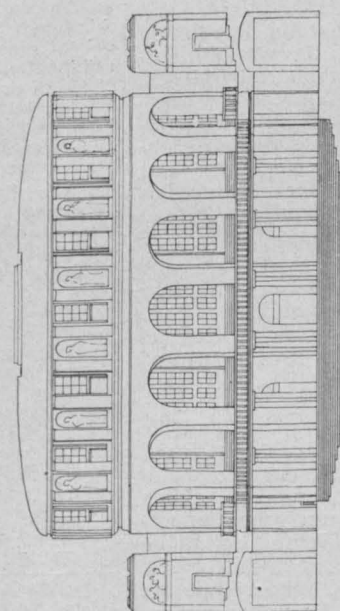


glück zerstört, der Vater, Gatte, Sohn, Bruder, sie liegen draußen im fernen Feindesland, einsam gebettet. In wie vielen Herzen mag da der Wunsch aufleben, den schwer Vermissten geistig doch näher gerückt zu finden. Jedermann empfindet den innigen Wunsch, den vielen Männern, die ihr Leben dahin gaben, seine heiße Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen und Herzenssache der ganzen Bevölkerung in allen Landesteilen der Verbündeten müßte es sein, jenen Tapferen auch sichtbare, zu den Nachkommen sprechende Gedächtnismale und Denk-



steine zu errichten als Zeichen treuer Erinnerung und Dankbarkeit.

Aus diesen Erwägungen und aus solchen Gefühlen heraus ist die Entwurfskizze zu einer Gedächtniskirche, die mitten im Leben stehen soll, entstanden. Die vielen eingehauenen Namen auf den angebrachten Gedenksteinen, sowie die plastischen Darstellungen an den Umfassungen des Ehren-Kriegerhofes als Zugang zur Kirche sollen uns und unsere Nachkommen stets an die durchlebte jetzige schwere Zeit erinnern, aber auch den Hinterlassenen ein Trost sein und allen zeigen, daß nur durch Einigkeit, Pflichtgefühl und Treue die Erhaltung des Vaterlandes möglich war und auch in Zukunft möglich ist. Falls Ueppigkeit und Pflicht-



Tausende und Tausende mußten ihr Leben für des Vaterlandes Ehre und Weiterbestehen opfern. Manches Dasein wurde vernichtet, manches Familien-

vergessenheit einmal um sich greifen sollten, so mögen die angebrachten Bilder, Urkunden, Geschichts- und Zeitwerke in den Gedenkhallen um die Kirche den Blick in die Zukunft lenken und mahnend die Vergangenheit wieder wachrufen.“

Einen weitergehenden Gedanken verfolgt der Architekt eines neutralen Landes, Hr. H. P. Berlage in Amsterdam. Er wendet sich an die gesamte zivilisierte Menschheit, an die Völkergemeinschaft, an die Menschen-Einheit. Den leitenden Gedanken seines großartigen Entwurfes (S. 153 und 154) faßt er in die folgenden Worte:

„Dieses Pantheon habe ich mir gedacht, nach dem Krieg mitten in Europa auf einem Hügel erbaut, der die Ebene übersieht. Acht Heerstraßen führen von allen Himmelsrichtungen den Pforten zu. Diese, zwischen den Türmen der Liebe und des Mutes, der

Begeisterung und der Besonnenheit, der Wissenschaft und der Macht, der Freiheit und des Friedens gelegen, welche, Wächtern gleich, die große runde Halle umgeben und nachts ihr Licht weitaus in die Ferne ausstrahlen, gewähren zum Pantheon Einlaß. An die Türme grenzen die Höfe der stillen Betrachtung, eingefast durch die Galerien des Gedächtnisses der Gefallenen aller Staaten, die Krieg geführt haben. Durch die Galerien der Versöhnung schreitet man in den großen Saal. Dort steht, durch die Galerie des Gedächtnisses umschlossen, einzig durch das Zenitlicht der Kuppel bestrahlt, das Denkmal der Menschen-Einheit. Weiter oben liegen die Galerien der Erkenntnis, der Erhebung der Seele und des allumfassenden Verständnisses. Sodann schließt die Kuppel der Völkergemeinschaft den Raum ab.“ —

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Ein Gesetzentwurf betr. den Ausbau der Wasserkräfte des Mains, die infolge der Durchführung der Mainkanalisierung bis Aschaffenburg an den Staustufen bei Mainkur, Kesselstadt und Gr.-Krotzenburg gewonnen werden können, ist dem preuß. Landtag kürzlich zugegangen und in den Beratungen beider Häuser bereits genehmigt worden. An den Staustufen soll elektrische Energie gewonnen und es sollen die anzulegenden Kraftwerke durch eine Verbindungsleitung mit den staatlichen Kraftwerken im oberen Quellgebiet der Weser in Beziehung gebracht werden. Die Gesamtkosten sind auf 6,2 Mill. M. veranschlagt.

Aus der Begründung ist hervor zu heben, daß durch Einbau von je 4 Turbinen an den 3 Staustufen jährlich durchschnittlich 30 Mill. Kilowattstunden gewonnen werden können, von denen nach Abzug von Leitungs- und Umformungsverlusten noch rd. 25 Mill. ausnutzbar sind. Da die Wasserkräfte mit Rücksicht auf die stark schwankenden Wasserstände ebenfalls bedeutenden Schwankungen unterworfen sein werden, ist ein Ausgleich erforderlich, der hier nicht durch eine Dampfzentrale gewonnen werden soll, die den wirtschaftlichen Nutzen der Wasserkräfte erheblich herabdrücken würde, sondern durch eine Verbindung mit den Kraftwerken der Talsperren im oberen Wesergebiet, die gerade in den Monaten Februar und März, wenn die Wasserkräfte des Mains hauptsächlich versagen, über große, sonst nicht ausgenutzte Wasserkräfte verfügen. Umgekehrt können die Mainwasserkräfte zeitweilig den Weserwasserkraften aushelfen.

Die Kosten der drei Kraftwerke an den Staustufen sind zu je 1,46 Mill. M. veranschlagt, die Kosten der 124 km langen Fernleitung mit 1,1 Mill., der Umformerstationen mit 670000 M., eines Verwaltungsgebäudes mit Werkstatt zu 50000 M., zus. also 6,2 Mill. M.

Die Betriebskosten einschl. 5% Verzinsung und $\frac{1}{2}\frac{3}{4}\%$ Tilgung des Anlagekapitals belaufen sich auf 640000 M. jährlich. Nach den bisherigen Verhandlungen sind zunächst 16 Mill. Kw.-Std. in ihrer Unterbringung gesichert, die, mit i. Durchschn. 4 Pfg. f. d. Kw.-Std. angesetzt, schon die Verzinsung und Tilgung sichern würden. Die Staustufen liegen teils auf preußischem, teils auf hessischem, teils auf bayerischem Gebiet. Hessen hat auf Beteiligung an Ausbau und Ausnutzung verzichtet, Bayern den Ausbau Preußen gegen eine Anerkennungsgebühr überlassen.

Zusammen mit den Kraftwerken im oberen Wesergebiet würde sich nach Ausbau der 3 Staustufen ein zusammenhängendes Versorgungsgebiet aus staatlichen Elektrizitätswerken von Bremen bis zum Main ergeben. Zur Sicherung des Strombedarfes sind im nördlichsten Teil dieses Gebietes noch Aushilfe-Lieferungsverträge mit bestehenden anderen Kraftwerken abgeschlossen.

Kosten von Krankenhausbauten. In No. 20 Jahrgang 1916 der „Deutschen Bauzeitung“ befindet sich in einer kurzen Nachricht (Chronik) über die Einweihung des neuen Johanner-Krankenhauses Friedrich-Wilhelm-Stift in Bonn a. Rh. die Angabe, daß der Kostenaufwand ohne die Einrichtung 900000 M. betrage. Diese Angabe könnte zu Mißverständnissen über die tatsächlichen Kosten des Baues führen insofern, als es nahe liegt, die genannte Summe als Baukostensumme aufzufassen. Dann würden also die Baukosten für das Bett, da die Anstalt 100 Betten enthält, 9000 M. betragen haben. Tatsächlich aber haben die Baukosten dieser von uns erbauten Anstalt einschließlich Gartenanlagen, Umwährung, Leitungen im Gelände usw. nur rd. 650000 M. betragen, mithin 6500 M. für das Bett. Da der größere Teil der Krankenzimmer des Hauses von Räumen für Kranke 1. Kl. (25 Betten in Ein-

zelzimmern) und 2. Kl. (25 Betten in Einzelzimmern oder je zwei in einem Zimmer) eingenommen wird und da die Räume für operative und therapeutische Behandlung der Kranken, für den Wirtschaftsbetrieb, für die Unterbringung des Personales verhältnismäßig sehr reichlich bemessen sind, so hält sich der Einheitssatz von 6500 M. für das Bett in mäßigen Grenzen. Ein Aufwand von 9000 M. für die Baukosten einer Betteinheit würde aber heute, angesichts der dankenswerten Bestrebungen, die Kosten der Krankenhäuser, die immer höher angeschwollen waren, wieder auf ein annehmbares Maß zurückzuführen, auffallend hoch sein.

Die Angabe, daß der Kostenaufwand in diesem Fall 900000 M. betragen habe, erklärt sich wohl dadurch, daß die Grundstückskosten, über die wir übrigens nicht unterrichtet sind, mit hinzu gerechnet wurden. —

J. Boethke

H. Schmieden

Kaiserlicher Baurat

Regierungs-Baumeister a. D.

Chronik.

Ein Neubau der Puls'schen Altersversorgungs-Anstalt in Charlottenburg ist nach den Entwürfen und unter der Oberleitung des Stadtbaurates H. Seeling durch den Magistrats-Baurat Walter an der Puls-Straße fertig gestellt worden. Die für etwa 150 Insassen berechnete Anstalt ist ein Altersheim, in dem vereinsamte bedürftige Menschen Wohnung und Verpflegung finden können. Die Anstalt besteht aus 3 Baugruppen, die mit einander in Verbindung stehen. In 2 Flügelbauten sind 69 Zimmer mit je 1 Bett und 40 Zimmer mit je 2 Betten untergebracht. Beamtenwohnungen, Schwesternzimmer, Kranken-Zimmer, Wirtschafts- und Verwaltungsräume, sowie ein Speisesaal sind in einen Mittelbau verlegt. —

Deutsch-österreichisches National-Denkmal in Passau. Gegen Ende des vergangenen Jahres wurde im Gemeinderat in Passau die Errichtung eines „Denkmales der Nibelungentreue“, eines deutsch-österreichischen National-Denkmales angeregt und als Platz dafür die Landzunge am Zusammenfluß von Donau und Inn bezeichnet. Das Denkmal würde so ein Gegenstück zu dem Kaiser Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz werden und soll die Standbilder Kaiser Wilhelms II. und des Kaisers Franz Josef I. erhalten. Die Oesteren gedenkt man aus Sammlungen in Deutschland und Oesterreich aufzubringen. Der Gedanke ist gut, die Gegend und der Ort des Denkmals in ihr sind vortrefflich gewählt. Große geschichtliche Erinnerungen, die bis in die Zeit des Nibelungen-Liedes zurückgehen, eine hervorragend schöne Landschaft aus dem Zusammenfluß dreier Flüsse, der Donau, des Inn und der Ilz, sowie in ihr bedeutende geschichtliche Bauwerke wie die alte Veste Oberhaus würden das Denkmal umgeben. Doch man hüte und bewahre den guten Gedanken bis zum Eintritt ruhigerer Zeiten, damit nicht vorschnelle Entscheidungen den Denkmalgedanken und das Denkmal selbst benachteiligen. —

Neue Bankbauten in Stuttgart gehen nach dem „Schwäb. Merkur“ ihrer Vollendung entgegen. So hat die Dresdner Bank an der Einmündung der See- in die Schloßstraße im Anschluß an ihr bestehendes Gebäude einen monumentalen Neubau errichtet, der im Rohbau vollendet ist. Der Entwurf ist von der Bauabteilung der Dresdner Bank zu Berlin, Vorstand Reg.-Bmstr. Schütte, ausgearbeitet worden. — Ferner hat die Württembergische Bankanstalt an der Ecke der Gymnasiums- und Kronprinz-Straße durch Brl. Hengerer, Mitarbeiter Arch. Reissing, einen Neubau errichten lassen, der ebenfalls im Rohbau fertig gestellt ist. Die Fassade des mit Pilastern geschmückten, 4stöckigen Baues ist mit Muschelkalk verkleidet. Kellergeschoß und 3 Obergeschosse sind für Bankzwecke eingerichtet, das 4. Geschoß und das Dachgeschoß sind zu Wohnungen ausgebaut. —

Inhalt: Kriegs-Ehren- und Gedächtnishallen. — Vermischtes. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Alte Universität in Würzburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 30. BERLIN, DEN 12. APRIL 1916.

Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin.



kurz vor Ausbruch des Weltkrieges ist in Berlin der Bau eines Straßenbahn-Tunnels in Angriff genommen worden, der die Straße „Unter den Linden“ am Opernhaus kreuzt, d. h. die Haupt-Monumentalstraße Berlins, die Straße der höfischen Repräsentation, aber auch die Straße, auf der bei allen frohen und ernsten Geschehnissen, bei denen das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Volk und Fürstenhaus zu beredtem Ausdruck kommt, gewaltige Volksmassen sich zusammendrängen, sodaß der gewöhnliche Straßenverkehr zeitweilig ganz unterbunden werden muß oder doch in hohem Maße beeinträchtigt wird. Eine solche Straße bedarf einer ihrer Eigenart entsprechenden besonderen Behandlung und nur aus diesen Verhältnissen heraus ist die Anlage des jetzt seiner Vollendung entgegen gehenden Tunnels zu verstehen, der durch keine örtliche Bodengestaltung, sondern lediglich durch die Verkehrsverhältnisse bedingt, in seiner Art auf dem Kontinent wohl auch einzig dasteht. Der Tunnel besitzt aber mehr als eine örtliche Bedeutung für Berlin, denn er gestattet einen verstärkten Ausbau und wesentlich günstigeren Betrieb des Straßenbahnnetzes, greift also in die gesamten Berliner Verkehrsverhältnisse ein. Auch in technischer Beziehung ist er, wenn es sich auch um kein Werk bedeutender Abmessungen oder besonders schwieriger Ausführung handelt, nicht ohne Interesse. Eine kurze Darstellung seiner Anlage und Ausführung erscheint daher am Platz.

Der Tunnel hat eine lange Vorgeschichte, die bezeichnend ist für die Schwierigkeiten, unter denen in Berlin sich die städtebauliche Entwicklung und die Durchführung von Ver-

kehrsplänen vollziehen, und die daher etwas eingehender dargestellt werden soll. Bis zum Jahr 1894 zerschnitt die Straße „Unter den Linden“ das Berliner Straßenbahnnetz auf eine Länge von über 2 km in einen nördlichen und einen südlichen Teil. Zwischen dem Platz vor dem Brandenburger Tor und der Spandauer-Straße fehlte es an jeder Straßenbahn-Gleisverbindung. Die Bestrebungen, eine solche zu schaffen, gehen bis auf das Jahr 1875 zurück. Damals beantragte die Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft eine Lindenkreuzung im Zuge der Charlotten-Straße. Die Linie sollte weiter durch Dorotheen- und Friedrich-Straße nach Norden geführt werden. Mit Rücksicht auf den Engpaß in der Charlotten-Straße zwischen Behren-Straße und Linden, sowie auf den starken Verkehr in der engen Friedrich-Straße wurde der Antrag vom Polizeipräsidentium abgelehnt und von diesem die Durchführung der Charlotten-Straße bis zur Spree zur Entlastung der Friedrich-Straße angeregt. Erst 10 Jahre später erneuerte die Gesellschaft ihren Antrag, wollte nun aber ihre Linien durch die Dorotheen-Straße bis zur Luisen-Straße und durch diese über die Spree führen.

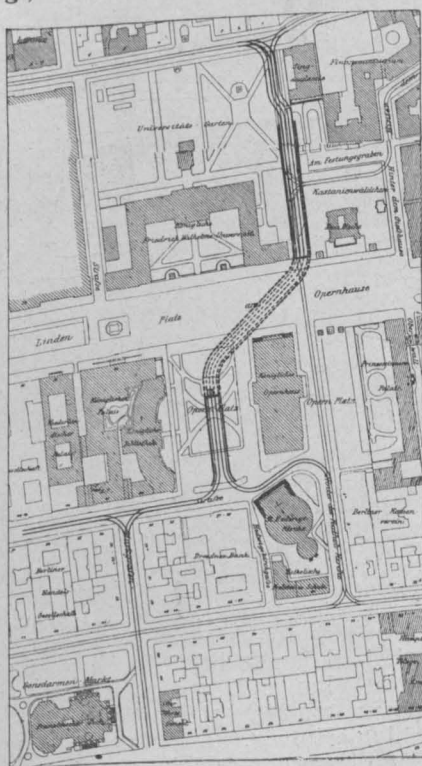


Abbildung 1 und 2. Vorentwürfe mit einfachem Tunnel. Lageplan rd. 1:6000.

Der Antrag wurde wiederum abgelehnt, statt dessen aber eine Lindenkreuzung vor der Schloßbrücke, d. h. vom Schinkel-Platz am Zeughaus vorbei zur Straße am Kupfergraben zur Erwägung gestellt.

Nunmehr nahm sich die Stadtgemeinde der An-

theen-Straße angemessen verbreitert werden sollte. Die Notwendigkeit der Lindenkreuzung wurde zwar grundsätzlich anerkannt, der vorgelegte Plan aber abgelehnt. Damit fiel leider auch die Verbreiterung der Friedrich-Straße, die damals hätte erreicht werden

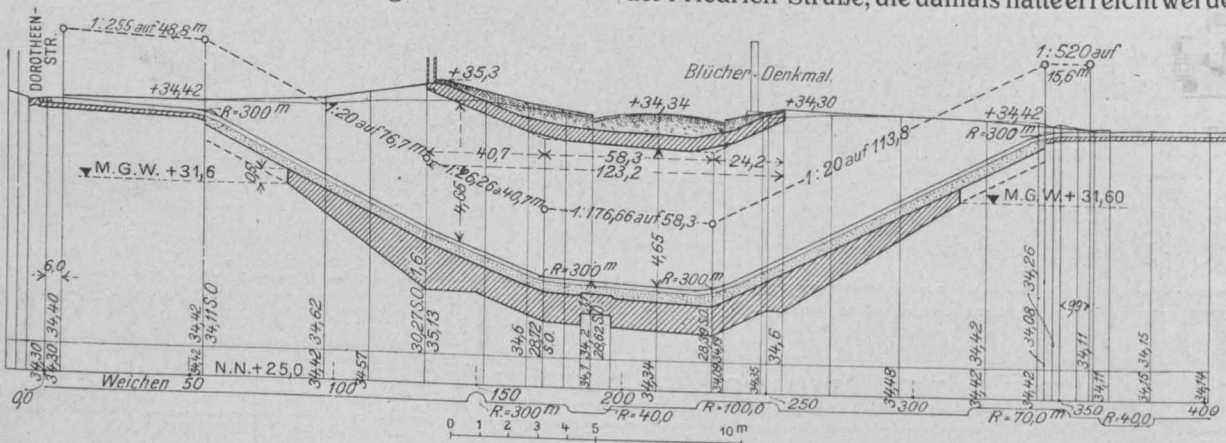


Abbildung 4. Längsprofil des östlichen Tunnels.

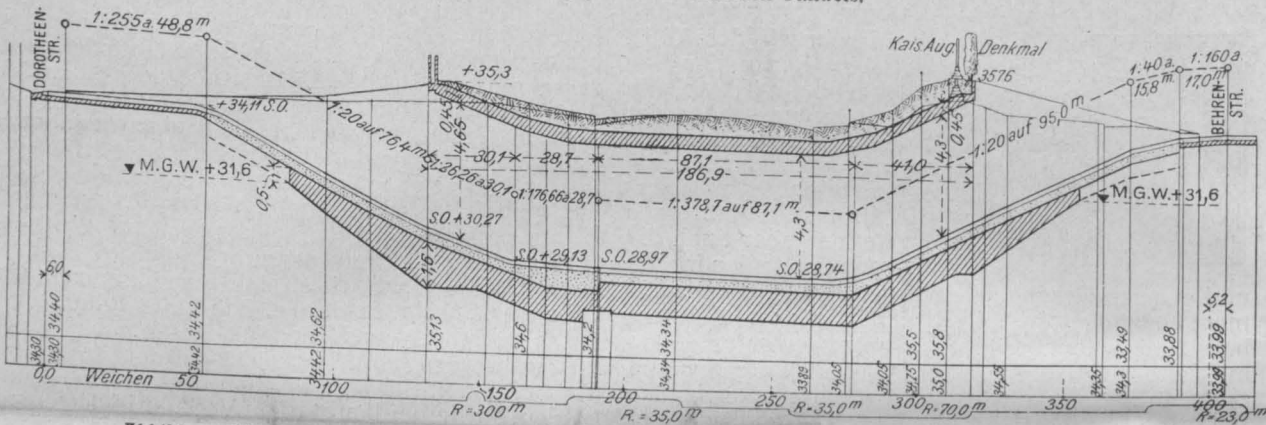


Abbildung 5. Längsprofil des westlichen Tunnels. (Längen rd. 1:2500, Höhen im 10 fachen Maßstab.)

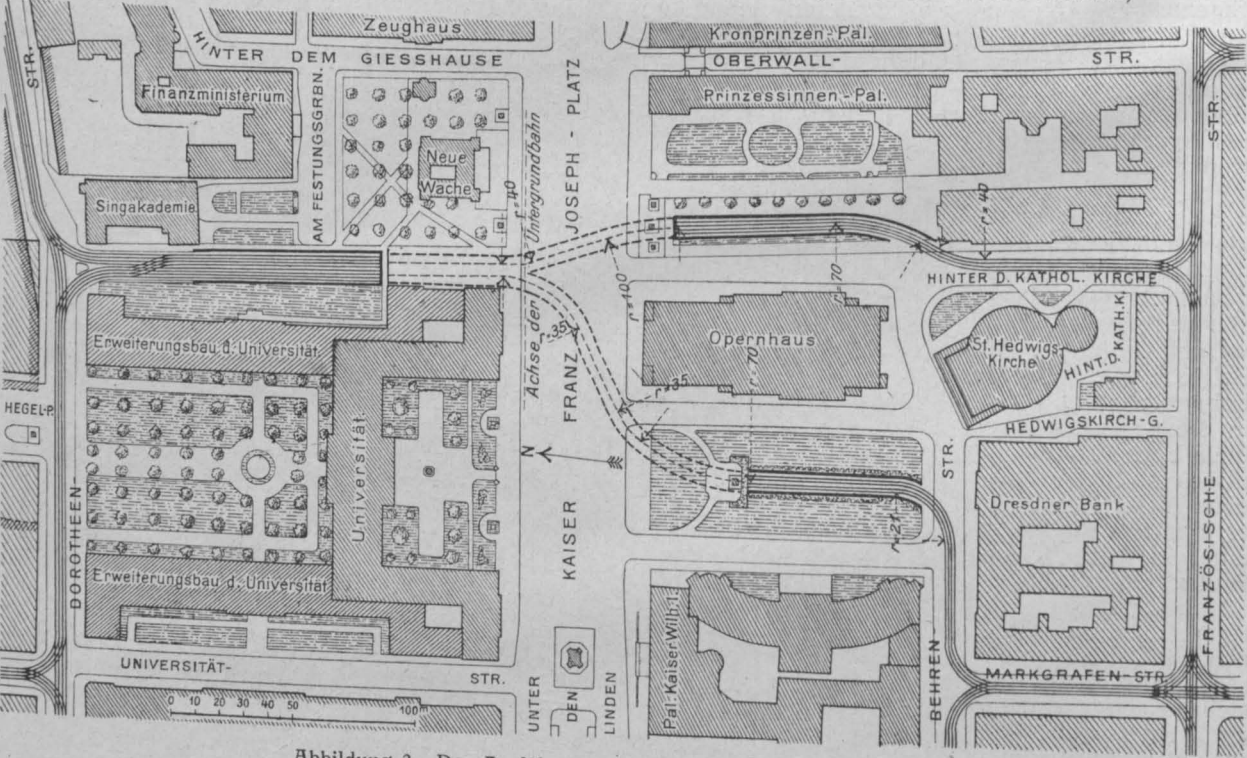


Abbildung 3. Der Ausführung entsprechender Lageplan (1:3000).

gelegenheit an, richtete im Jahre 1888 ein Immediat-gesuch an den Kaiser, betonte die dringende Notwendigkeit der Straßenbahn-Verbindung zwischen den Netzen südlich und nördlich der Linden und schlug eine Kreuzung im Zuge der Friedrich-Straße vor, die in ihrem engsten Teil zwischen Behren- und Doro-

können. Bis 1894 zogen sich dann noch die Verhandlungen über den Ort der Linden-Ueberschreitung hin; am 22. September 1894, also 20 Jahre nach dem ersten Antrag, konnte endlich die Straßenbahn eröffnet werden, welche die Linden am Opernhaus im Zuge der Straße „Hinter der Katholischen Kirche“ übersetzt

und durch das Kastanienwäldchen zwischen Neuer Wache und Singakademie einerseits, Universität anderseits bis zur Dorotheen-Straße geführt ist und sich dort mit dem nördlichen Netz verbindet.

Die nur zweigleisige Verbindung zeigte sich aber bald dem Verkehrsbedürfnis nicht mehr gewachsen, namentlich, nachdem die Elektrisierung der Straßenbahnen und die Einführung des Zehn-pfennig-Tarifes den Verkehr in ungeahnter Weise gesteigert hatten. Die Stadtgemeinde Berlin hatte sich inzwischen auch mit erhöhtem Nachdruck den Fragen der Verkehrsentwicklung zugewandt; eine besondere Verkehrs-Deputation war eingesetzt worden, um alle diese Fragen von einheitlichen Gesichtspunkten zu verfolgen und im Jahre 1897 hatte der jetzige Stadtbaurat für Tiefbau, Geh. Brt. Fr. Krause, sein Amt angetreten, der den Aufgaben des Verkehrs seine besondere Aufmerksamkeit zuwendete. Noch in demselben Jahr wurde eine zweite Linden-Kreuzung im Zuge der Charlotten-Straße beantragt, die inzwischen über die Linden hinaus als Prinz Louis Ferdinand-Straße bis zur Spree geführt worden war, während für den Engpaß zwischen Behren-Straße und Linden eine Verbreiterung vorgesehen wurde. Statt dessen schlug das Polizeipräsidium eine Kreuzung der Linden im Zuge der Kanonier-Straße vor, die einen Durchbruch zwischen Behren-Straße und Linden bedingt und jenseits in der Neustädtischen Kirch-Straße ihre Fortsetzung gefunden hätte. Die Stadt Berlin stellte auch hierfür einen Plan auf. Im Jahre 1901 erfolgte dann aber die grundsätzliche Ablehnung jeder Kreuzung in Straßenhöhe durch den Kaiser, für die damals das bekannte Schlagwort „Drunter durch, nicht drüber hinweg!“ geprägt wurde.

An der entsprechenden Stelle war eine Kreuzung im Tunnel aber nicht möglich, weil es auf der Nordseite an der nötigen Länge zur Rampenentwicklung bis zur nächsten Parallel-Straße zu den Linden fehlte. Diese Möglichkeit war dagegen gegeben an der bisherigen oberirdischen Kreuzungsstelle am Opernhaus. Hier trat nun aber ein neuer erschwerender Umstand in dem geplanten Um- und Erweiterungsbau des Opernhauses auf, der auf die Tunnelführung von Einfluß war. Der erste Entwurf eines zunächst nur zweigleisigen Tunnels, den die Stadt 1905 vorlegte, sah daher, wie im Lageplan Abb. 1, eine schräge Ueberschreitung der Linden von der Neuen Wache nach der alten Bibliothek zu und eine Entwicklung der südlichen Rampe auf dem Platz zwischen Opernhaus und Bibliothek vor, da dieser keinesfalls durch den Opernhaus-Neubau in Anspruch genommen werden konnte. Zu einer grundsätzlichen Entscheidung kam es aber erst im Jahre 1912, nachdem der große Untertunnelungsplan der Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft v. gl. J.*), das neue Verkehrsprogramm der Stadtgemeinde Berlin v. J. 1908**), die schon vor längerem die von Siemens & Halske gebauten Straßenbahnen (Berl. Elektr. Straßenbahnen-Akt.-Gesellschaft) unter ihren Einfluß gebracht hatte und selbst mit dem Bau weiterer Straßenbahnen vorgehen wollte, noch eine Reihe neuer Gesichtspunkte in die Angelegenheit hinein getragen hatten. Es hatte inzwischen eine Einigung darüber stattgefunden, daß die Verkehrsbedürfnisse gleich einen viergleisigen Tunnel forderten; ferner war die Frage des Opernhaus-Neubaus dahin entschieden worden, daß dieser jedenfalls nicht nach dem Genzmer'schen Plan an alter Stelle mit einer Erweiterung nach dem Prinzessinnen-Palais ausgeführt werden würde, und die Tunnelpläne der Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft waren wieder verlassen worden.

Es konnte nun die an sich naturgemäßere, nahezu geradlinige Tunnelführung östlich des Opernhauses nach Lageplan Abb. 2 neuerdings in Frage kommen. Nun traten aber wieder neue Schwierigkeiten auf. Die schon starke Belastung der Französischen-Straße durch Straßenbahn-Verkehr machte eine Einführung

des gesamten, aus der Südrampe des Tunnels austretenden, gegenüber den bisherigen Verhältnissen noch erheblich zu steigenden Verkehrs an einer Stelle unzulässig; gegen die Gleisführung zwischen Hedwigskirche und Opernhaus, wie sie die beiden Entwürfe Abb. 1 und 2 zeigen, erhob sich aber sowohl Einspruch der Kirche, wie der Hoftheater-Intendantur. So blieb schließlich nichts Anderes übrig, als den Tunnel nur in seiner Nordrampe und bis an die nördliche Bordkante der Straße Unter den Linden heran geschlossen viergleisig zu führen, dann aber in 2 zweigleisige Tunnel zu spalten, von denen der eine östlich, der andere westlich nach Lageplan Abb. 3 geführt ist, derart, daß die beiderseitigen Gleisanschlüsse an das vorhandene Netz ohne die beanstandete Verbindung zwischen Opernhaus und Hedwigskirche möglich wurden. In dieser Form fand dann schließlich der Tunnelplan, nachdem die Stadtgemeinde noch in der Opernhausfrage eine Reihe von Verpflichtungen übernommen hatte und nachdem die Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde, die als Bauherr des Tunnels auftreten wollte, und der Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft über die gemeinschaftliche Benutzung des Tunnels zu Ende geführt worden waren, im Februar 1914 die kaiserliche Zustimmung, am 7. Mai 1914 die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung und am 6. August 1914, also erst nach Ausbruch des Krieges, die landespolizeiliche Genehmigung. Es war jedoch inzwischen schon mit den vorbereitenden Arbeiten angefangen worden.

Die Benutzung des Tunnels ist derart zwischen Stadt und Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft vereinbart, daß der östliche Tunnel ausschließlich für den Betrieb der Gesellschaft für die in östlicher Richtung nach dem Hacke'schen Markt zu führenden Züge dienen soll. Nur in Notfällen, die eine Sperrung des Westtunnels erforderlich machen, soll der Betrieb der städtischen Linien auch durch den östlichen Tunnel gehen dürfen. Letzteren ist dagegen der Westtunnel in erster Linie vorbehalten und zwar werden zunächst 41 Züge stündlich hindurchgeführt werden. Dazu kommen dann noch 36 Züge der Gesellschaft, die hier hindurch laufen müssen, um die Einlegung einer den Betrieb erschweren Kreuzung am Ausgang der Tunnelrampe vor der Dorotheen-Straße zu vermeiden. Die Leistungsfähigkeit der viergleisigen Tunnels würde bei voller Ausnutzung 240 Wagen nach beiden Richtungen in der Stunde betragen. Das von der Aufsichtsbehörde verlangte Signalsystem wird aber vielleicht eine Ausnutzung bis zur vollen Höhe nicht gestatten. Die Inbetriebnahme des Tunnels wird also eine ganz wesentliche Steigerung des Verkehrs an der Lindenkreuzung zulassen und schafft damit die Möglichkeit, eine größere Anzahl neuer Linien hier überzuführen. Namentlich soll die Verbindung sowohl seitens der Stadt wie der Gesellschaft zur Bildung einer Anzahl großer Ringlinien ausgenutzt werden. Der in der Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochene Wunsch, den Tunnel unter Umständen auch für den übrigen Straßenverkehr benutzbar zu machen, läßt sich dagegen wegen des an der Nordrampe nur zur Verfügung stehenden knappen Raumes nicht verwirklichen.

Die Kosten des Tunnels einschließlich Grunderwerb, der allein etwa 1,1 Millionen M. beträgt, sind auf 3,2 Millionen M. veranschlagt worden. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse

*) Vergl. Deutsche Bauzeitung 1908 S. 110 ff.

**) Vergl. Deutsche Bauzeitung Jahrgang 1908 S. 193 ff.

werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Rektor und Senat der herzoglichen Technischen Hochschule zu Braunschweig haben auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Ingenieurbauwesen dem Ingenieur Karl Haberkalt, Ministerialrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Wien, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete des Brückenbaues und der verwandten Fächer, insbesondere der bahnbrechenden Förderung der Eisenbeton-Bauweise und der Verwendung von hochwertigem Stahl für Brückentragwerke, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Das neue staatliche Erziehungsgebäude in New-York. Ein Fachgenosse macht uns die sehr dankenswerte Mitteilung, daß sich dieses Verwaltungsgebäude des Staates New-York nicht in der Stadt New-York selbst, sondern in der Hauptstadt dieses Staates, in der Stadt Albany am Hudson, etwa 200 km nördlich von New-York, befindet. —

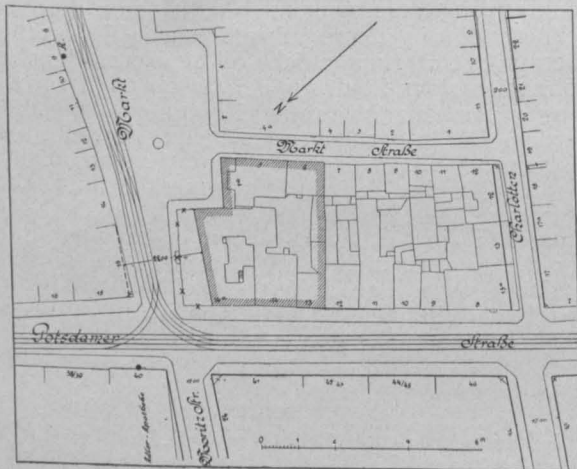
Hase-Denkmal in Hannover. Am Sonntag, den 16. April, mittags 12 Uhr, wird in Hannover das Denkmal zu Ehren des „Deutschen Baumeisters“ Konrad Wilhelm Hase, des Lehrers der Baukunst an der Technischen Hochschule in Hannover enthüllt. Das Denkmal ist am Künstlerhause der Stadt Hannover, dem ehemaligen Provinzialmuseum, einem hervorragenden Bau des Altmeisters Hase, angebracht worden und ist ein Werk des Architekten Otto Lüer und des Bildhauers Prof. Karl Gundelach in Hannover, deren Arbeit im Wettbewerb mit dem 1. Preis gekrönt war. Im Anschluß an die Enthüllungsfeier findet in den Räumen des hannoverschen Künstlervereins, Sophien-Straße 2, ein Frühstück statt (Gedeck einschl. Wein 5 M.). Es werden zu der Feier zahlreiche Schüler Hase's, die Vertreter der deutschen Architekten-Vereinigungen, der Akademien, deren Mitglied Hase war, usw. erwartet.

Anmeldungen zur Teilnahme an der Feier im Künstlerverein sind an die Adresse des letzteren zu richten. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen schreibt der Vorstand der Kasse zum 15. Juni 1916 bei 3 Preisen von zus. 2100 M. und Ankäufen aus. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für die Aufteilung und Bebauung des Grundstückes des alten Rathauses in Spandau ist die Frist vom 1. April auf den 1. Juni 1916 erstreckt worden. Das alte Rathaus liegt mitten in der von Havel und Mühlengraben umflossenen Altstadt, am Markt. Seine engeren Lageverhältnisse zeigt der beistehende Ausschnitt aus dem Plan der Stadt. Diese beabsichtigt, das alte Rathaus und die ihr gehörigen Gebäude Potsdamer-Straße 13 und 14, sowie Markt-Straße 5 und 6 abzubauen und zur Bebauung zu veräußern. Die Grundstücke liegen an einem der verkehrsreichsten Punkte der Altstadt, an der die Neu-



und die Wilhelmstadt verbindenden Potsdamer-Straße und an dem belebten Markt. Die Hauptverkehrsader Spandaus, die Breite-Straße, führt an der Ostseite des Marktes in etwa 90 m Entfernung an dem aufzuteilenden Gelände vorüber. Von hier aus ist das Grundstück, das die Westseite des Marktes abschließt, auffallend sichtbar. Auch

der Markt selbst weist an den Tagen der Wochenmärkte regen Verkehr auf. Die Bebauung soll erfolgen mit Gebäuden, die sowohl geschäftlichen wie Wohnzwecken dienen. Die Erbauung eines Warenhauses ist ausgeschlossen. Es sind teilweise neue Fluchtlinien festgesetzt; so ist der Übergang vom Markt zur Potsdamer-Straße auf 22 m verbreitert. Für den Markt soll der eingeschlossene Charakter erhalten bleiben, was auch die Erhaltung des einspringenden Winkels an der Markt-Straße bedingt. Diese Wünsche sind begründet. Die stilistische Behandlung der geplanten Bauten, sowie das Material ihrer Schau-seiten sind freigestellt. Auf eine einheitliche und würdige Wirkung der gesamten Baugruppe wird größtes Gewicht gelegt. Verlangt werden Aufteilungspläne 1:2500 und 1:500, Grundrisse, Schnitte und Ansichten der geplanten Bauwerke 1:200, zwei Schaubilder. Im Preisgericht befindet sich als einziger akad. Sachverständiger des Hochbaufaches Hr. Stadtbauinsp. Reg.-Bmstr. a. D. Legart; er steht 4 anderen Preisrichtern gegenüber. Es erscheint im Interesse der Sache wie in dem der Wettbewerber dringend erwünscht, noch wenigstens 2 weitere akademisch gebildete Preisrichter hinzu zu wählen. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 200 M. ist vorbehalten. Zwei nachträgliche Bestimmungen scheinen uns im Widerspruch zu einander. Die eine sagt, das Urheberrecht bleibe den Verfassern; nach der anderen soll die Stadt jedoch berechtigt sein, die preisgekrönten Entwürfe ohne Entschädigung an den Verfasser zur Ausführung zu bringen oder bringen zu lassen, auch durch die Käufer der Grundstücke. —

Einen Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Krieger-Denkmal an der Domkirche in Graz erläßt ein zuständiger Ausschuß an alle in Steiermark geborene oder ansässige Künstler zum 1. Juli 1916. Unterlagen durch den „Verein bildender Künstler Steiermarks“ in Graz, Landesmuseum.

Die Domkirche ist eine in den Jahren 1446—1462 erbaute spätgotische Hallenkirche, die wiederholten Wiederherstellungen, man kann wohl sagen, zum Opfer gefallen ist. Ein mit ihr in Verbindung gebrachtes Heldendenkmal könnte für sie nur zu einem Gewinn werden. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Krieger-Denkmale in Prag erläßt das „Kunstgewerbliche Museum der Handels- und Gewerbekammer“ in Prag für Bewerber beider Volksstämme Böhmens. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu Urkunden für lobende Anerkennungen erläßt der „Verein der Künstler und Kunstfreunde in Mannheim“. Summe der Preise 200 M. Bedingungen durch die Auskunftsstelle für Künstler und Kunststudierende in Mannheim, A. 1. —

Chronik.

Die Ehrung gefallener Helden vom Lande ist Gegenstand einer bemerkenswerten Anregung, die aus einem Dorf im Thüringer Wald kommt. Auf dem Lande, wo der Besitz nicht so schnell wechselt, wo jeder Einzelne mit seinem Hause verwachsen ist und ihm entweder seinen Namen gibt, oder umgekehrt vom Hause seinen Namen erhält: dort ist das Haus auch der gegebene Träger tiefgehender Familien-Ereignisse. Mehr als 1813/14, als 1870/71 steht der große Weltkrieg unter dem Zeichen des Eisernen Kreuzes. So kann auch das Haus, dem ein teures Glied entrissen ist, mit diesem Wahrzeichen geschmückt werden, unabhängig von den Ehrungen, die den für die Heimat Gefallenen auf Denkmälern, Votivtafeln in der Kirche und in den Ortschaften zuteil werden. Dort, wo der Gefallene einst gelebt und gewirkt, der Ort, dem sein letztes Gedenken in der Todesstunde galt, möge an hervorragender Stelle von Malerhand das Eiserner Kreuz entstehen; auf seinen Flächen kann es die Namen der oder des gefallenen Helden mit Ort und Tag des Todes tragen. Am geeignetsten dürften sich die Flächen über dem Haupteingang des Hauses oder der nach der Straße zu gelegenen Seite erweisen. —

Der Durchstich der Unterwasserstrecke von Rove am Kanal von Marseille ist kürzlich erfolgt. Die Strecke bildet einen der wichtigsten Teile der 1910 begonnenen Arbeiten des Kanals zur Rhône. Die von den beiden Enden getriebenen Stollen haben sich genau nach der aufgestellten Berechnung getroffen. Damit ist das Werk der Verbindung des Kanals von Marseille mit der Rhône vollendet. Die Gesamtlänge dieses Kanals beträgt 77 km. Er besteht im Anfang aus einer dem Meere zugehörigen Strecke, überschreitet dann in gerader Linie durch einen 7 km langen Tunnel die Kette von Rove, läuft den Teichen von Belbon und Berre entlang, benutzt die Kanalstrecke von Baguë nach Martigues und überquert den See von Caronte, um endlich in Port-de-Bouc den Kanal von Arles zu erreichen. Die unterirdische Strecke von Rove mißt 7266 m und wird eine Breite von 22 m erhalten. Die Wassertiefe des Kanals wird auf 3 m gebracht, da der Kanal auch von den Seeschiffen befahren werden soll. —

Inhalt: Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



TRASSEN-BILD VON WERTHEIM
AM MAIN. * ZWISCHEN DEN ZWEI
KIRCHEN. * PHOTOGRAPHISCHE
AUFNAHME VON DIPLOM-ING.
RUDOLF PFISTER IN MUENCHEN.

===== DEUTSCHE =====

***** BAUZEITUNG *****

*** 50. JAHRGANG 1916. NO. 31. ***



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 31. BERLIN, DEN 15. APRIL 1916.

Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin. (Fortsetzung.)



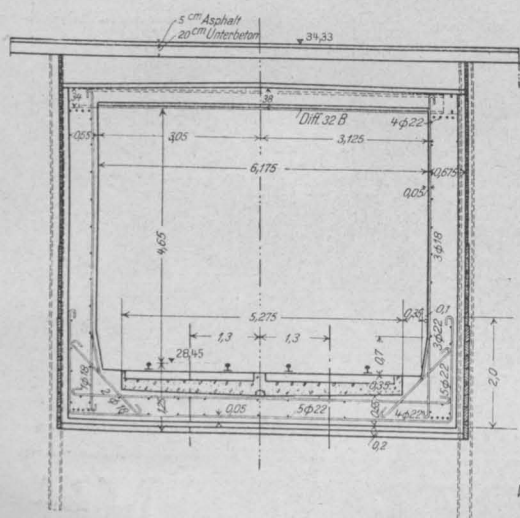
L im Zusammenhang mit dem Tunnelbau steht der Neubau der „Eisernen Brücke“, die zwischen Neuem und Altem Museum den westlichen Spreearm am Kupfergraben überschreitet. Diese Brücke gewinnt dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß die bisher über sie geführten, durch die Straße „Hinter dem Gießhause“ und durch das Kastanien-Wäldchen zum Anschluß an die Lindenkreuzung gebrachten Straßenbahngleise verschwinden müssen und statt dessen eine neue Verbindung durch Dorotheen-Straße und Kupfergraben herzustellen ist (vergl. Lageplan Abbildung 2). Diese Gleisführung war aber wegen der engen Uferstraße nur bei erheblicher Verbreiterung der Brücke möglich, die nun, ohnehin den neuzeitlichen Anforderungen der Schifffahrt und des Straßenverkehrs nicht mehr entsprechend, umgebaut worden ist. Sehr ungünstige Bodenverhältnisse machten hier eine besondere Konstruktion erforderlich. An der Baustelle macht sich nämlich noch der tiefe mit Schlamm-Massen gefüllte Kolk geltend, der schon am Museums-Neubau zu den viel erörterten Schwierigkeiten geführt hat. Der gute Baugrund liegt hier in unerreichbarer Tiefe, sodaß die bis 15 m tief eingerammten Pfähle das Bauwerk vorwiegend durch ihre Reibung im Boden tragen. Sie sind daher nur mit je 10 t belastet, außerdem ist die Eisen-Konstruktion der Brücke so ausgebildet, daß sie stärkere Setzungen des Bauwerkes bei der Ausführung ohne Schaden zu tragen kann und anderseits auf die Fundamente einen möglichst lotrechten Druck ausübt. Die 18 m weite Stromöffnung wird daher von einem Dreigelenkbogen überspannt, dessen Scheiteltgelenk jedoch, nach Fertigstellung des Bauwerkes und entsprechend der Setzung unter dem Eigengewicht, geschlossen wird, während die Kämpfergelenke sehr tief herabgezogen worden sind. Das hat freilich den Nachteil, daß die Kammern, in denen diese Gelenke untergebracht sind, unter Hochwasserspiegel fallen. Mit Rücksicht auf die Lage der Brücke dicht an den Museen und dem Wunsch der Museums-Verwaltung entsprechend erhält die in ihrer Konstruktion fertig gestellte und demnächst in Benutzung zu nehmende Brücke (während des Umbaues konnte daneben eine Notbrücke errichtet werden) eine Scheinarchitektur durch einen Haustein-Stirnbogen und eine Eisenbeton-Verkleidung in der Leibung der

Bürgersteig-Bogenrippen. Die notwendige Höherlegung dieser Brücke und ihrer Rampe am Ostufer des Spreearmes gab auch Veranlassung zur Schaffung eines baukünstlerischen Abschlusses der Uferstraße zwischen Altem Museum und Spreearm, die mit Rücksicht auf den Museumsbau nicht zur neuen Rampenhöhe emporgeführt werden kann. Sie bleibt vielmehr tief liegen und wird durch eine monumentale Treppen- und Brunnenanlage an die Brückenrampe an- und gegen sie abgeschlossen. Da die Straße dem Fuhrwerks-Verkehr schon jetzt entzogen war, ist diese gänzliche Totlegung ohne Bedeutung.

Die Führung des Tunnels geht aus dem Lageplan Abbildung 3 in No. 30 hervor. Die Gesamtlänge der östlichen Verbindung von der Dorotheen-Straße bis zur Straße „Hinter der Katholischen Kirche“ ist in runden Maßen 354 m, die westliche bis zur südlichen Begrenzung der Garten-Anlagen auf dem „Kaiser Franz Josef-Platz“ 389 m, die viergleisige Strecke von Dorotheen-Straße bis zur Tunnelspaltung 184 m lang. Die überdeckte eigentliche Tunnelstrecke im Ostzweig besitzt 123, im Westzweig 187 m Länge. Nördlich erstreckt sich die viergleisige Rampe auf 126 m, während die südlichen Rampen östlich 105, westlich 77 m besitzen. Der kleinste Krümmungshalbmesser der Tunnel-Achse konnte, da der Tunnel ja nur für Straßenbahnzwecke benutzt wird, auf 35 m herab gedrückt werden.

Die Abbildungen 4 und 5 in No. 30 zeigen die Höhenpläne der beiden Tunnelstrecken. Der östliche, dem Verkehr der „Großen Berliner Straßenbahn-Ges.“ dienende Tunnel, ist danach auf 4,65 m Lichthöhe über Schienen-Oberkante bemessen worden, weil die Möglichkeit offen gehalten werden soll, einige überlastete Linien dieser Gesellschaft, die hier z. T. durchgeführt werden müssen, mit zweigeschossigen Wagen zu betreiben. Der den städtischen Linien dienende Westtunnel konnte auf 4,3 m in der Höhe eingeschränkt werden. Die Rampen haben ein Höchstgefälle von 1:20 erhalten, das sich schon bei dem Betrieb elektrischer Schnellbahnen als unbedenklich erwiesen hat, hier also um so mehr zulässig ist, als ja nicht mit längeren Zügen gefahren wird. Die Gefällknickpunkte sind in der lotrechten Ebene mit einem Halbmesser von 300 m ausgerundet. Mit Rücksicht auf die nötige Tunneldeckenstärke von 0,45 m und die erforderliche Abdeckung, sowie Bettung und Pflaster ergab sich eine tiefste Lage von Schienen-Oberkante im Westtunnel auf + 28,74 N.N., Osttunnel auf + 28,39, d. h. um 2,86 und 3,21 m unter mittlerem

Querschnitt in Stat. 220,00 östl. Tunnel.



Querschnitt in Stat. 254,70 östl. Tunnelmund.

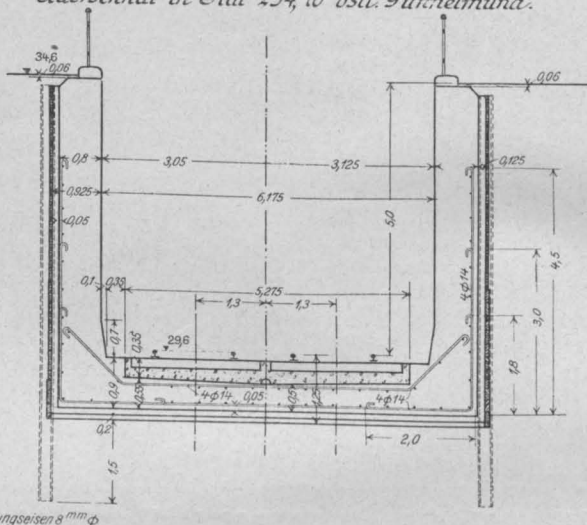
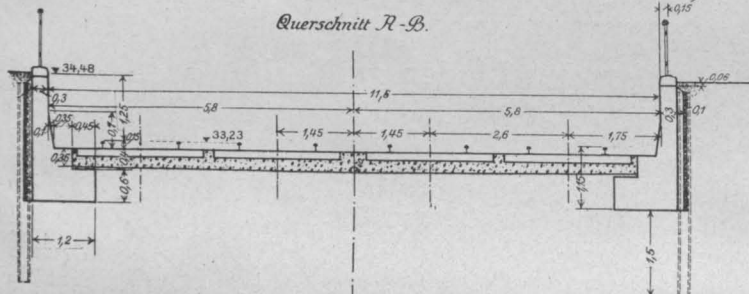


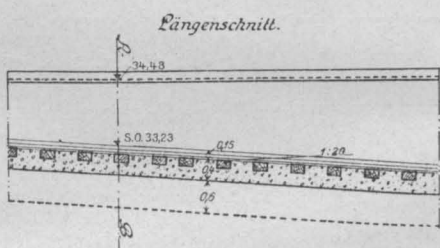
Abb. 6a-h.
Ausbildung
des Tunnels
in den zwei-
und eingleisigen
Strecken,
sowie auf
den Rampen
in Quer- und
Längsschnitt.
(Vgl. dazu die
Längsprofile
Abb. 4 u. 5 in
in No. 30.)

Stat. 66,46 Rampe.

Querschnitt R-B.

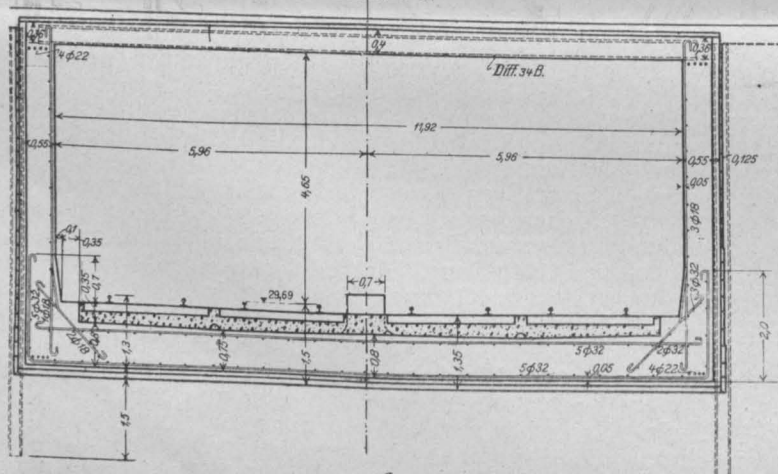


Längsschnitt.

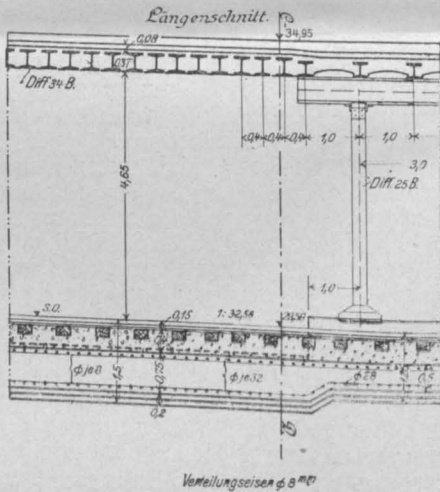


Stat. 140,50 viergleisiger Tunnel ohne Mittelstütze.

Querschnitt C-D.

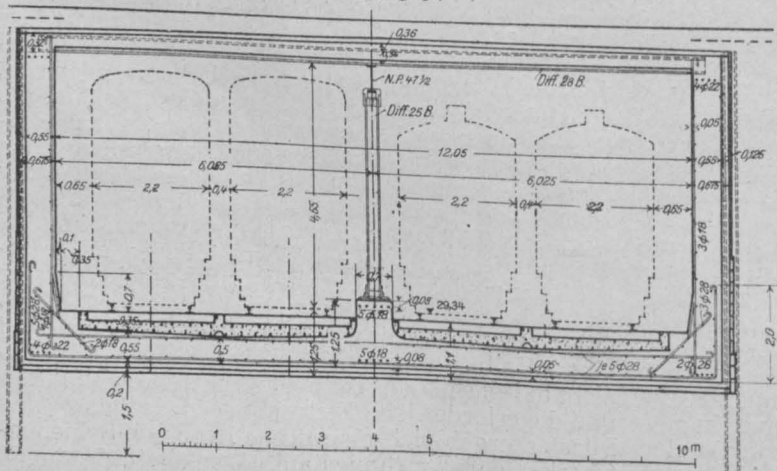


Längsschnitt.

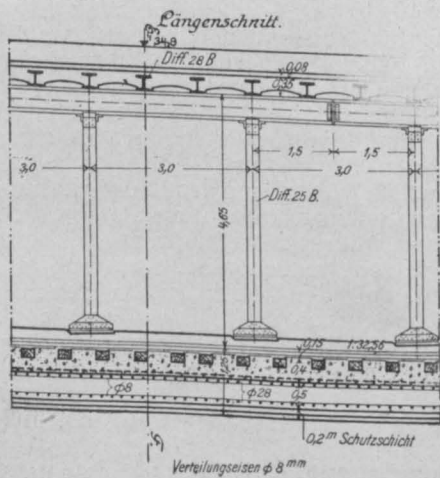


Stat. 152,00 viergleisiger Tunnel mit Mittelstütze.

Querschnitt E-F.



Längsschnitt.



Der Straßenbahntunnel unter den Linden zu Berlin.

Grundwasserstand. Die eigentlichen Tunnelstrecken liegen mit ihrer Sohle also ganz, die Rampen etwa zur Hälfte unter Grundwasserspiegel. Sohle der viergleisigen Rampe, die am Tunnelmund eine Höchststärke von 0,75 m erhielt, ist die Annahme

Die normalen Rampen- und Tunnel-Querschnitte zeigen die Abbildungen 6a—h. Die Rampen sind in ihrem oberen, über Grundwasser liegenden Teil, lediglich mit Stützmauern eingefast, deren Stärke vom Mindestmaß von 0,3 m auf 0,8 m am Tunnelmund zunimmt. Die Mauern sind unter der Annahme einer gleichmäßigen Auflast von 1,1 t/qm Straßen-Oberfläche berechnet und in reinem Stampfbeton bis zu einer Höhe von rd. 1,4 m, d. h. solange die Zugspannungen im Beton unter 2 kg/qcm bleiben, darüber mit Eisenbewehrung ausgeführt. Auf der unter Grundwasser liegenden Strecke ist eine Sohle eingefügt, sodaß ein trogförmiges Profil entsteht. Die Sohle ist beiderseits bewehrt und als eingespannte Platte berechnet, auf die der Auftrieb, verringert um

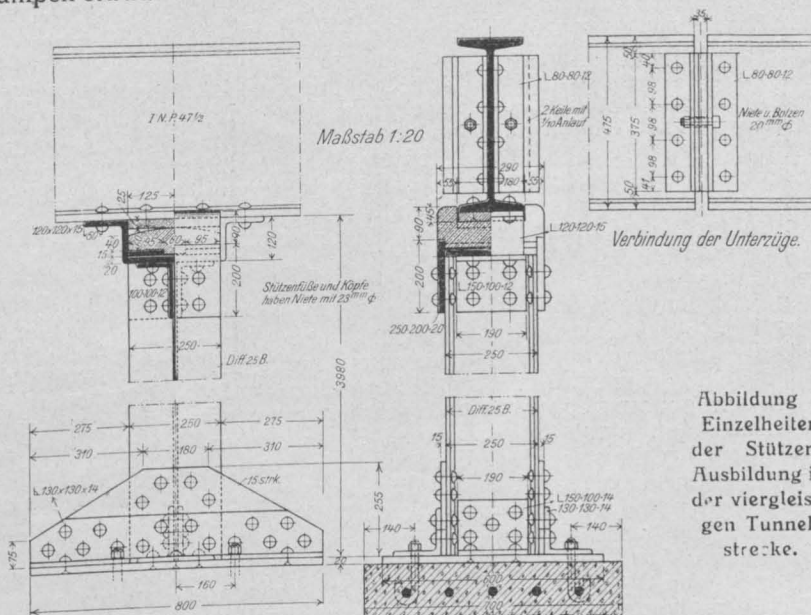


Abbildung 7. Einzelheiten der Stützen-Ausbildung in der viergleisigen Tunnelstrecke.

Abbildung 9a. Lageplan des Tunnels mit Angabe der ihn kreuzenden Leitungen des städtischen Versorgungsnetzes.

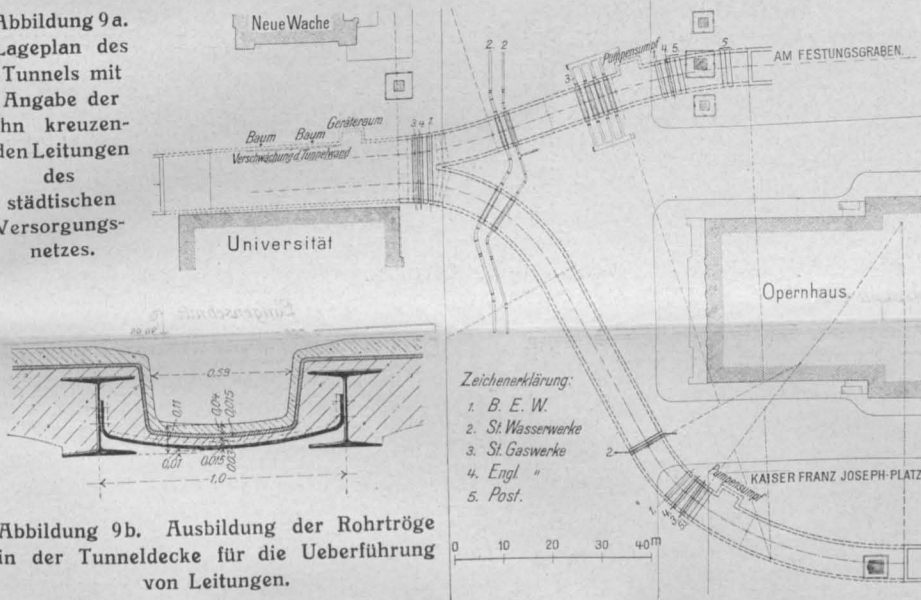
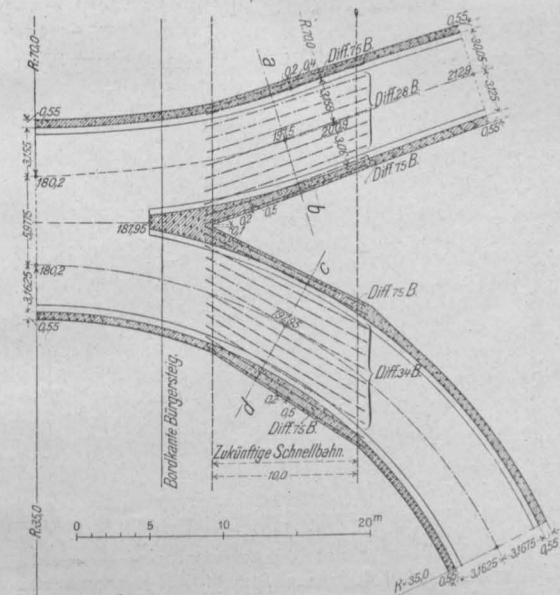


Abbildung 9b. Ausbildung der Rohrtröge in der Tunneldecke für die Ueberführung von Leitungen.



Bei den zweigleisigen Tunnelstrecken besteht die Decke aus Differdinger I-Trägern in 1^m Abstand mit dazwischen gespannten Betonkappen. Diese sind auf Einzeldrücke von 6^t (Raddruck eines 24^t Lastwagens) berechnet, für die jedoch eine gewisse Verteilung durch die Ueberschüttung angenommen ist. Für die frei aufliegenden Deckenträger ergibt die Belastung mit 24^t Wagen und Menschengedränge von 500 kg/qm etwas ungünstigere Momente, als die Belastung durch Automobil-Omnibusse. Die Einzelasten wurden hier nur in der Richtung der Tunnelachse durch die Ueberdeckung verteilt gedacht. Bei dem Uebergang der zweigleisigen Tunnelstrecken in die viergleisige mußte ein Stück des Tunnels noch ohne Mittelstütze bleiben, sodaß hier die Decke über 12^m frei trägt. Hier sind stärkere I-Träger in nur 0,4^m Abstand eingelegt, die mit Beton umstampft sind. Bei der Trägerbemessung ist dabei besonders darauf Rücksicht genommen, daß die Durchbiegungen ein gewisses Maß nicht überschreiten. Auf der viergleisigen Strecke mit Mittelstütze sind die Deckenträger zwar durchlaufend ausgebildet, vorsichtshalber aber nur als freitragend von Mauer zu Stütze berechnet. Sie konnten wieder in 1^m Abstand angeordnet und durch Betonkappen verbunden werden. Ueber die in 3^m Abstand stehenden Stützen sind I-Träger als Unterzüge gestreckt, die in der Mitte jedes zweiten Feldes durchschnitten und nur federnd verbunden sind, wie Abbildung 7 zeigt. Bei der Belastung der Unterzüge und Stützen ist die erhöhte Belastung durch die durchlaufenden Deckenträger natürlich berücksichtigt.

Aus Abbildung 7 geht auch die Ausbildung der Stützen hervor, die einschl. Eigengewicht eine Höchstlast von 86^t zu tragen haben und in einfacher Weise aus Differdinger I-Trägern mit Kopf und Fuß gebildet sind.

Die Tunnelwände sind bei der Berechnung in der Sohle als eingespannt, in Deckenhöhe nur als gestützt betrachtet. Sie haben die lotrechten Lasten und die aus Erd- und Grundwasserdruck sich ergebenden Biegungen aufzunehmen. Ihre Abmessungen und ihre Bewehrung gehen aus den Abbildungen hervor. Bezüglich der Sohle im zweigleisigen Tunnel und auf der viergleisigen Strecke ohne Mittelstütze gilt das schon bei den Rampen Gesagte. Auf der Strecke mit Mittelstütze ist deren Druck als Einzellast eingeführt, der Gegendruck der Erde gegen die Sohle für jede Tunnelhälfte dreieckförmig verteilt (also Höchstwert unter den beiden Mauern und der Stütze).

Bei der Berechnung ist das Eigengewicht der Erde über Wasser mit 1600, unter Grundwasser mit 2000, des Stampfbetons mit 2200, des Eisenbetons mit 2400 kg/cbm eingeführt. Für die Belastung des Baugrundes waren 5 kg/qcm (im geschlossenen Tunnel auch höhere Werte) zugelassen, für den Stampfbeton

auf Druck 20, auf Zug 2 kg/qcm, für den Eisenbeton 40 kg/qcm Druck, für die Eiseneinlagen 1000 kg/qcm. Für das Konstruktionseisen waren 1200 kg zugelassen. Die Druckglieder wurden mit 5 facher Sicherheit nach der Formel $J = 2,33 \cdot P \cdot l^2$ berechnet. Verwendet ist für die Sohle und Wände Kiesbeton im Mischungsverhältnis 1 : 5, für die Decke 1 : 6.

Außer dieser normalen Beanspruchung des Tunnel-Bauwerkes war aber noch die Anforderung gestellt, daß sich der Tunnelkörper an jeder Stelle auf 2^m sollte frei tragen können, um ein späteres Unterfangen bei etwaiger Unterdückerung größerer Rohrleitungen ohne weiteres zu ermöglichen. Die Sohle hat in diesem Fall die Bettung nebst Schienen und die Nutzlast, d. h. also die elektrischen Straßenbahnwagen von 16^t Gewicht zu tragen, während der Erdgegendruck fortfällt. Die Ausbildung der Sohle genügt auch dieser Belastungsweise. Die Seitenwände des Tunnels müssen bei der schiefen Richtung der Tunnelachse zur Straßenachse zur Ueberbrückung eines 2^m breiten Grabens 4,4^m frei tragen. Auf diese Länge haben sie die ganze Tunnellast einschl. Verkehrslast zu tragen und sind als 5,4^m hohe, beiderseits eingespannte Balken mit oberer und unterer Bewehrung (die in den Seitenmauern in den Abbildungen 6a, e, g oben und unten im Schnitt erscheinenden Längseisen) berechnet.

Eine besondere Verstärkung wird an der Stelle notwendig, wo im nördlichen Teil des Fahrdammes der Straße unter den Linden die Kreuzung des Tunnels mit einer später zu erbauenden Untergrundbahn vorgesehen ist. Vergl. den Grundriß Abbildung 8a und die beiden Schnitte Abbildung 8b und c. Hier sind in die Sohle kräftige I-Eisen eingelegt, welche die Gesamtlast des Tunnels so abfangen, daß eine 10^m breite Baugrube unter dem Tunnel parallel der Bordkante hergestellt werden kann.

Unregelmäßigkeiten in der Deckenausbildung des Tunnels werden bei der Kreuzung desselben mit zahlreichen unter der Straßendecke liegenden Leitungen verschiedener Art erforderlich. Der Plan Abbildung 9a und der Querschnitt Abbildung 9b lassen die Anordnungsweise erkennen. Stärkere Leitungen mußten dabei wegen der mangelnden Höhe in eine Reihe schwächerer Rohre zerlegt werden. Die Kanalisationsleitungen wurden beiderseits abgefangen und um die Rampen herumgeführt. Unterdückert wurde nur ein begehrter Heizkanal des Opernhauses unter der südöstlichen Rampe.

Eine Schwächung der Wandstärke des Tunnels wurde an einer Stelle im Kastanien-Wäldchen nötig, wo ein Paar Bäume erhalten bleiben sollten. Der Plan Abbildung 9a zeigt die Stelle, während die Abbildungen 10a und b die Sicherung der Standfestigkeit der verschwächten Wand durch eine eingebaute Profileisen-Konstruktion erkennen lassen. —

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Ein Architekt Ahnherr des Führers der „Möwe“. Die stolze Freude über die glückliche Heimkehr der ruhmreichen „Möwe“ findet in unserem Stande einen besonderen Nachhall durch den Umstand, daß ein Ahnherr des Leiters der märchenhaften Schicksale dieses wundertätigen Schiffes, des Burggrafen Nikolaus Dohna-Schlodiens, aus dem technischen Beruf hervorgegangen ist. Der Pro-

fessor für Geschichte an der Universität Würzburg, Anton Chroust, hat das Leben des Architekten und Geheimen Rates Abraham Grafen Dohna beschrieben. Dieser war der Erbauer der Festungen Königsberg und Memel und gab die erste Anregung zum Bau einer Kriegsflotte des Kurfürstentums Brandenburg. Die Schrift Chroust's führt den Titel: „Abraham von Dohna, sein Leben und sein Gedicht auf den Reichstag von 1613“. (München, 1896). —

Chronik.

Eine protestantische Friedenskirche in Nürnberg soll nach dem Entwurf des Architekten Prof. Dr. G. Bestelmeyer in Charlottenburg auf einem Gelände in der Vorstadt St. Johannis erbaut werden. —

Ein Gebäude der Karlsruher Handelskammer gelangt nach einem Beschluß der Kammer vom 7. März nach den Entwürfen der Firma Curjel & Moser in Karlsruhe zur Ausführung. Es war ein enger Wettbewerb veranstaltet worden. —

Die Wasserstraße Basel-Bodensee. Eine kürzlich in Friedrichshafen abgehaltene Besprechung über die Wasserstraße Basel-Bodensee ergab, daß der Ausbau der Wasserstraße Basel-Konstanz schon mit Rücksicht auf die riesigen Schätze an elektrischer Energie, welche der Rheinstrom auf dieser Strecke birgt, früher als vermutet zur Verwirklichung kommen dürfte. —

Versammlungen und Berichte.

Architekten-Verein zu Berlin. Schinkelfest 1916. Am 13. März, dem Geburtstag Schinkels, wurde das zweite Jahresfest des Vereins während des Weltkrieges abgehalten, das sich aber auf eine einfache Feier mit anschließendem zwanglosen Mahl beschränkte. Auf eine öffentliche Ausstellung der Schinkel-Wettbewerbs-Entwürfe mußte wiederum verzichtet werden, weil den im Felde stehenden etwaigen Teilnehmern am Wettbewerb Gelegenheit gegeben werden soll, zur festgesetzten Frist nicht fertig gewordene Arbeiten noch später einreichen zu können. Eingeleitet wurde die Festsitzung wie üblich durch einen Rückblick, den der Vorsitzende, Geh. Ob.-Brt. Brandt, über das Vereinsleben i. J. 1915/16 gab. Daraus ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl gegen den 1. März 1915 um 3 Ehrenmitglieder, 36 einheimische und 49 auswärtige Mitglieder zurückgegangen ist und jetzt sich auf 9 Ehrenmitglieder, 838 einheimische, 1911 auswärtige, zus. 2758 beläuft. Seit dem letzten Schinkelfest sind weitere 393 Mitglieder zum Kriegsdienst herangezogen worden, sodaß die Zahl aller Kriegsteilnehmer rd. 1200 beträgt. Davon sind 149 auf dem Felde der Ehre gefallen, 27 haben das Eiserne Kreuz I., 292 dasjenige II. Klasse erhalten. Gestorben sind außer den 3 Ehrenmitgliedern Minist.-Dir. Reverdy, München, Prof. Dr.-Ing. K. E. O. Fritsch und Brt. Gustav. Knoblauch, Berlin, 35 Mitglieder. Die Glückwünsche des Vereins konnte der Vorstand bei 1 Mitglied zum 90., 2 Mitgliedern zum 80. und 17 Mitgliedern zum 70. Geburtstag aussprechen.

Der Bericht verbreitete sich weiter über die Vermögensverhältnisse des Vereins, die Unterstützungskassen, den erfreulichen, durch Liebesgaben und eine kleine Zeitschrift aufrecht erhaltenen Zusammenhang mit den im Felde stehenden Vereinsmitgliedern, über die Arbeiten des Vereins und seine Wettbewerbe, vor allem den Schinkel-Wettbewerb, über dessen Ausfall wir

schon in No. 19 berichtet haben. Nachzutragen ist noch, daß auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens nur eine Arbeit eingegangen war, die aber weder eine Auszeichnung erhalten konnte, noch als Baumeisterarbeit angenommen worden ist. Anwesend war nur einer der beiden Preisträger, dem Hr. Minist.-Dir. Hinkeldeyn als Vertreter des Ministers der öffentl. Arbeiten mit warmen Worten der Anerkennung die Schinkelplakette überreichte, indem er gleichzeitig auf den vorbildlichen Zusammenhang des Vereins mit seinen im Felde stehenden Mitgliedern und die bisher auf dem Gebiete der Kriegshilfe usw. schon geleistete und noch weiterhin zu leistende Arbeit hinwies.

Dann folgte der Vortrag von Reg.-Rat Blunck über das Thema „Schinkel und die Denkmalfpflege“, über den wir schon in No. 23 kurz berichtet haben. Damit war der offizielle Teil der Feier zu Ende. —

Aus den regelmäßigen Versammlungen des Vereins ist Folgendes zu berichten:

Versammlung vom 17. Januar 1916. Den Gegenstand der Verhandlungen in der genannten Versammlung bildete die Frage einer „Einwirkung auf die Architektur an Straßen und Plätzen“. Mit dieser Frage hat sich der Ausschuß für gemeinsame Angelegenheiten des „Architekten-Vereins“ und der „Vereinigung Berliner Architekten“ befaßt und dabei die folgenden Punkte zur Verhandlung gestellt (die Mitglieder der Vereinigung waren daher zu der Verhandlung eingeladen worden):

1. Ist es erwünscht, daß die in den Gemeinden Groß-Berlins auf Grund des sogenannten Verunstaltungsgesetzes erlassenen Ortsstatute nach Anwendungsbereich und sachlichem Inhalt erweitert werden? Empfiehlt es sich, in diesem Sinne zugunsten einheitlicher Gestaltung des Straßensbildes eine Ergänzung des Gesetzes gegen Verunstaltung anzustreben?

2. Ist in Groß-Berlin die Schaffung freiwilliger, d. h. zwangloser Bauberatungsstellen unter etwaiger Anlehnung an die Baupolizeiämter erwünscht?

3. Empfiehlt es sich, eine Regelung dahingehend anzustreben, daß der Kreis der Personen, die zur Einreichung baupolizeilich zu prüfender Entwürfe berechtigt sind, gesetzlich eingeschränkt werde?

Hr. Stübgen gab als Berichterstatter des Ausschusses einleitend einen Ueberblick über die Wandlungen, die das Straßensbild seit Anfang v. Jahrh. in stilistischer und architektonischer Beziehung erfahren hat und führte aus, daß wir den Ueberschwang an Schmuckteilen heute als eine Verunstaltung empfinden und eine Vereinfachung, eine Unterordnung des Einzelbaues unter das Gesamtbild, überhaupt ein einheitliches Architekturbild fordern für ganze Straßenzüge und Plätze. Bis zum Erlaß des sogen. Verunstaltungsgesetzes v. J. 1907 hat es den Behörden an jeder gesetzlichen Befugnis gefehlt, nach dieser Richtung hin einzuwirken. Auch die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Ortsstatute reichen nicht aus, um eine einheitliche Ausgestaltung ganzer Straßen und Plätze zu erzwingen. Daher die Frage zu 1, die aber jedenfalls mit großer Vorsicht zu behandeln ist, damit nicht eine Unterbindung des freien künstlerischen Schaffens eintritt. Es ist außerdem zu beachten, daß sich für Geschäftsstraßen, die dauernder Entwicklung unterworfen sind, die Einführung von Einheits-Architekturen nach den damit in Paris und anderen Orten gemachten Erfahrungen nicht bewährt hat. Was die Frage zu 2 anbetrifft, so hat die freiwillige Bauberatung sich in vielen Fällen und an mehreren Orten als segensreich erwiesen, allerdings muß dabei jeder, auch mittelbare polizeiliche Zwang ausgeschaltet werden. Für Berlin käme vielleicht die Schaffung einer Anzahl halbamtlicher Bauberatungsstellen, bestehend aus je einer Gruppe anerkannter Baukünstler in Betracht, denen von der Baupolizei die Pläne zur weiteren Besprechung mit den Bauherren oder Architekten zuzustellen wären. Erziehung breiterer Schichten zu anständiger Baugesinnung, gutes Beispiel der Behörden, Bauvereine usw. werden in gleichem Sinne zu wirken haben. Der Gedanke zu 3 steht im Widerspruch mit der geltenden Gewerbeordnung, wäre also jedenfalls nur durch ein neues Gesetz erreichbar. Redner meint, daß man dem Ziel durch Wiederaufnahme des einstweilen fallen gelassenen Gedankens der Architekten-Kammern vielleicht näher kommen könne. Zu einem abschließenden Urteil ist der Ausschuß noch in keiner der 3 Fragen gekommen, vertritt aber die Ansicht, daß schon durch Ausbau der Ortsstatute, Ausdehnung der freiwilligen Bauberatung eine Vertiefung des öffentlichen Einflusses auf die bessere Gestaltung unseres Stadtbildes erreichbar sei.

An den Bericht schloß sich eine mehrstündige Aussprache, an der sich namentlich die Hrn. Wolfenstein, Dr. v. Ritgen, Leyser, Matzdorff, Dr.-Ing. Weiß,

Walter, Redlich, Dr.-Ing. M. Wagner, Beitscher, Nitka, Mielke usw. beteiligten. Die Redner sprachen sich überwiegend gegen eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen und einen zu weit gehenden Zwang aus, während Hr. Wagner eine Wirkung der Bauberatung nur aus dem Zwangerwartet und einer Verbindung mit der Baupolizei das Wort redete. Zum Schluß faßte der Berichterstatter die verschiedenen zu Tage getretenen Anschauungen noch einmal kurz zusammen, die mancherlei Anregungen enthielten. Er empfiehlt für die Ausarbeitung und die Festsetzung bestimmter Vorschläge eine Erweiterung des gemeinsamen Ausschusses. —

Außerordentliche Hauptversammlung vom 24. Januar 1916. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, auch für das kommende Jahr Vorstand und Ausschüsse in ihrer jetzigen Zusammensetzung weiter bestehen zu lassen. Hr. Alfr. Brandt legte darauf die Abrechnung für 1913/14 vor, die aus mancherlei Gründen erst verspätet zum Abschluß gebracht werden konnte, worauf Entlastung erteilt wurde. Hr. Reg.-Bmstr. Virck legte Reiseskizzen, Photographien und Aquarelle vor und gab Erläuterungen zu diesen, in denen er namentlich das Zusammenwirken von Architektur und Natur, Bauwerk und Pflanzenwuchs zum Gegenstand seiner Beobachtungen gemacht hat. Er erläuterte ferner den von ihm geleiteten Ausbau des Landgerichtes III am Tegeler Weg.

Zum Schluß sprach Hr. Redlich über die Urteile des allgemeinen Landrechtes zu den Bestimmungen über den Begriff „grobe Verunstaltungen“, die nach seiner Auffassung eine schärfere Auslegung gestatteten und zu der Hoffnung einer gesetzlichen Handhabung in diesem Sinne berechtigten. —

Vereinigung Berliner Architekten, Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes Deutscher Architekten. IV. ordentliche Mitgl.-Vers. am 6. Januar 1916. Anw.: 25 Mitglieder. Vors.: Hr. Wolfenstein.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer Würdigung des 50jährigen Jubiläums der „Deutschen Bauzeitung“ und einem kurzen Bericht über den Karlsruher Bundestag. Von den „Geschäftlichen Mitteilungen“ interessierte die Nachricht, daß im Anschluß an die Mannheimer Ausstellung im April d. J. im Kunstgewerbemuseum zu Berlin eine beschränkte Ausstellung von Entwürfen für Kriegergrabmäler von kleinerer und mittlerer Größe veranstaltet werden soll. Der Beschluß des Vorstandes, dem „Bund Deutscher Heimatschutz“ korporativ beizutreten, findet die Zustimmung der Versammlung.

Hr. Albert Hofmann dankt — auch namens seiner Mitarbeiter — zunächst für die Begrüßungsworte anlässlich des 50jähr. Bestehens der „Deutsch. Bauztg.“ und stellt dann folgenden Antrag: a) Es wolle die „Vereinigung“ beim Bundes-Vorstand und Verbandsvorstand anregen, in Beratungen zu treten über ein Zusammenwirken der Architekten deutscher Sprache, zunächst der Architekten Deutschlands u. Oesterreichs, in gemeinsamen Angelegenheiten, b) es seien zur Beratung solcher Angelegenheiten in größerem Kreise allgemeine Architektenversammlungen — zunächst 1917 in Berlin und 1918 in Wien — anzustreben. Die stärkste Begründung dieses Antrages — so führte Redner u. a. aus — müsse in dem Umstand erblickt werden, daß ein Zustand, der bereits früher bestanden habe, wiederhergestellt werden solle. Es sei wohl Wenigen bekannt, daß im Anfang der 1840er Jahre die Architekten und Ingenieure deutscher Sprache sich zur Beratung gemeinsamer Fachangelegenheiten zusammengetan hatten. Damals seien die politischen Verhältnisse trostlos gewesen, und der Einzelne hätte nicht erwarten können, eine seinen praktischen und idealen Interessen entsprechende Berücksichtigung zu finden. Das zu erreichen hatte man durch einen Zusammenschluß zu erlangen versucht. Es fanden Versammlungen deutscher Architekten und Ingenieure statt, bei denen „deutsch“ noch nicht an politische Grenzen gebunden war. 1842 sei die erste Versammlung in Leipzig, 1843 die zweite in Bamberg abgehalten worden. Dann sei man nach Oesterreich gegangen und im Jahre 1844 hätte eine Zusammenkunft in Prag stattgefunden. Letztere Versammlung sei für unsere heutige Zeit von besonderer Bedeutung; unter 60 Teilnehmern aus Gebieten, die wir heute „Deutschland“ nennen dürften, und 90 aus österreichischen Staaten seien Namen vertreten gewesen, deren man sich heute mit Stolz erinnere. Aus der damaligen Ansprache von Wilhelm Stier könne man entnehmen, daß die Prager Versammlung unter einem glücklichen Stern gestanden habe. Nach und nach hätten sich jedoch andere Verhältnisse entwickelt. Im Jahre 1864 schon habe Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis als die einzig mögliche Basis deutscher Einigkeit empfohlen und nach dem Krieg

1866 habe die deutsche Politik ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet, Oesterreich zum Bundesgenossen zu gewinnen. In Verfolg des Jahres 1870 sei der wirtschaftliche Aufschwung und damit auch der Zusammenschluß in unserem Fach gekommen, und zwar durch die Gründung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, die in nationaler Hinsicht zwar ein Rückschritt war, in praktischer Beziehung unzweifelhaft eine innere Erstarkung des Faches bedeutete. Nachher hätten sich zwar auch in Oesterreich geschlossene Korporationen gebildet, die in freundschaftlicher Weise mit denen Deutschlands zusammen arbeiteten, aber das große Ziel der Zusammenfassung aller deutsch sprechenden Architekten und Ingenieure hätte man damals verlassen müssen. Jetzt aber sei die Zeit gekommen, um dieses Ziel wieder anzustreben. Die in diesem gewaltigsten aller Kriege errungenen Erfolge hätten schon vor längerer Zeit in Oesterreich Anregungen auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich laut werden lassen. Man glaube in Oesterreich, seine Dankbarkeit dem Deutschen Reich nicht besser beweisen zu können als dadurch, daß man in wirtschaftlicher Beziehung in ihm nicht nur den Bundesgenossen, sondern auch den Bruder sehen möchte. Nach österreichischen Zeitungsberichten seien diese Bestrebungen mit der größten Beharrlichkeit hervorgetreten. Bezeichnend sei auch das Vorgehen der Hochschule. Die aus dem Tätigkeitsbericht des Bundes ersichtliche, von österreichischen Architektenvereinen dem Bundesvorstand gegebene Anregung, durch Austausch-Redner ein geistiges Band zu knüpfen, sei mit großer Freude zu begrüßen. Zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen befürwortete Redner, die Grenzen der Zusammengehörigkeit auf alle die Baukünstler, auch des Auslandes, zu erweitern, welche sich der deutschen Sprache bedienen. Wenn es uns gelinge, dieses Gebiet für unser Fach zusammenzuschließen, so sei das von außerordentlicher Tragweite. An die von Bismarck im Jahre 1882 im Deutschen Reichstag gesprochenen Worte: „Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten!“ erinnernd, bittet Redner schließlich um Zustimmung zu seinen Anträgen.

Die sich hierauf entwickelnde lebhafte Aussprache zeitigte die allgemeine Zustimmung zu den Ausführungen des Antragstellers, obgleich hier und da gegen eine zu enge Begrenzung des Zusammenschlusses in Bezug auf die deutsche Sprache, namentlich der verschiedenen Nationalitäten in Oesterreich wegen, Bedenken geäußert wurden und der Wunsch zum Ausdruck kam, in den Zusammenschluß auch solche Elemente einzubeziehen, die sich der deutschen Sprache zwar nicht bedienen, sich aber doch von der deutschen Kultur angezogen fühlen. Der Vorstand der „Vereinigung“ wurde beauftragt, sich mit der bedeutungsvollen Frage eingehend weiter zu beschäftigen und Mittel und Wege zur Erreichung des gewünschten Zieles anzustreben. — Ktz.

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen zu Köln. In der Versammlung am 15. November v. J., die unter Vorsitz des Hrn. von Pelser-Berensberg tagte, sprach nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Hr. Arch. Heuser über „Krieg und Technik“. Redner führte einleitend aus, daß der Krieg von 1870, den er selbst mitgemacht habe, Erörterungen über die Wechselwirkungen zwischen Krieg und Technik, wie sie jetzt vielfach angestellt werden, noch nicht veranlaßt habe. Erst der jetzige Krieg zeige die Technik als einen besonders wichtigen Faktor des Weltkrieges, zu dessen Ursachen sie gewissermaßen gerechnet werden dürfe, insofern, als gerade die technische Ueberlegenheit Deutschlands auf verschiedenen Gebieten den Neid anderer Völker, vor allem Englands hervorgerufen hat. Redner ging dann auf die Entwicklung der Waffentechnik und ihre Fortschritte seit 1870 ein und schließlich auf die Organisation, die Entwicklung der geistigen Eigenschaften, des Pflichtgefühles und der Disziplin, ohne die eine erfolgreiche Handhabung der uns durch die Technik gelieferten Waffen nicht möglich ist. Den Beschluß seiner Ausführungen bildeten Schlüsse auf die weitere Entwicklung in Krieg und Frieden aus den Lehren des jetzigen Weltkrieges sowohl in technischer und baukünstlerischer, wie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Technik sei in diesem Krieg nicht nur die Gebende gewesen, sondern sie habe aus den sich aus ihm ergebenden Notwendigkeiten eine Fülle von Anregungen geschöpft, die zu neuen Erfindungen führten, die auch nach dem Krieg zweifellos weiter ausgebaut würden. In sozialer Beziehung werde das Zusammenstehen der großen Masse des Volkes im Kampf nicht ohne Einfluß auf das spätere Verhältnis bleiben können. In baukünstlerischer

Beziehung dürfte erwartet werden, daß die mannigfachen Stil-Versuche und -Abwandlungen, wie sie nach 1870 auftraten, sich nicht wiederholen werden, daß vielmehr die schlichte, auf den Zweck gerichtete Bauweise vorherrschen wird, wenn auch die Freude an der Belebung der Form durch Ornamente wohl wieder mehr Boden gewinnen werde. An den Vortrag schloß sich eine angeregte Aussprache, in welcher der als Gast anwesende freiwillige Samariter Peter Reichensperger noch Mitteilungen machte über die Beziehung zwischen Technik und Heilwissenschaft, während Ing. Stadler Angaben machte über die Entwässerung der Schützengräben durch Pumpen mit Hand- und Kraftbetrieb, sowie über Trinkwasser-Versorgung an der Front, beides Aufgaben, denen in dem jetzigen Krieg ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird. —

In der Versammlung am 13. Dezember 1915 wurde nach einigen Ausführungen über innere Angelegenheiten das Ergebnis der Vorstands-Neuwahl mitgeteilt (vergl. Nr. 15 der Deutsch. Bauztg. S. 86), dann abgestimmt über die vom Vorstand des Verbandes Deutsch. Arch.- u. Ing.-Vereine vorgeschlagene Wahl des Geh. Brts. Dr. Wolff-Hannover zum geschäftsführenden Mitglied des Verbands-Vorstandes, ein Vorschlag, der allseitige Zustimmung fand. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet die Stellungnahme zur Aufschrift am Deutschen Reichstags-Gebäude, für welche die Ausschmückungs-Kommission des Reichstages gotische Schrift in Vorschlag gebracht hat. Nach Ausführungen, die Hr. Heumann zur Sache macht, geht die Meinung übereinstimmend dahin, daß die Antiqua-Schrift der gotischen vorzuziehen sei, sowohl in künstlerischer Beziehung wie hinsichtlich der Klarheit und Lesbarkeit.

Zum Schluß macht Hr. Heumann noch Mitteilungen über Eindrücke, die er bei einem kürzlichen Besuch der Reichshauptstadt gewonnen hat und die sich auf das derzeitige Straßenleben, einige Änderungen im Stadtbild, neue Bauten und Ausstellungen bezogen. Namentlich wurde der Umgestaltungen im Universitäts-Viertel, des Neubaus der kgl. Bibliothek gedacht, die mit ihren mächtigen Massen das Bild sehr verändert habe und das Denkmal Friedrichs des Großen stark beeinträchtige, eine Mahnung für Köln, bei Versetzung des Königsdenkmales auf dem Heumarkt sehr vorsichtig zu sein. Die Mitteilungen fanden den lebhaften Beifall der Versammlung. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Vers. am 1. Oktober 1915, Vorsitz.: Hr. Classen. Der Vorsitzende eröffnete die erste Versammlung des Winterhalbjahres, indem er auf die Kriegslage und die Erfolge des deutschen Heeres und unserer Flotte hinwies, zugleich aber auch der Verluste gedachte, die dieser Krieg unserem Volke zugefügt hat. Von den Mitgliedern des Vereins hatten bis zum Sitzungstage 6, die Hrn. G. Ortmann, H. Fischer, P. Rosenberg, K. Eggers, Ph. Weitz und Rud. Eyring den Heldenloos gefunden. Die weiteren Mitteilungen betrafen Wettbewerbe, die Beschickung der Vertrauensmänner-Versammlung des „Verbandes deutscher Arch.- u. Ing.-Vereine“ durch Vereinsmitglieder (Hrn. Groothoff, zugleich Mitglied des Verbandsvorstandes und Hrn. Bubendey) usw.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet der Bericht des Hrn. Löwengard, den dieser als Vorsitzender des vom Verein gewählten Ausschusses zur Beratung der Neugestaltung der Gebührenordnung für Arbeiten der Architekten und Ingenieure erstattet. Der Vereins-Ausschuß, bestehend aus den Hrn. Balzer, Benjamin, Distel, Dr. Gleim, Groothoff, Hagn, Halter, Kohfahl, Löwengard und Speckbötzel, hat den vom großen Ausschuss für die Gebührenordnung (AGO.), in welchem die sämtlichen an dieser interessierten Verbände vertreten sind, den Einzelvereinen vorgelegten Entwurf der Gebührenordnung für Architekten- und Ingenieure bezüglich seiner „Allgemeinen Bestimmungen, gültig für alle Fachrichtungen“, und seiner „Ergänzenden Sonderbestimmungen für die einzelnen Fachrichtungen“ im ersten Abschnitt: „Gebühren für die Arbeiten auf dem Gebiete der Architektur“ einer eingehenden Beratung unterzogen. Zufolge einer eingehenden Begründung, auf deren wesentlichen Inhalt der Vortragende kurz eingeht, ist der Vereins-Ausschuß zu einem eigenen Entwurf der fraglichen Teile der Gebührenordnung gekommen. Seine einschneidenden Abänderungsvorschläge gegenüber dem Entwurf der „Allgemeinen Bestimmungen“ des AGO. und der Bearbeitung der „Sonderbestimmungen“ durch den Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein sind ebenfalls im einzelnen begründet. So kann der Vortragende als Arbeitsergebnis seines Ausschusses zwei umfang-

reiche Schriftsätze übergeben: Einen neuen Entwurf und dessen Begründung. Er hofft, daß die Versammlung den Eindruck gewonnen habe, der Vereins-Ausschuß habe seine Aufgabe gründlich genommen, daß der Verbands-Ausschuß sie würdige und bei der weiteren Bearbeitung berücksichtige. Sein Antrag geht dahin: die dem Vorstand überreichten beiden Schriftsätze sollen vom Verein als Arbeit seines Ausschusses an den Verband gegeben, und der Wunsch des Ausschusses bezüglich einer Veröffentlichung in der Verbandszeitschrift vereinsseitig unterstützt werden. Dieser Antrag wird ohne Besprechung einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende dem Ausschuß für die große Arbeit und Hrn. Löwengard im besonderen für die Mühe herzlich dankt, mit der er durch seine Ausführungen in die schwierige Aufgabe eingeführt hat. Der Arbeit wünscht er unter dem Beifall der Versammlung, daß sie auf fruchtbaren Boden falle. —

Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen. Dem Geschäftsbericht für 1914 des i. J. 1913 gegründeten, unter Leitung des Staatssekretärs a. D. Dr. Dernburg stehenden Vereins entnehmen wir Folgendes:

Die Mitgliederzahl hat sich seit Gründung auf das 2 $\frac{1}{2}$ -fache erhöht, ebenso sind die Beiträge auf über 22000 M. gestiegen. Besonders zu erwähnen ist, daß eine große Anzahl von Gemeinden Groß-Berlins (17) sich dem Verein neu angeschlossen haben. In der Realkredit-Kommission des Reichstages ist der Verein durch 4 Mitglieder vertreten. Dr. Dernburg und Dr. Albrecht wurden von der Immobilien-Kreditkommission beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der die Kreditfragen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der gemeinnützigen Bautätigkeit behandelt. Die umfangreiche Arbeit ist dem Reichsamt des Inneren übermittelt worden.

Daß die Städte Groß-Berlins den Wohnungsfragen größeres Interesse zuwenden, beweist das Beispiel von Lichtenberg, das in der Wuhlheide eine große Kolonie bauen will, eine Reihenhause-Siedlung, die ihrem Umfang nach die bisher in Gr.-Berlin errichteten weit übertreffen wird und als erster Versuch im Großen wegen der Nähe des Siedlungsgeländes zum Verkehrszentrum Berlins eine grundsätzliche Bedeutung für den Verein besitzt, der auch zur Mitarbeit herangezogen wurde.

Die Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit hat auch im vergangenen Jahre einen wesentlichen Teil der Arbeiten gebildet. Es sind vom Verein aus umfangreiche Erhebungen über die Leistungen der Bauvereinigungen in Gr.-Berlin und der Prov. Brandenburg gemacht worden, die in einem besonderen Teil eines vom Gr.-Berliner Verein herauszugebenden „Handbuches Groß-Berliner Wohnungspolitik“ zusammenfassend behandelt werden.

Als Beratungsstelle ist der Verein von den Bauge nossenschaften ebenso wie auch vom privaten Bauge werbe und den am Wohnungswesen interessierten Kreisen häufig in Anspruch genommen worden. Die wesentlichste Aufgabe bildet aber seine Ausgestaltung als Zentralstelle für die Kredit-Vermittlung des Kleinwoh nungswesens, zumal zwischen dem Verein und den Lan des-Versicherungs-Anstalten und der Reichsversiche rungs-Anstalt für Angestellte eine ständige Fühlung be steht und die meisten Pläne dem Verein zur Prüfung in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht überwiesen wer den. Es sind für etwa 10,2 Mill. M. Pläne bis zum Ausbruch des Krieges vom Verein geprüft worden, deren größter Teil sich auf das Verbandsgebiet Gr.-Berlin bezog. Bei ihrer Prüfung haben die Gemeindevorsteher den Verein durch Auskunftserteilungen usw. unterstützt.

Die Wohnungsfürsorge der Arbeitgeber für ihre Angestellten ist in Gr.-Berlin nicht im entferntesten so umfangreich, wie in den Industriegebieten des Rheinlandes und Westfalens, da die Industrie hier leider nicht zusammengefaßt ist und die hohen Bodenwerte die Schaffung besonderer Siedlungen verhindern. Auch hat wohl die Verquickung des Arbeitsverhältnisses mit dem Mietvertrag hemmend auf derartige Bestrebungen gewirkt. Es ergeben sich aber große Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft für die Gesundung der Arbeiterwohnungs-Politik durch die beginnende Hinausverlegung der In dustrie, einmal infolge der Eröffnung des Großschiffahrts- weges Berlin-Stettin 1914, und zweitens infolge der baldi gen Vollendung der südlichen Umgehungsbahn Michen- dorf-Cöpenik. In beiden Fällen wird der Industrie Gelegen heit geboten, sich an einer Stelle anzusiedeln, an der die Bodenpreise niedrig sind und anderseits die Vorbedin gungen für die Industriearbeiter-Ansiedlung gegeben er scheinen. Daß die Angestelltenverbände der Frage des Wohnungswesens ein großes Interesse entgegen bringen, beweist die Fühlungnahme mit dem Gr.-Berliner Verein

seitens dieser Organisationen. Hier ist ein weites Gebiet, auf dem, sobald die Verhältnisse sich einigermaßen geklärt haben, die Arbeit in großem Umfang einsetzen kann.

Auch um die Wohnungs-Ausstattung und Be schaffung von billigem, gutem Hausrat hat sich der Ver- ein gekümmert. So sind für das Wohnungsamt der Stadt Berlin unentgeltlich Entwürfe billiger schlichter Stücke für den Hausrat geliefert worden. Ferner soll zu einer Schaffung von Hausrat in großem Maßstab unter den- selben Bedingungen der Abzahlung, wie es der Arbeiter sonst gewöhnt ist, geschritten werden.

Nach Ausbruch des Krieges hat das Studium der Ver- hältnisse den Verein bewegt, auf die Gefahr einer be- vorstehenden Kleinwohnungsnot aufmerksam zu machen, hervorgerufen durch den Abzug der wirtschaft- lich geschädigten und ihres Ernährers beraubten Familien, sowie der Kriegsinvaliden in eine Wohnung geringeren Umfanges, ferner durch den Zuzug von Flüchtlingen aus dem Auslande und den östlichen Provinzen, durch das völlige Ruhen der Bautätigkeit infolge Mangels an Geld usw. Es sind auch eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Abhilfe den zuständigen Stellen vorgelegt worden. Zu- nächst hat sich der Verein eingehend mit Maßnahmen zur Beschaffung von Realkredit befaßt, um zu verhindern, daß dieselben traurigen Erscheinungen wie nach 1870 auf dem Gebiete des Wohnungswesens eintreten.

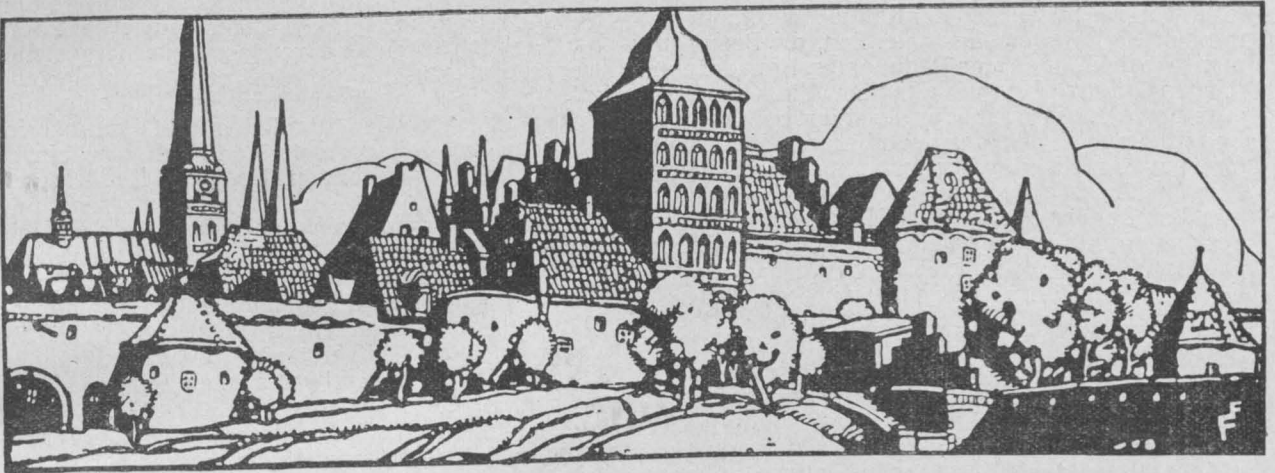
Die Geschäftsführung des Vereins liegt in den Händen des Dipl.-Ing. E. Leyser. —

Verein Deutscher Eisenportlandzement-Werke E. V. Düsseldorf. Am 22. Februar 1916 fand in Berlin die dies- jährige Hauptversammlung des „Vereins deutscher Eisen- portlandzement-Werke“ unter Vorsitz des Hrn. Hütten- direktor Jantzen-Wetzlar statt. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Infolge des Darniederliegens der Bautätigkeit erzeugten die sechs dem Verein ange- hörenden Werke nur etwa $\frac{2}{3}$ der Produktion des Vorjahres. Zur Zeit sind jedoch die Vereinswerke infolge des gesteigerten Heeresbedarfes ausreichend beschäftigt. Die zahl- reichen Betriebsschwierigkeiten, die sich aus der Kriegs- lage ergeben haben, vermochten keinen Einfluß auf die Güte des Erzeugnisses auszuüben. Nach den Feststellungen der Prüfungsanstalt des Vereins haben die Eisenportland- Zemente der Vereinswerke nicht nur die durch die deut- schen Normen vorgeschriebenen Festigkeiten erreicht, sondern sogar meist noch erheblich übertroffen. Von wichtigeren amtlichen Untersuchungen, die im letzten Jahre teils abgeschlossen, teils weiter gefördert wurden, seien die des „Deutschen Ausschusses für Eisenbeton“ über die Rostsicherheit der Eiseneinlagen in verschiedenen Bindemitteln und über ihre Schwellung und Schwindung (Heft 35 des deutschen Ausschusses) erwähnt. In beiden Fällen hat der Eisenportlandzement gut abgeschnitten. Auch die Sandfestigkeitsversuche des kgl. Materialprü- fungsamtes Lichterfelde (Heft 2, 1915 der Mitteilungen des Amtes) sind für die Eisenportlandzemente im allgemeinen günstig ausgefallen. Die Gleichwertigkeit von Eisenport- landzement und Portlandzement bestätigen ferner Un- tersuchungen der Tiefbauämter der Städte Charlottenburg (Techn. Gemeindeblatt No. 16, 1915) und Düsseldorf. Nicht nur der Ausfall aller dieser amtlichen Versuche, sondern noch mehr die Bewährung des Eisenportlandzementes in der Praxis mögen den deutschen Ausschuß für Eisenbeton veranlaßt haben, in seinen neuen, durch Ministerialerlaß vom 13. Januar 1916 genehmigten „Bestimmungen für die Ausführung von Bauwerken aus Beton und Eisenbeton“ den Eisenportlandzement neben dem Portlandzement als gleichberechtigte Baustoffe aufzuführen. Die Prüfungs- anstalt des Vereins beschäftigte sich in dem abgelaufenen Jahre außer mit der Normenprüfung auch mit der Fort- führung der Versuche für den Verein der deutschen Kali- Interessenten. U. a. wurde der Einfluß von verschieden großem Wasserzusatz auf die Festigkeiten von reinen Zementen ohne Sandzusatz studiert. Die Ergebnisse sind für die Technik des Versteinsungsverfahrens sehr wert- voll. Auch die Schießversuche an Beton mit und ohne Eisen- Einlagen und an anderen Baustoffen wurden fortgesetzt. Sie haben bisher schon klar erkennen lassen, daß keines- wegs die Druckfestigkeit eines Baustoffes allein für seine Widerstandskraft gegen die Geschosswirkung entscheidend ist. Bestimmtere Angaben verbieten sich aus militärischen Gründen. Ueber die Tätigkeit der Prüfungsanstalt wird wieder ein besonderer Bericht herausgegeben werden. —

Inhalt: Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Chronik. — Vereinsmitteilungen. —

Bildbeilage: Straßenbild von Wertheim am Main.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 32. BERLIN, DEN 19. APRIL 1916.

Kriegs-Ehren- und Gedächtnishallen. (Schluß aus No. 29.)



inen bemerkenswerten Vorschlag zu einer Kriegs-Gedächtnishalle für Lübeck macht der Direktor des Museums im St. Annen-Kloster daselbst Dr. Karl Schäfer, in den „Lübeckischen Blättern“. Er führt dazu u. a. Folgendes aus: „Daß die nach 1871 allenthalben in Stadt und Dorf üblich gewordenen Kriegerdenkmäler nicht das sind, was wir heute wiederholt sehen möchten — die fahnen-schwingenden Soldaten aus Bronze und die Trophäen auf Granitsockeln —, darüber gibt es nur eine Meinung. Die Zeit strebt heute nach einer architektonischen Ausdrucksform für den Gedanken der weihervollen Dankesstimmung an die Gefallenen und an die Siegestaten der Heimkehrenden. Aus diesem Gefühl heraus haben die Lübecker 1815 in der Marien-Kirche die Fahnen der Hanseatischen Legion aufgehängt und eine Tafel mit den Namen der Gefallenen am Kirchenpfeiler daneben angebracht. Wie klein ist die Tafel und wie wenige waren darauf zu verzeichnen! Und 1871 hat man wiederum in der Kirche des Rates, die mit Recht von jeher als das eigentliche Gotteshaus der Stadt gegolten hat, in einer Nische des Chores einfach und mit würdigem Geschmack auf drei Tafeln die Namen der Gefallenen eingetragen, zusammengefaßt von einem Architektur-Rahmen, der den Anschluß an die umgebende Wand gibt.

Wollten wir jetzt Ähnliches tun, so hätte die Marien-Kirche keinen Platz mehr, um die Tafeln mit den vielen Namen Derer aufzunehmen, die nach Lübeck nicht mehr heimkehren. Man müßte schon daran denken, etwa die Briefkapelle auszuräumen, um sie ganz allein dieser Aufgabe zu weihen, und das wird man kaum wollen. So bliebe der Ausweg eines Neubaus. Daß ein solcher sehr wohl und auf manche Weise denkbar ist, verstand ich gut, als mir vor einigen Wochen der bekannte Hauptpastor Boye aus Wandsbek in anschaulichen Worten den Plan schilderte, an die Hauptkirche der Stadt — sie ist natürlich nicht alt, sondern von einer wenig schönen Neugotik — eine Art modernen Kreuzgang anzuschließen, der wie ein stimmungsvoller Vorhof der Kirche gegen den lärmenden Betrieb des Straßenlebens durch nüchterne Wände abgeschlossen, in seinen Wandelhallen Raum für einfache und reichere Denkmäler und Schrifttafeln, Trophäen und andere

Stücke der Erinnerung an die Zeit des großen Krieges enthalten würde. Inmitten des Hofes und am Portal der ganzen Anlage denkt man sich gern dankbare Aufgaben für die Hand des Bildhauers hinzu; so würde das Ganze unter der Leitung eines kunstverständigen Mannes zu einem reichen Gesamtwerk von starker, weihervoller Wirkung ausgebildet werden können.

Sollen wir in Lübeck einen solchen Gedanken zum Vorbild nehmen und eine Gedächtnishalle errichten, die so wie diese Kreuzgang-Architektur der amtlichen Ehrung und den Denkmälern persönlicher Pietät den würdigen Rahmen gibt? Mir scheint, wir haben schon ein Bauwerk, das in wundervoller Vereinigung alle die Eigenschaften besitzt, die wir im anderen Fall mit großem Aufwand erst schaffen müßten, ein Bauwerk, dessen Raumschönheit, dessen festlich ernste Stimmung, dessen Lage inmitten der Stadt, dessen vielgestaltige, allen Möglichkeiten bequem sich anbietende Halle in Deutschland ihres Gleichen wenige findet, und das zum Schmerz aller Kunstfreunde seit lange unbenutzt und verwahrlost daliegt — die Katharinen-Kirche. Sobald man dem einmal ausgesprochenen Gedanken nachgeht, sobald man dem Auge ein Bild des fertigen Werkes vorzaubern vermag, erweist sich mehr und mehr, wie dankbar, wie unvergleichlich an Schönheit und Eigenart, wie fruchtbar für zahllose große und kleine Aufgaben der Kunst dieser Grundgedanke wirken wird, bis in jahrelanger Arbeit einmal die ganze ehrwürdige Kirchenhalle so belebt und geschmückt dastehen wird, wie es durch die Zutaten so vieler vergangener Geschlechter die Marien-Kirche heute ist — eine Gedächtnishalle für die Helden einer Zeit, die Größeres von ihren Menschen forderte als selbst die schwerste unter den Epochen der Geschichte unserer Stadt.

Bekanntlich ist die ganze Mittelhalle der Katharinen-Kirche frei und leer; auch die Nischen des nördlichen Seitenschiffes enthalten meist nichts von alter Ausstattung. Hier würde an den Wänden und Pfeilern der Platz sein, die amtlichen Tafeln mit den Listen der gefallenen Lübecker in rhythmischer Wiederholung gleicher dunkler Flächen anzubringen. Die alte, einst so selbstverständliche Kunst des Bildschnitzers würde den Rahmen dieser Tafeln ihren einfachen Schmuck geben. Wie ehemals die Totenschilder und Epitaphien würden an den Pfeilern Erinnerungsmale der mannigfachsten Art ihren Platz finden, Bildwerke in Stein, Bronze oder Holz, Ge-

mälde sogar und Wappentafeln.*) Die hohen farblosen Fenster bieten sich dar für die Ausschmückung mit einigen farbigen Glasmalereien, die Bezug nehmen auf den Anteil der Regimenter, Korporationen oder Einzelnen. Und um alle diese Einzeleindrücke zusammenzufassen, um den Geist der Heldenehrung im Mittelpunkt der ganzen über die Kirche verstreuten Einzeldenkmäler in monumentaler Gestalt zum Ausdruck zu bringen, könnte an der Stelle, wo vor dem Lettner ehemals der Hauptaltar der Kirche gestanden haben mag, ein kirchlich gestimmtes großes Werk der Plastik errichtet werden, das den Opfermut der Zeit zum Ausdruck bringt.

Die Teile der Kirche, in denen die alten Meisterwerke der Ausstattungskunst vom Mittelalter bis zur Barockzeit noch erhalten sind, die Südwand mit den Grabkapellen-Einbauten, besonders aber der hohe Chor mit seinem prächtigen Gestühl, und vielleicht auch die Krypta unter dem Chor, würden von dieser neuen Verwendung des Kirchenraumes unberührt bleiben. In diesen Teilen bleibt das alte Kunstdenkmal erhalten, wie es ist, und gibt den Maßstab und die Stimmung an, auf die sich die neu zu schaffenden

*) Anmerkung der Redaktion. Könnte nicht die berühmte Zisterzienser-Kirche in Salem am Bodensee mit ihren zahlreichen Denkmälern hier als Vorbild dienen?

Das Erbbaurecht.

Von Dr.-Ing. J. Stübben.

Unter den Maßnahmen, die zur Gesundung des Realkredites und zur Verbesserung des Wohnungswesens empfohlen werden, spielt die rechtliche Ausgestaltung und vermehrte Anwendung des Erbbaurechtes eine nicht unbedeutende Rolle. Die Gründe sind: Verminderung des Kapitalbedarfes, Ermäßigung des Kosten-Aufwandes für das Bauland, Hemmung der Spekulation, Einschränkung der Bodenverschuldung.

Der Erbbauberechtigte hat für den Boden nur eine Jahresrente zu entrichten, eine einmalige Geldsumme also nur für den Bau aufzubringen. Sein Bedarf an Beleihungskapital und Eigenkapital ist also geringer, als wenn er auch das Eigentum am Boden zu erwerben hätte. Der Einfluß dieses Minderbedarfes richtet sich nach dem Verhältnis zwischen dem Baulandpreise und den Baukosten. Der Baulandpreis setzt sich für städtisches Neuland zusammen aus den Ausgaben für die Erwerbung des rohen Landes, denjenigen für die Erschließung und dem Unternehmervorgewinn. Die erstgenannten Ausgaben sind je nach der Lage außerordentlich verschieden, sie mögen schwanken zwischen dem doppelten und dem fünfzigfachen des landwirtschaftlichen Bodenwertes. Auch der Erschließungsaufwand, worunter alle Ausgaben für den Straßenbau nebst Zubehör, für Verkehrseinrichtungen, Entwässerung, Umsatz- und Grundsteuern, Verwaltungskosten und Zinsverluste in der Zeit zwischen dem Boden-Erwerb und der Baulandveräußerung, endlich die Opfer an Land für Straßen und andere öffentliche Zwecke zu verstehen sind, ist für verschiedene Fälle sehr verschieden. Er mag schwanken zwischen 4 M. und 20 M., berechnet auf das Quadratmeter des fertigen Baulandes, ist aber verhältnismäßig größer für billiges, als für teures Rohland. Teuere Erschließung kann auf das siebenfache des billigen Bodenpreises ansteigen, billige Erschließung bis auf die Hälfte des teuren Bodenpreises hinabgehen. Der Unternehmervorgewinn ist Konjunktursache; er kann bedeutend sein in Zeiten, die dem Bodengeschäft günstig sind; er ist oft genug negativ zu anderen Zeiten. Immerhin kann festgestellt werden, daß der verhältnismäßige Preis-Unterschied zwischen dem Rohland und dem fertigen Bauland größer zu sein pflegt bei billigem Boden, wie er für das Klein- und Eigenhaus erforderlich ist, als bei dem teuren Boden, der für Groß- und Spekulationsbauten verwendet wird. Dennoch pflegt erfahrungsgemäß beim Kleinhaus der Bauplatzpreis keine größere Rolle zu spielen als beim Großhaus. In beiden Fällen kann das Verhältnis 1:3 zwischen den Bauplatz- und den Hausbaukosten als normal betrachtet werden; nur fällt beim Kleinhaus ein stärkerer, beim Großhaus ein schwächerer Anteil auf die Kosten der Erschließung.

Das Erbbaurecht kann sich unter städtischen Verhältnissen naturgemäß nur auf den fertigen Bauplatz, nicht auf das rohe Land beziehen, da beim dereinstigen Erlöschen des Rechtes und Verschwinden des Bauwertes der bebauungsfähige Platz übrig bleibt. Der Erbbaurecht-Vergeber, d. h. der Bodeneigentümer, muß also, soweit es sich

den Denkmäler einzustellen haben. Gern und ohne Schaden für den Originalwert des Bauwerkes könnte auch dem trocken und reizlos wiederhergestellten Hauptportal der Kirche eine neue Form gegeben werden, die dem neuen Sinn der Gedächtnishalle Rechnung trägt. Und zu alledem gibt dann der vorhandene Bau mit der sehnigen Kraft der fein gegliederten hochstrebenden Massen im Äußeren und mit der unvergleichlichen, sonnigen, versöhnenden Majestät seines Inneren den weihervollen Rahmen, den wir nicht erst zu schaffen, sondern nur wiederzufinden brauchen. Wie wir der Ruine des St.-Annen-Klosters neues Leben gegeben haben, indem wir es zum Museum umwandelten, wie wir aufrichtig bedauern, daß die Sachverständigen uns als unmöglich erklärt haben, das Archiv im alten Zeughaus unterzubringen, um so wieder ein Stück unserer wertvollsten alten Baudenkmäler durch neue Verwendung am Leben zu erhalten, so müssen wir, wie mir scheint, auch bei der Frage der künftigen Ehrung unserer Krieger dankbar sein, wenn sich die Möglichkeit bietet, einem Bauwerk, das heute nutzlos und den meisten fremd und in seiner Schönheit unbekannt daliegt, in solcher Weise einen neuen, aus unseren Zeitgedanken geborenen Sinn zu geben. —

um Neuland handelt, die unter Umständen sehr erheblichen Erschließungskosten auf sich nehmen, bevor er eine Erbbaurente erwarten kann. Es ist oft mehr eine Rente für die aufgewendeten Erschließungskosten, als für den Wert des rohen Landes. Beträgt die Kapitalleistung des Erbbauberechtigten (nämlich der Bauplatz) nach obigem $\frac{1}{4}$, die Kapitalleistung des Erbbaurecht-Nehmers (nämlich der Bau) $\frac{3}{4}$ des Gesamtaufwandes, so hat der im Erbbaurecht Bauende nur $\frac{3}{4}$ desjenigen Beleihungs- und Eigenkapitales aufzubringen, das der im Eigentumsrecht Bauende beschaffen muß, da letzterer auch den Bauplatz erworben hat.

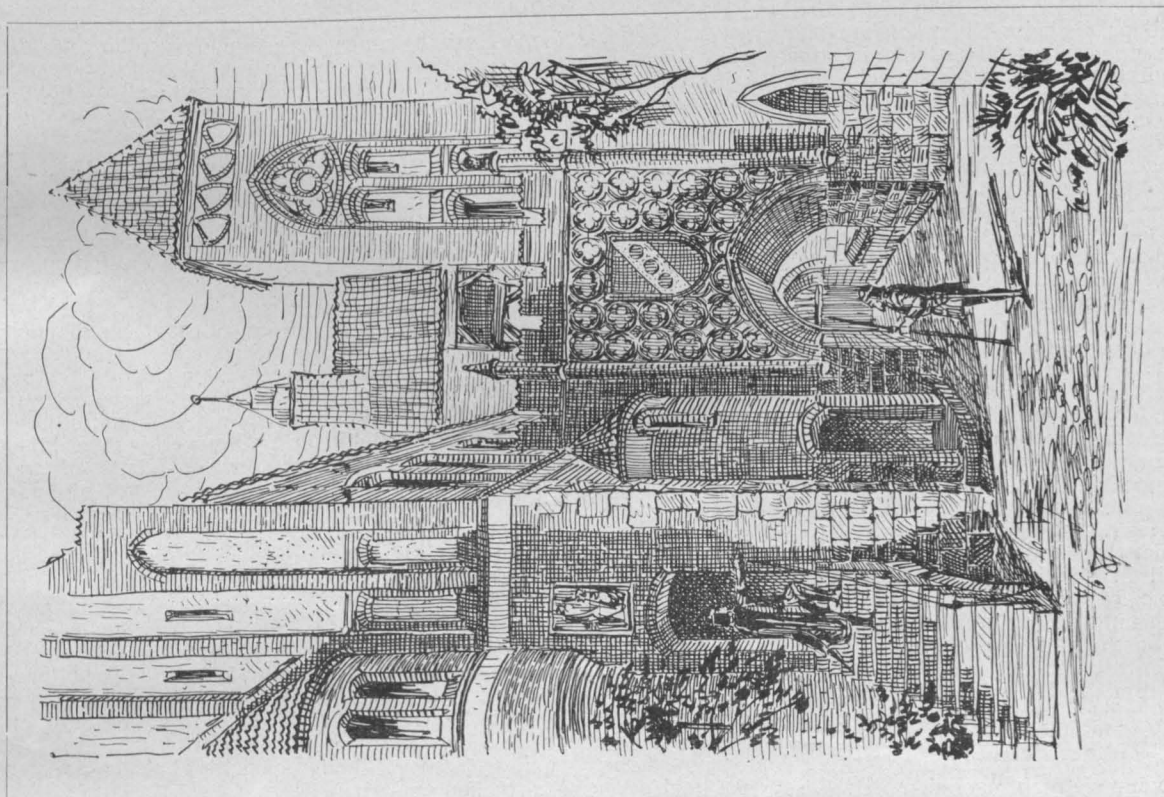
Der Kostenaufwand für das Bauland beschränkt sich beim Erbbauberechtigten auf die jährliche Erbbaurente. Der Bodeneigentümer kann diese Rente auf einen geringeren Zinsfuß vom Bauplatzwert einstellen, als der Hypothekenzinsfuß beträgt. Denn ihm fällt nach Ablauf des Erbbaurechtes, dessen Dauer auf 60 bis 100 Jahre bemessen zu werden pflegt, der Wiederbesitz des Bodens und damit ohne weiteres der Wertzuwachs zu, den der Boden in diesem langen Zeitraum erfahren hat. Je nachdem der Wertzuwachs höher oder weniger hoch eingeschätzt wird, kann die Rente niedrig oder weniger niedrig bemessen werden. Sie pflegt zwischen 2 und 3% jährlich zu schwanken. Der im Eigentumsrecht Bauende hat dagegen den üblichen Zinsfuß für erste und zweite Hypotheken, durchschnittlich heute etwa 5%, zu zahlen. Dem gegenüber steht allerdings der Zwang des Erbbauberechtigten, die Hausbaukosten in bestimmter Frist zu tilgen, somit eine um den Tilgungssatz erhöhte jährliche Zahlung an den Hypothekengläubiger zu leisten. Indes kann dieser Zwang für den Vergleich nicht stark ins Gewicht fallen, da heutzutage auch beim freien Eigentum die allmähliche Tilgung der Hypothekenschulden als wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt wird. Unter gleichen Beleihungs-, Zins- und Tilgungs-Verhältnissen beträgt bei vorliegenden Beispielen die Ersparnis an jährlichem Wohnaufwand für Einfamilienhäuser des bescheidenen Mittelstandes im Erbbaurecht etwa 10%; errechnet sich der Wohnaufwand auf 1500 M. beim Eigentumsbau, so sinkt er auf etwa 1350 M. beim Erbbaubau. Bei einem Zweifamilienhaus ergab sich unter Annahme gleicher Beleihungen und Miete-Einnahmen im Erbbaubau eine Verzinsung des geringen Eigenkapitales von 12%, im Eigentumsbau eine solche von nur 7%. Ähnliche Unterschiede sind für Vielfamilienhäuser festgestellt worden. Für den Bauenden bedeutet hiernach das Erbbaurecht beim Eigenhaus einen geringeren Wohnaufwand, beim Vermietungshaus eine höhere Rente des eigenen Kapitals.

Eine Verringerung der Spekulation erwarten Manche beim Erbbaurecht in der Annahme, daß die Häuser weniger leicht verkäuflich sein werden, zum Handelsgegenstand sich also weniger eignen. Ob und in welchem Maß diese Annahme zutrifft, kann nur die Erfahrung zeigen. Gewinne sind keineswegs ausgeschlossen, da wirtschaftlicher Wertzuwachs sich darin ausdrückt, daß der Wert der Bodenrente über den Betrag der Erbbaurente steigt, somit bei der Veräußerung in Geld oder

hypothekarischer Mehrbelastung zu begleichen ist. Zwar könnte der Bodeneigentümer durch den vertraglichen Vorbehalt des Wiederkaufrechtes derartige Gewinne ganz oder zum Teil für sich selbst in Anspruch nehmen; das würde aber die Ausbreitung der ohnehin kaum eingebürgerten Anwendung des Erbbaurechtes sehr ungünstig beeinflussen. Die Verkäuflichkeit ist für das Erbbaurecht

durch den geringeren Bedarf an Leih- und Eigenkapital als durch den Umstand begünstigt wird, daß für die Bemessung der bar zu entrichtenden Umsatzsteuer der Bau- platzwert außer Ansatz bleibt.

Sind auch die Erfahrungen des freien Verkehres noch gering, so kann doch festgestellt werden, daß tatsächlich in manchen Fällen die Weiterveräußerung von Erbbaurecht



Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. Architekt: Fritz Gottlob in Berlin.



eine Lebensfrage, da Änderungen in den persönlichen oder sachlichen Verhältnissen des Erbbauers und seiner Familie die Veräußerung oft notwendig machen. Es geht nicht an, ihn in solchem Fall nur der Möglichkeit eines Verlustes auszusetzen, ihm aber die Gewinnaussicht zu nehmen.

Andere sind der Meinung, daß das Erbbaurecht die Spekulation begünstige, weil der Besitzwechsel sowohl

Häusern ohne Verlust und mit Nutzen erfolgt ist. Spekulative Bauten und Verkäufe im Erbbaurecht dürften indes bis jetzt nur in geringem Umfange vorgekommen sein.

Kann man über die Frage, ob die Spekulation durch das Erbbaurecht erschwert oder erleichtert werde, verschiedener Meinung sein, so ist doch der volkswirtschaftliche Vorteil des Erbbaues, daß die Spekulation

sich in engeren Grenzen bewegt und der dauernden, wachsenden Bodenverschuldung ein Riegel vorgeschoben ist, unbestreitbar. Denn welche Veräußerungsgeschäfte und Belastungen auch während der Erbbaurecht vor- kommen mögen, alle Beteiligten haben stets die Verfalls- frist des Rechtes in Rechnung zu ziehen, da eine beim Ablauf des Rechtes nicht getilgte Verschuldung ohne dingliche Deckung sein würde. Verschuldungs-Möglich- keit und Gewinnaussichten sind also nach oben be- schränkter, als beim Eigentumsbau.

Zusammenfassend bestehen hiernach die Vorteile des Erbbaurechtes für den Erbbaurecht-Nehmer in der Ver- minderung des zu beschaffenden Leihkapitales und des aufzuwendenden Eigenkapitales, sowie in der Ermäßigung des Wohnaufwandes beim Eigenhause oder Erhöhung der Eigenrente beim Miethause. Die Verkäuflichkeit be- steht wie beim Eigentumsbau, obgleich die Gewinnaus- sichten geringer und nach oben beschränkter sein wer- den. Deshalb ist die bei Veräußerung staatlichen Bau- geländes in Posen gemachte Beobachtung nicht auf- fallend, daß die meisten Baulustigen, wenn ihnen die Wahl zwischen Eigentumserwerb und Erbbaurecht (mit dreiprozentiger Bodenrente) freigestellt wird, das Erb- baurecht vorziehen.

Als Erbbaurecht-Vergeber kommen hauptsächlich Reich, Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände, ferner Stiftungen und sonstige öffentlich-rechtliche Anstalten in Betracht. Aber auch Dauerbesitz reicher Familien, be- sonders Fideikommißland, eignet sich zur Vergebung im Erbbaurecht. Der, seinem Werte nach kaum einzu- schätzende, Vorteil besteht in dem Rückfall des Besitzes als freies Eigentum nach Ablauf der Erbpacht. In Eng- land, der Heimat des „leasehold“-Systems, hat sich dieser Vorteil in städtischen Gebieten als überaus groß er- wiesen; er drückt sich in hohen Verkaufswerten oder in Erneuerung des Erbbaurechtes mit höheren Renten aus. Erschwert wird die Anwendung durch den Umstand, daß der Eigentümer bei städtischem Neuland außer dem rohen Boden die unter Umständen sehr hohen Auf- schliefungskosten tragen muß, um eine Erbbaurente zu erzielen. Auch ist für deutsche Verhältnisse auf die Gefahr hinzuweisen, die in der Gemeindegrundsteuer liegt, wenn sie nicht nach dem Ertrag, sondern nach dem

gemeinen Wert bemessen wird. Ist der Erhebungssatz hoch, z. B. $3\frac{1}{3}\%$ des Wertes, so würde dem Eigentümer, der 2% Erbbauszins nimmt (wenn er nicht die Liegen- schaftsgemeinde selbst ist), $\frac{1}{6}$ seiner Einnahme wegge- steuert werden. Steigt aber der Bodenwert während der langen Dauer der Erbpacht — und auf dieser Annahme beruht ja das ganze Verfahren — etwa auf das Doppelte, Dreifache oder Sechsfache, so würde ein Drittel, die Hälfte oder die ganze Renten-Einnahme an Grundsteuer verloren gehen. Deshalb mag die Frage gerechtfertigt sein, ob nicht bei der bevorstehenden rechtlichen Ausgestaltung des Erbbaurechtes zur Förderung seiner Anwendung das Erbbauland gegen Ueberbesteuerung zu schützen ist.

Eine gesetzgeberische Ausgestaltung des Erbba- rechtes ist nötig, weil die Bestimmungen des Bürger- lichen Gesetzbuches über die Rechtsverhältnisse unzu- länglich sind. Die das Erbbaurecht behandelnden §§ 1012 bis 1017 des BGB. begnügen sich mit der grundsätz- lichen Ordnung der Materie, übergehen aber eine Reihe wichtiger rechtlicher Einzelfragen. Die Hypotheken- Banken haben sich deshalb bisher der Beleihung von Erbbaurechten enthalten.

Das Ziel der ergänzenden, reichsgesetzlichen Rege- lung müßte etwa sein: die Festsetzung, daß das Erbba- recht nur zum ersten Rang an einem Grundstück bestellt werden darf und nicht etwa hinter anderen Belastungen, anderenfalls ist das Erbbaurecht unbeileihbar; die Ordnung der Eigentumsverhältnisse am Bauwerk dahin, daß durch ausdrückliche Gesetzesvorschrift das Haus als wesent- licher Bestandteil des Erbbaurechtes erklärt wird und daß nach Erlöschen des Letzteren das Gebäude sich mit dem Eigentum am Boden verbindet; Klarstellung des Rechts- zustandes in allen anderen Beziehungen bei Ablauf des Erbbaurechtes.

So lange die gesetzgeberische Ergänzung aussteht, wird ein Wettbewerb berufsmäßiger Kreditanstalten fehlen und die Anwendung des Erbbaurechtes sich nicht frei entfalten können. Bis dahin kann die Beleihung nur stattfinden durch den Bodeneigentümer selbst oder durch einen dritten Geldgeber, der sich durch besonderen, mit dem Bodeneigentümer abzuschließenden Rückvertrag gegen die Schwierigkeiten gesichert hat, die aus den Ge- setzeslücken entstehen. —

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bau- zeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entspre- chend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir aus- schließlich „An die Redaktion der Deutschen Bau- zeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen un- mittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto bei- zulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist je- doch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bau- zeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Stellungen für technische Bürobeamte in Ostpreußen. Durch das W. T. B. erhalten wir die folgende Nachricht: „Vom Oberpräsidium wird mitgeteilt: Bei den für den Wiederaufbau der Provinz eingerichteten staatlichen Bau- beratungsämtern werden hauptsächlich zur technischen Prüfung von Vorentscheidungs-Berechnungen für die wieder aufzubauenden Gebäude im Zerstörungsgebiet technische Bürobeamte gebraucht, welche die Vorbildung haben, wie sie für die Laufbahn der mittleren Staatsbaubeamten verlangt wird. Meldungen sind unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen, sowie unter An- gabe des Militärverhältnisses — ob militärfrei, garnison- dienst- oder arbeitsverwendungsfähig — beim Oberpräsi- denten in Königsberg einzureichen.“ —

Eine bayerische Landesberatungsstelle für Krieger- gräber ist in München gebildet worden, der folgende Künstler ehrenamtlich beigetreten sind: Richard Berndt, Professor an der kgl. Kunstgewerbeschule; August Blößner, Bauamtmann; Maximil. Dasio, Oberregierungs- rat; Dr. Theodor Fischer, Professor der Techn. Hoch- schule; Hermann Hahn, Professor an der Akademie der bildenden Künste in München; Dr. Adolf von Hildebrand, Professor, Bildhauer; Eugen Hönig, Professor, Architekt; Karl Sattler, Architekt; Dr. Friedrich von Thiersch, Geheimer Hofrat, Professor der Technischen Hochschule in München; Heinrich Ullmann, Bauamtmann.

Die Landesberatungsstelle will in allen Fragen des

Schmuckes der Gräber unserer gefallenen Krieger in den besetzten feindlichen Gebieten und auf heimatlichem Boden den Truppenteilen Rat und Auskunft geben. Sie wird sich dabei in grundsätzlichen Fragen in Uebereinstimmung mit den Richtpunkten halten, die von der preußischen Heeres- Verwaltung im Zusammenwirken mit dem Preussischen Kultusministerium und den von dort aus allen Teilen des Reiches eingeladenen Künstlern aufgestellt worden sind. Insbesondere teilt auch die bayerische Landesberatungs- stelle die Anschauung, daß es sich im Allgemeinen nicht empfehle, schon jetzt größere Denkmal-Anlagen in Angriff zu nehmen, daß vielmehr als nächste Aufgabe die würdige Herrichtung und Erhaltung der Kriegergräber in enger An- lehnung an die Natur und mit den zu Gebote stehenden einfachen Mitteln in Betracht komme. Jedenfalls sollten Anlagen von größerer Bedeutung nicht ohne vorherige künstlerische Prüfung ausgeführt werden. —

Wettbewerbe.

Der Wettbewerb betr. Entwürfe für Denkmäler und Gedenktafeln der gefallenen österreichischen Krieger, den das „Kunstgewerbliche Museum der Handels- und Ge- werbekammer in Prag“ mit Frist zum 16. Juni 1916 aus- zuschreiben beschloß, wendet sich an die nach Böhmen zuständigen oder in diesem Kronland ansässigen Bewerber und verheißt Preise von zus. 3000 K. Es handelt sich um 3 Gruppen von Entwürfen: 1. zu einem frei stehenden ge- meinschaftlichen Denkmal für mehrere Gefallene für einen Ring-Platz, Dorf-Platz oder einen landschaftlich bemer- kenswerten Ort; 2. zu einem freistehenden Denkmal für einen oder mehrere Krieger auf einem Friedhof in Böhmen; 3. zu einem plastischen oder gemalten Wanddenkmal für einen hierzu geeigneten Ort in Böhmen. Dem Preisgericht gehören u. a. an die Hrn. Prof. Jos. Fanta, Architekt, Landes-Konservator Dr. R. Hönigschmid, Ob.-Brt. J. Kotěra, Prof. K. Krattner, Prof. J. Plečnik, Architekt, Bildhauer Alois Rieber, Hofrat G. Stribal und Brt. Jos. Zasche, sämtlich in Prag. —

Inhalt: Kriegs-Ehren- und Gedächtnishallen (Schluß). — Das Erb- baurecht. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Skizzen im Stil der norddeutschen Backstein-Gotik des Mittelalters. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 33. BERLIN, DEN 22. APRIL 1916.

Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin. (Schluß aus No. 31.)



Besondere Maßnahmen machte schließlich die Unterfahrung von 2 auf der Südseite der Linden stehenden Denkmälern (Blücher-Denkmal östlich des Opernhauses, Denkmal der Kaiserin Augusta auf den Gartenanlagen westlich des Opernhauses), vergl. den Lageplan Abbildung 3 in No. 30, erforderlich. Die Denkmäler wurden natürlich während der Bauausführung zunächst beiseite geschoben und dann, um jede Erschütterung durch den Tunnelbetrieb von ihnen abzuhalten, in vielleicht übergroßer Vorsicht ganz gesondert vom Tunnel gegründet, wie die Abbildungen 11 und 12 zeigen. Es sind darnach beiderseits des Tunnels besondere Fundamentmauern bis unter die Tunnelsohle hinabgeführt und über diese, in einem kleinen Abstand von der hier stark verschwächten Tunneldecke Trägerroste gelegt, welche die Sohlenplatte der Denkmäler nun tragen.

Aus dem Tunnelgrundriß Abbildung 9a in No. 31 geht ferner hervor, daß an zwei Stellen Geräte-Nischen seitlich des freien Tunnelprofils angelegt sind, und an den beiden tiefsten Stellen der beiden Tunnel weitere Nischen mit Pumpensämpfen, um das durch die offenen Rampen in den Tunnel einlaufende Tagewasser in die Kanalisation zu heben, vergl. Abbildung 13a—c. Es sind hier je 2 direkt wirkende elektrisch angetriebene Kreiselpumpen vorgesehen, die durch Schwimmer selbsttätig eingeschaltet werden. Die eine Pumpe dient als Aushilfe. Zu den Pumpensämpfen führen in der Bettung der Gleise liegende Rinnen.

Die Abdichtung des Tunnels gegen Grundwasser und Feuchtigkeit ist in der bei den Untergrundbahnen bewährten Weise erfolgt. Innerhalb der Baugruben-Absteifung ist zunächst auf Sohle und Wände eine Schutzschicht aus Sandmörtel 1:6 aufgebracht, darauf Asphaltpappe geklebt, die den eigentlichen Tunnel-trog wasserdicht umschließt. Ueber Grundwasser ist doppelte, unter Grundwasser dreifache, in den am tiefsten liegenden Pumpensämpfen vierfache Papp-lage vorgesehen mit Anstrich aus Asphaltmasse über den einzelnen Lagen. Die Abdichtung der Tunnel-

decke entspricht derjenigen über Grundwasser. Eine Auskleidung des Tunnels in seinen Sichtflächen erfolgt nicht.

Die Straßenbahnfahrerschienen üblicher Art sollen auf Holzschwellen in Schotterbettung auf den Rampen ohne Sohle, im Uebrigen in Kiesbettung verlegt werden. Es ist eine Beleuchtung des ganzen Tunnels in Aussicht genommen. Nach Anschauung der städtischen Bauverwaltung hätte er dann einfach wie ein Teil des übrigen Straßenbahnnetzes betrieben werden können. Die Aufsichtsbehörde (vgl. Eisenbahn-Verwaltung) verlangt jedoch Signalsicherung an beiden Tunnel-Enden, die durch Kontakte in der Oberleitung hergestellt werden sollen, da die Einlegung von Schienenkontakten eine zu weitgehende Zerschneidung der Gleise bedingen würde. Für die Ausbildung der elektrischen Leitungen ergaben sich hieraus gewisse Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die gemeinsame Tunnelbenutzung, da auf der gleichen Strecke dann Wagen verschiedener Bauart laufen, von denen die der städtischen Bahnen den Siemens'schen Bügel, die der Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft die Kontaktrolle zur Stromentnahme benutzen.

Die Ausführung des Tunnels erfolgte in ähnlicher Weise, wie sie sich beim Bau der neueren Untergrundbahnstrecken in Berlin durch Siemens & Halske bewährt hat. Beiderseits der Baugrube wurden in Abständen von 1,5 m von der Höhe der Straße aus eiserne I-Träger bis 1,5 m unter die Tunnelsohle eingerammt (bis 8 m lang, Normalprofil 15—27 je nach Höhe) und zwischen die Pfosten wurden mit dem Fortschritt der Ausschachtung von oben nach unten wagrechte Holzbohlen eingeschoben (von 5—7 cm nach der Tiefe wachsend). Durch 2 Reihen wagrechter Querstreifen, 2 m über Sohle und 0,30 m unter Gelände, werden diese Wände gegeneinander versteift. In der viereckigen Baugrube ist zur Verkürzung der Steifenlänge noch eine mittlere Pfahlreihe eingerammt, die in der Längsrichtung durch Zangen und Diagonalkreuze ausgesteift ist (vergl. Abbildung 14 und 15).

Zwischen diesen Wänden wurde dann das Erdreich ausgeschachtet, das in der Hauptsache aus Sand verschiedener Körnung und Kies bestand, und zwar unter Grundwasser mit Grundwasser-Absen-

kung. Die Brunnen mußten hier innerhalb der Baugrube angeordnet werden, bedingten also eine nachträgliche Abdichtung der Betonsole an den Stellen, wo sie diese durchdringen.

zu können, die Ueberdeckung der ganzen Baugrube durch eine den Lasten des Straßenverkehrs gewachsene Decke erfolgt. Diese wird nach Abbildung 14 und 15 und den zugehörigen Einzelheiten

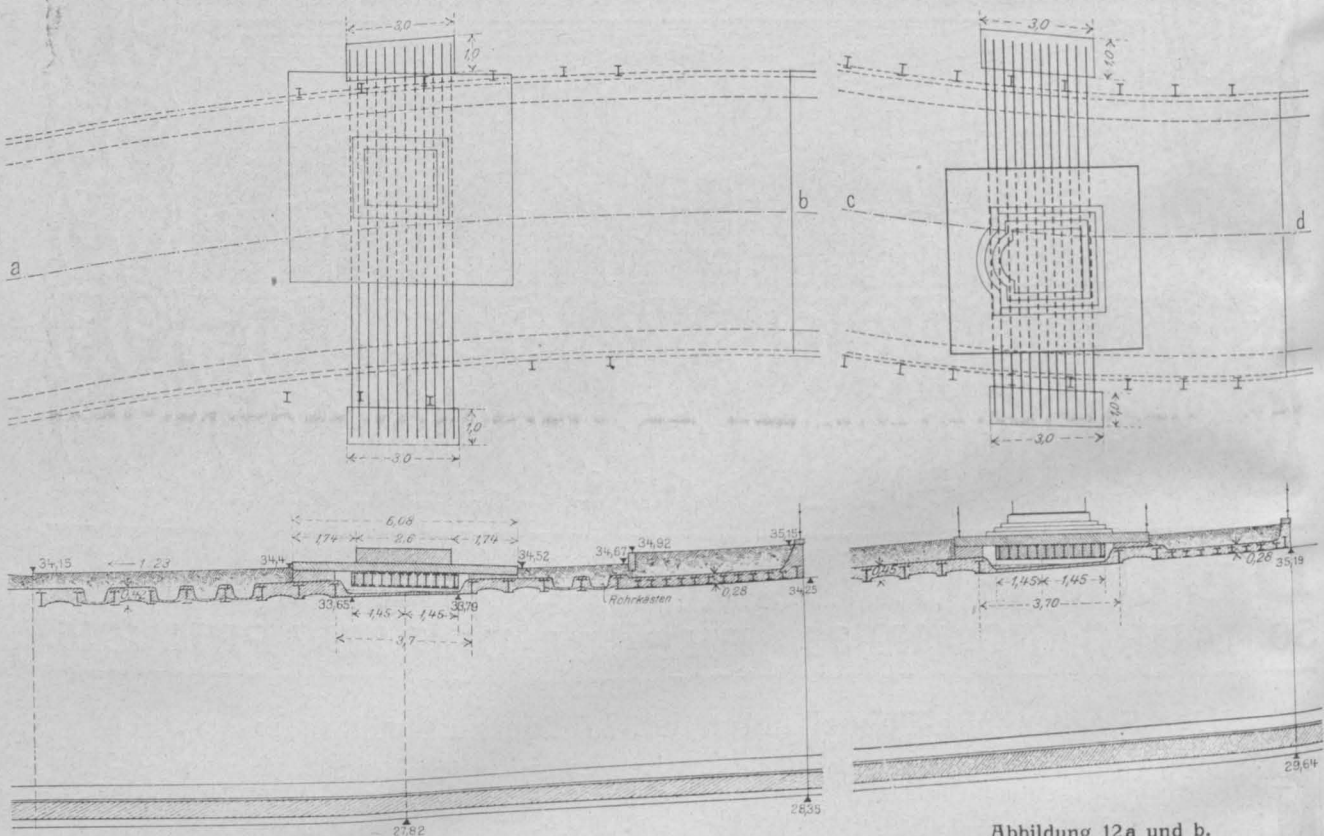
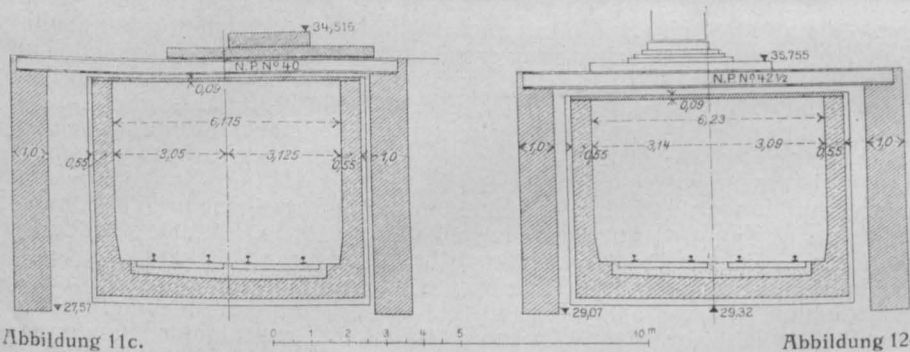


Abbildung 11a und b. Grundriß und Längsschnitt a—b am Blücher-Denkmal.

Abbildung 12a und b. Grundriß und Längsschnitt c—d am Kaiserin Augusta-Denkmal.



Abbildungen 11 und 12. Anordnung der vom Tunnel losgelösten besonderen Unterbauten für die in die Tunneltrasse fallenden vorhandenen Denkmäler.

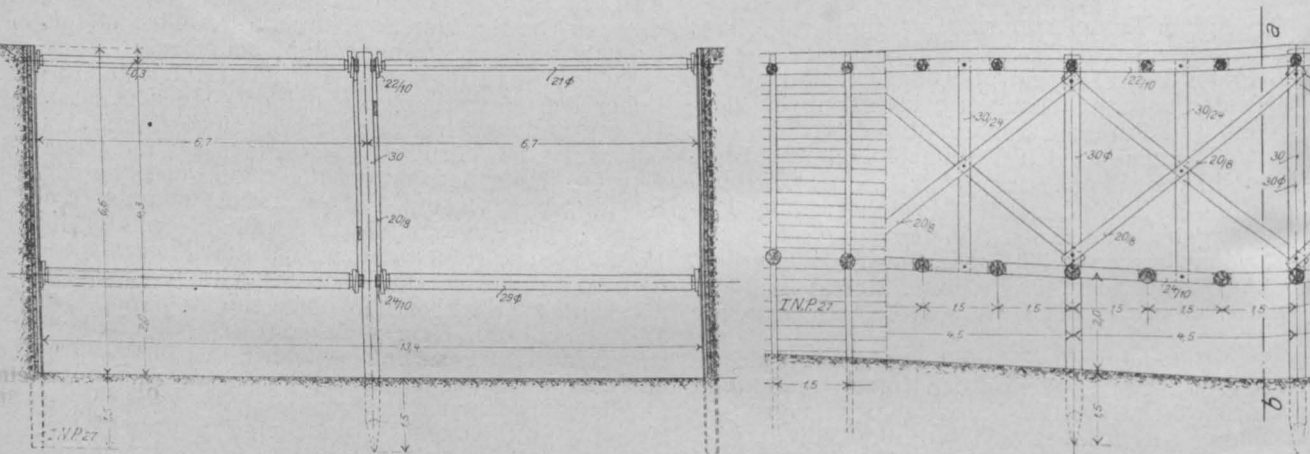
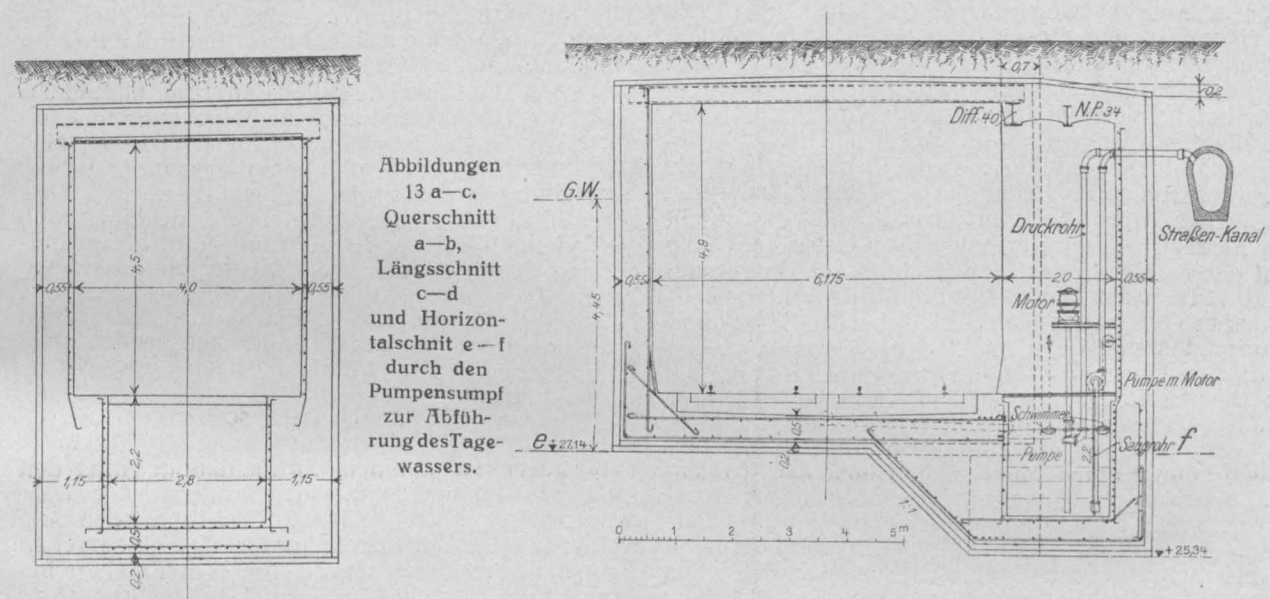


Abbildung 15a und b. Aussteifung der offenen viergleisigen Baugrube mit Zwischenstützen und Längsversteifung.

Soweit die Tunnelstrecken den Straßendamm der Linden durchqueren, ist vor Inangriffnahme der Ausschachtungsarbeiten, um den Verkehr während der Hauptbauzeit in vollem Umfang aufrecht erhalten

Abbildung 16 gebildet von in 75 cm Abstand quer über die Baugrube gestreckten I-Trägern, Differdinger Profil N. 29, die sich auf C-Eisen stützen, die beiderseits der senkrechten Pfähle angebolzt sind. Auf den

Trägern liegt doppelter Bohlenbelag. Diese Decke ersetzt die obere Aussteifung der offenen Baugruben auf nelpfils von Norden her. Es waren Transportgleise in den Tunnel eingeführt, die durch die Dorotheen-



Abbildungen
13 a-c.
Querschnitt
a-b,
Längsschnitt
c-d
und Horizon-
talschnitt e-f
durch den
Pumpensumpf
zur Abfüh-
rung des Tage-
wassers.

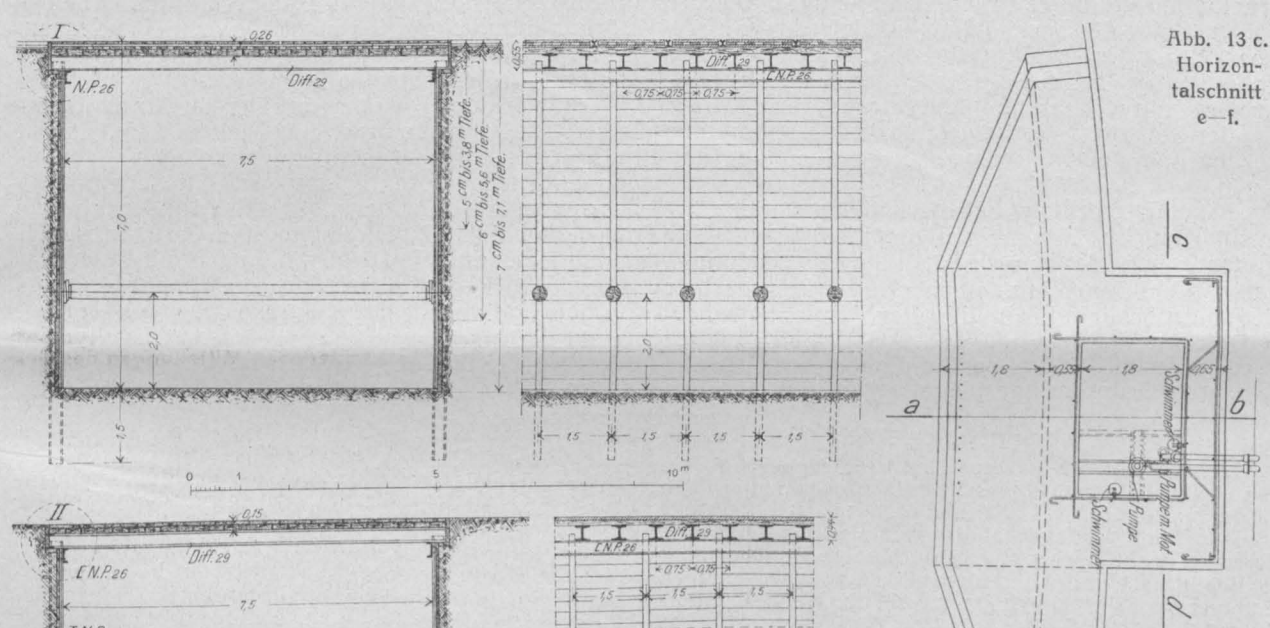


Abb. 13 c.
Horizon-
talschnitt
e-f.

Abbildung 14 a-d. Zweigleisige Baugrube mit Straßenbahn- bzw. Fuhrwerks-Brücke.

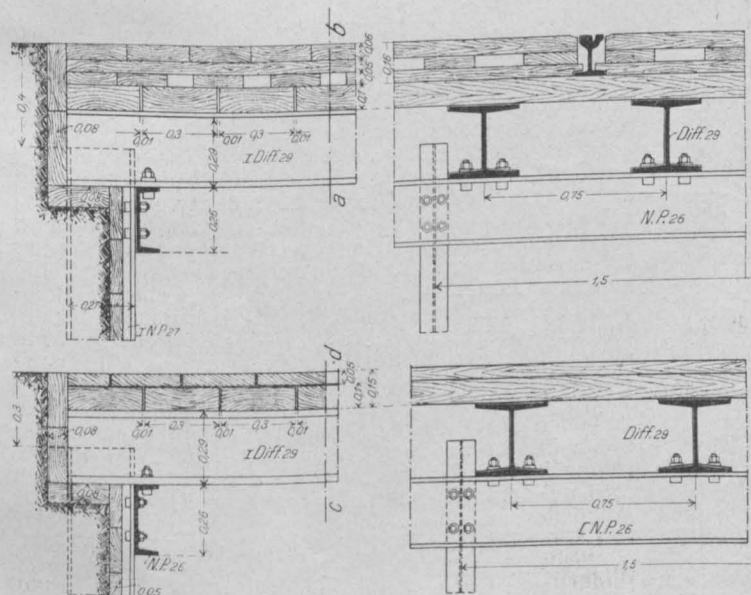


Abb. 16
a-d. Ein-
zelheiten
zu Abb.
14 und 15.

Straße zum Spree-Ufer am Kupfergraben reichten, wo eine Verladestelle zum Ver-
stärken des Bodens in Kähne angelegt
wurde. Auf den Gleisen liefen Kippwagen-
züge, die von einer Benzol - Lokomotive
angetrieben wurden. Auf der Rampe wur-
den diese unterstützt durch eine elektrisch
angetriebene Seilwinde, die am nördlichen
Kopfe aufgestellt war. Dann
folgte der Einbau der Sohle und Wände,
zuletzt der endgültigen Tunneldecke.

Um den Tunnel ungestört durch den
bestehenden Straßenverkehr erbauen zu
können, wurden die jetzt die Linden in
Straßenhöhe kreuzenden beiden Gleise
zwischen der Südflucht der Singaka-
demie und der Südflucht der Linden ent-
sprechend nach Osten verschwenkt. Sie kreuzen
dann nur noch vor dem Opernhaus den östlichen

den Rampen. Im Schutz dieser Decke erfolgten die eigentlichen Bauarbeiten, zunächst der Aushub des Tun-
22. April 1916.

zweigleisigen Tunnel; hier wurde daher die Baugruben-Umschließung nebst vorläufiger Decke schon vor Verschwenkung der Gleise ausgeführt. Die übrigen Arbeiten dieser Art wurden dann auf dem Straßendamm abschnittsweise derart bewirkt, daß für den Straßenverkehr stets genügender Raum verblieb. Zeitweilige Sperrung von Teilen des Straßendamms bedingte natürlich auch die Fertigstellung der endgültigen Tunneldecke, sowie die Ueberführung der Leitungen und die Pflasterung. Einfacher war die Ausföhrung auf den nicht im Straßenverkehr liegenden Tunnelstrecken, also auf der Nordseite der Linden längs der Universität und südlich der Linden innerhalb des mit Gartenanlagen versehenen Platzes zwischen Bibliothek und Opernhaus und auf dem Platz am Festungsgraben zwischen Opernhaus und Prinzessinnen-Palais, die in offenen Baugruben erfolgen konnte. Hier war auch die Anlage von Bau- und Lagerplätzen möglich.

Während des Ausbaues der nördlichen viergleisigen Tunnelrampe müssen die Gleise der Straßenbahn, die an der Singakademie vorbei in die Dorotheen-Straße einschwenken, zeitweilig beseitigt werden. Der ganze Straßenbahnverkehr muß dann die Gleise benutzen, die durch das Kastanien-Wäldchen und die Straße „Hinter dem Gießhause“ zur Eisernen Brücke föhren und es mußte dann schon durch den Kupfergraben der Anschluß an die Gleise in der Dorotheen-Straße hergestellt werden (vergl. den Lageplan Abb. 2 in No. 30). Um diese Unbequemlichkeit für den Straßenbahnverkehr möglichst abzukürzen, ist der Bau der Nordrampe erst zuletzt in Angriff genommen worden und geht nunmehr seiner Vollendung entgegen.

Besondere örtliche Schwierigkeiten standen der Ausföhrung im Allgemeinen nicht entgegen. Nur an der Ostecke des Universitätsflügels an den Linden waren besondere Maßnahmen erforderlich, da hier die Baugrube dicht bis an die alten Fundamente herantritt und mit der Sohle mehr als 2 m tiefer geföhrt werden mußte. Die alten Fundamente reichen bis etwa zum Grundwasserspiegel herab und bestehen

aus schlecht gemauertem Bruchsteinmauerwerk. Ein Unterfangen und Tieferföhren der Fundamente, die nur unter besonderer Wasserhaltung möglich gewesen wäre, erschien bedenklich. Es sind daher an dem Fundament selbst keine Aenderungen gemacht, aber nach Ausschachtung der Baugrube bis auf 3 m Tiefe dicht längs der Fundamente geschlossene eiserne Wände bis 2,3 m unter Baugrubensohle (also 4,3 m unter Fundamentsohle) hinabgerammt, und die Aussteifung der Baugrube ist hier besonders kräftig gewählt worden. Die eisernen Wände sind nach dem vielfach bei der Ausföhrung von Untergrundbahnen durch Siemens & Halske angewendeten Patent Kress ausgebildet, d. h. sie bestehen aus Tafeln mit Pfosten aus C-Eisen und dazwischen genieteten Bogenblechen. Die Pfosten greifen dicht ineinander und die Wände besitzen hohe Widerstandsfähigkeit.

Mit den Arbeiten ist, wie schon bemerkt, im Sommer 1914 begonnen worden. Mitte Dezember 1914 waren sie auf dem Straßendamm Unter den Linden soweit beendet, daß der Straßenverkehr über der vorläufigen Decke fast in voller Ausdehnung sich wieder frei entwickeln konnte. Die eigentlichen Tunnelarbeiten sind zur Zeit im Wesentlichen beendet. Die Absicht, den Tunnel im Herbst 1915 zu eröffnen, hat sich mit Rücksicht auf die Arbeitsstörung durch den Krieg nicht verwirklichen lassen. In diesem Sommer dürfte die Inbetriebnahme jedoch wohl noch vor sich gehen können.

Entwürfe und Ausföhrung unterstanden der Oberleitung des Stadtbaurates für Tiefbau Geh. Baurat Fr. Krause. Die mehrfach umgearbeiteten allgemeinen Entwürfe wurden in dessen Technischem Büro bearbeitet, die Ausführungs- und Sonderentwürfe durch das unter Magistratsbaurat M. Neumann stehende Tiefbauamt I. Diesem lag auch mit Unterstützung durch Reg. - Bmstr. Vogt die Ausföhrung des Tunnels und der Eisernen Brücke ob. Die Bauarbeiten für die Tunnelausföhrung waren im Wesentlichen der Firma Siemens & Halske in Berlin übertragen. —

Fr. E.

Vermischtes.

Liebesgaben für unsere Eisenbahntruppen, die in diesem Kriege große und schwere Aufgaben zu erfüllen haben, erbittet erneut die Liebesgaben-Abnahmestelle der Inspektion der Eisenbahntruppen, Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 31. Ein Aufruf, der nähere Angaben über die Bedürfnisse und Wünsche macht, liegt unser heutigen Nummer bei. Wir können ihn nur auf das Wärmste unterstützen. —

Zum Schätzungsamtsgesetz. Der Bund Deutscher Architekten richtete bezüglich des Entwurfes für ein Schätzungsamtsgesetz an das preußische Abgeordnetenhaus und die zuständige Kommission eine Eingabe, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß durch die Umwandlung einer freien Berufstätigkeit in eine Beamten-tätigkeit keineswegs eine Verbesserung dieser Tätigkeit wahrscheinlich gemacht werde. Die vorgebrachten Bemängelungen an dem jetzigen Schätzungsverfahren reichen zumeist jahrelang zurück, durch die Tätigkeit der Gutachterkammern würden ungeeignete Elemente mehr und mehr aus dem Schätzerberuf ausgesondert. Die hauptsächlich bemängelten ungleichen Schätzungen eines und desselben Gegenstandes hätten häufig ihren Grund in der ungleichmäßigen Beleihungsgrenze der geldgebenden Anstalten. Da Hypothekenbanken z. B. bis 60 %, Sparkassen nur bis 50 % beleihen, so wirke für letztere diese Bestimmung geradezu anreizend zur Wahl erfahrungsgemäß hoch schätzender oder entsprechend zu beeinflussender Vertrauensmänner, um gegenüber den Hypothekenbanken den Wettbewerb aufnehmen zu können.

Nach der Begründung des Gesetzentwurfes werde die zu hohe Bewertung durch die Privatschätzer als wesentlichster Mißstand gerügt. Demgegenüber sei zu beachten, daß nachgewiesenermaßen die bisher schon bestehenden amtlichen Schätzungsstellen fast durchweg zu niedrig geschätzt haben. Zu niedrige Schätzungen werden aber für die Zukunft, besonders nach dem Kriege von geradezu verhängnisvoller Wirkung sein, da eine wesentliche Belastung der Bautätigkeit durch Vermehrung und Steigerung der zweiten Hypotheken die notwendige Folge sein

würde. Bei Schätzungen durch beamtete Stellen liege auch die Gefahr vor, daß dieselben nicht nur Werte schätzen, sondern in Anbetracht der Machtvollkommenheit, wie sie der preußische Gesetzesvorschlag vorsieht, versuchen könnten, Minderwerte zu schaffen unter teilweiser Vernichtung früherer Werte.

Nach Prüfung der in § 7 aufgestellten Liste der Berufsstände, die nicht als Mitglieder eines Schätzungsamtes bestellt werden dürfen, bleibt eigentlich nur der Bausachverständige übrig, der vermöge seiner eigenen Tätigkeit am besten über die jeweiligen Baukosten und Bauwerte unterrichtet sei, deren Ermittlung stets der schwierigste Teil der Schätzung ist. Da ferner nach § 7 die auf Spekulation bauenden gewerbmäßigen Bauunternehmer, die Grundstücke erwerben und wieder veräußern, als Schätzer ausscheiden sollen, so bleiben die Privatchitekten, die nicht zugleich Unternehmer sind, als die geeignetesten Schätzer übrig, als welche sie sich auch bisher erwiesen haben.

Der B. D. A. regt deshalb an zu erwägen, ob sich nicht an Stelle der Schätzungsämter die Bildung von Schätzerschaften aus den bisherigen zuverlässigen Schätzern empfehlen würde, die in geschlossener und straffer Organisation sich gleichfalls zu einer kollegialen Tätigkeit unter Leitung eines Vorstehers sowie eines kommunalen oder staatlichen Aufsichtsammtes vereinigen könnten. Die Schätzerschaft würde als Verein einzutragen und mit einem Ehrengericht auszustatten sein. Das Aufsichtsamt, das unter Berücksichtigung der für das Grundstückswesen in Frage kommenden Behörden und Interessenten zu bilden wäre, hätte die Schätzer zu ernennen und Richtlinien für die Schätzungen aufzustellen. Es würde Berufungsinstanz für das Ehrengericht der Schätzerschaft sein, auf deren Antrag Aufnahme oder Ausschluß eines Mitgliedes zu erfolgen hätte. —

Inhalt: Der Straßenbahn-Tunnel unter den Linden zu Berlin. (Schluß.) — Vermischtes. —

Bildbeilage: Evang. Kirche in Gaderndorf im Odenwald.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



VANGELISCHE KIRCHE IN GÄ-
DERNDORF IM ODENWALD. *
ARCHITEKT: PROFESSOR
H. METZENDORF IN BENS-
HEIM AN DER BERGSTRASSE.

===== DEUTSCHE =====
* * * * BAUZEITUNG * * * *
* 50. JAHRGANG 1916. * NO. 33. *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. N^o 34. BERLIN, DEN 26. APRIL 1916.

Die neue evangelische Kirche in Gadernheim im Odenwald.

Architekt: Professor H. Metzendorf in Bensheim an der Berg-Strasse.
Hierzu die mit No. 33 vorausgeschickte Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 178 und 179.



Der 21. September 1913 bildete in der Geschichte der Gemeinde Gadernheim im Odenwald, die einstmals wohl zum Gebiete des Klosters Lorsch gehörte, einen Markstein. An diesem Tage wurde ihr neues Gotteshaus geweiht. Die Reformation wurde in Gadernheim 1540 eingeführt, als dieses noch Filiale der selbst-

ständigen Pfarrei Reichenbach war. Ein Gotteshaus besaß die Gemeinde nicht; die Dorfbewohner besuchten den Gottesdienst in Reichenbach. Das war im Winter mit solchen Beschwerden verbunden, daß man in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in einem Schulhause in Gadernheim Nachmittags-Gottesdienst abzuhalten beschloß, der gut besucht war. Gleichzeitig wurde ein Kirchenbau-Verein gegründet, zum Teil auch mit der Bestimmung, Sammlungen zu einem Gotteshause zu veranstalten. Weit und breit fand sich kein Ort von der Größe Gadernheims, der nicht eine Kirche besaß. Der erste Schritt zur Erbauung eines eigenen Gotteshauses erfolgte, als 1908 an dem bereits 1894 angelegten Friedhof für die Gemeinden Gadernheim und Raidelbach durch die Gemeinde mit einem Aufwand von 2130 M. ein Baugelände erworben wurde, das zugleich eine leichte Verbindung zwischen Kirche und Friedhof ermöglichte. Fast einstimmig wurde dieser Platz gewählt; jeder empfand, daß hier die Kirche stehen müsse, hoch erhaben über dem Dorf, von überall sichtbar. 1911 hatten die Sammlungen der Baumittel, die mit 40 000 M. ohne die Beträge für Orgel, Glocken und Uhr geschätzt waren, eine solche Höhe erreicht, daß am 3. September 1911 beschlossen wurde, im Frühjahr 1912 mit dem Bau zu beginnen. Der Plan wurde Hrn. Prof. Metzendorf in Bensheim an der Berg-Strasse anvertraut. Die Ausführung erfolgte in der in den nachfolgenden Abbildungen dargestellten Form. Die Kirche hat einschiffige Grundform und ist mit Ausnahme des seitlich verschobenen Turmes durchaus achsial angeordnet, was sich namentlich auch auf die Stellung von Altar und Kanzel bezieht, die hinter einander in der Mittelachse liegen. Das Schiff, durch eine kleine Vorhalle zugänglich, enthält 261 Sitzplätze, auf einer vom Turm aus zugänglichen Orgelempore an der Eingangs-

seite konnten weitere 72 Sitzplätze aufgeteilt werden. Ein Teil des Schiffes ist unterkellert und enthält hier die Luftheizungs-Anlage. Ein sehr verständiges Wort berichtet die kleine Festschrift zur Einweihung der Kirche über den Aufbau. Manche Stimme der Gemeinde habe sich anfangs gegen den Entwurf ausgesprochen: „Dem Einen war erst der Turm zu klein, dem Anderen das Dach zu groß, der vermißte den „Stil“, jener das eigentlich Kirchenmäßige. Aber je mehr der Bau seinem Ende entgegen ging, je mehr änderten sich die Stimmen



Nach einer Zeichnung von J. Dittel.

zu seinen Gunsten. Auf alle Fälle ist das kleine Gotteshaus in seiner Gesamtwirkung eine stark persönliche Leistung seines Architekten. „Der „Stil“ war uns und ihm Nebensache. Wir wollten überhaupt nicht nach einem Stil bauen, d. h. eine irgend sonstwo stehende Kirche in etwas anderem Maßstab nachahmen“. Was bei solchen Stilbauten herauskomme, sehe man zur Genüge an jenen Dutzendkirchen, wie sie früher zum Schaden des Dorfbildes nur allzu häufig gebaut worden seien, wo eine Kirche, die in entsprechender Umgebung vortrefflich wirkte, in einer anders gearteten Umgebung sich ausnehme wie ein moderner Damenhut auf dem Kopf einer in Odenwälder Tracht gekleideten Bauersfrau. „Mit bescheidenen Mitteln wollten wir bauen, darum schlicht und einfach, aber vor allem unserem Dorfbild angemessen, kein kleines Stadtkirchlein; gleichsam aus dem Boden, auf dem er stand, herausgewachsen

sollte der Bau entstehen, bodenständig und stark, trotzbiend auf seiner Höhe allen Unbilden der Witterung“. Ueberall wurde einheimisches Material von einheimischen Handwerksleuten verwendet. Die Außenseiten bestehen aus Odenwälder Granit, sparsam begleitet von Odenwälder Sandstein für profilierte Arbeit. Giebel und Turm wurden geschindelt, das Dach wurde mit roten Bieberschwänzen gedeckt. Die dadurch hervorgerufene Farbenwirkung paßt sich vorzüglich in das Landschaftsbild ein. Im Sturz über dem Hauptportal soll später ein Flachrelief erscheinen. Das Schiff ist mit einem Moniergewölbe abgedeckt und erreicht 9 m Höhe. Die Gesamtlänge der Kirche beträgt 28 m, ihre Breite 15 m, der Turm ist 26 m hoch. An der Ausmalung des Inneren, die durchaus schlicht gehalten wurde, war Maler H. Nolpa in Bensheim beteiligt. Der Kirchplatz ist mit einer Hainbuchenhecke umgeben. —

Der Kurhaus-Neubau in Baden-Baden.

Da, wo vor nahezu 150 Jahren der erste, dem geselligen Leben der Kurstadt Baden-Baden gewidmete Bau, das Promenadenhaus, erstellt wurde, ist in den letzten 3 1/2 Jahren vom badischen Staat der Neubau des Kurhauses in unmittelbarem Anschluß an den Altbau entstanden. Er fällt äußerlich kaum als Neubau auf, da er aus gewichtigen Gründen der Denkmalpflege und der Pietät genau die Umrisslinie und Formen des alten „Kon-

versationshaus“ genannten Baues, mit dem er äußerlich und innerlich eng zusammenhängt, wiederholt. Dem Neubau fiel der letzte Rest des Promenadenhauses, das vom badischen Baudirektor Weinbrenner in den Jahren 1822 bis 1824 in den damals erstellten Neubau des Konversationshauses einbezogen war, zum Opfer. Im Inneren des Neubaus war eine so weitgehende Rücksichtnahme auf den Altbau weder erwünscht, noch durch die Verhältnisse begründet; für die Innenräume galt darum nur der Grundsatz, Zweckmäßiges, Behagliches und Schönes zu schaffen.

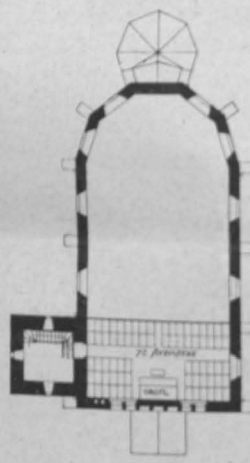
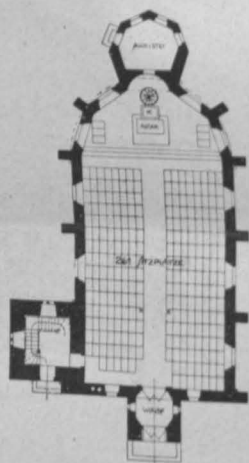
Das Kurhaus enthält nunmehr in jenem Teil, der vom Abbruch verschont blieb, die Gesellschaftsräume, aus welchen die Spielpächter Bénazet und Dupressoir in der Zeit von 1840—1863 mit Spielgeldern Prachtsäle schufen, die an Ueppigkeit in Form und Farbe ihresgleichen suchen; man wird heute hinter den denkbar einfachen Außenseite des Hauses im Inneren solchen Reichtum, ja Luxus nicht vermuten. Was in jenen Jahren mit einem großen Aufwand von Geld geschaffen wurde, ist erhalten geblieben und wird auch fernerhin, so lange als möglich, erhalten bleiben.

Der Neubau vereinigt in sich die Restaurationsräume, Rafflesaal, Weinsaal, Rostraum, Billardzimmer, Wirtschafts-Terrasse im Erd- und

ERDGESCHOSS

EMPORGEHOSS

INTERGESCHOSS



Die Einweihung eines Denkmals für Konrad Wilhelm Hase in Hannover.

Am Sonntag Palmarum hat man in Hannover einen schönen Akt der Liebe und Verehrung eines großen Mannes begangen: Man hat dem Altmeister Konrad Wilhelm Hase ein Denkmal geweiht. Kein Werk landläufiger Form, keines des flachen Durchschnittees, sondern eine inhaltsvolle Arbeit von eigenartiger Prägung und von liebenswürdigem Reiz. Als die Mittagssonne die sturmgepeitschten Aprilwolken auf kurze Augenblicke durchbrach und alles ringsum erhellte, ließ sie auch das eben enthüllte Denkmal, das eine Westfläche des der Stadt Hannover eigenen Künstlerhauses, des ehemaligen Provinzial-Museums, eines trefflichen Werkes des Altmeisters, ziert, in hellem Lichte erglänzen. Mit dem Fallen der Hülle war die Stadt Hannover um ein weiteres Werk bereichert, das in ihrer Kunstgeschichte stets eine Rolle spielen wird. Seine geistvollen, siegreichen Schöpfer sind der Architekt Otto Lüer und der Bildhauer Prof. Karl Gundelach, zwei vornehme Künstlernaturen, denen Hannover schon mehr verdankt, als dieses Denkmal.

Vor einigen Jahren hatten sich Schüler, Freunde und Verehrer Hase's zusammen getan, das persönliche Andenken des Meisters in dauernder Form unabhängig von seinen zahlreichen Werken zu ehren. An ihre Spitze trat der Abt des Klosters Loccum, D. Hartwig, mit Hase noch persönlich befreundet aus der Zeit her, da der Meister Wiederherstellungsarbeiten am Kloster leitete. Mit Beiträgen des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ und des „Bundes deutscher Architekten“

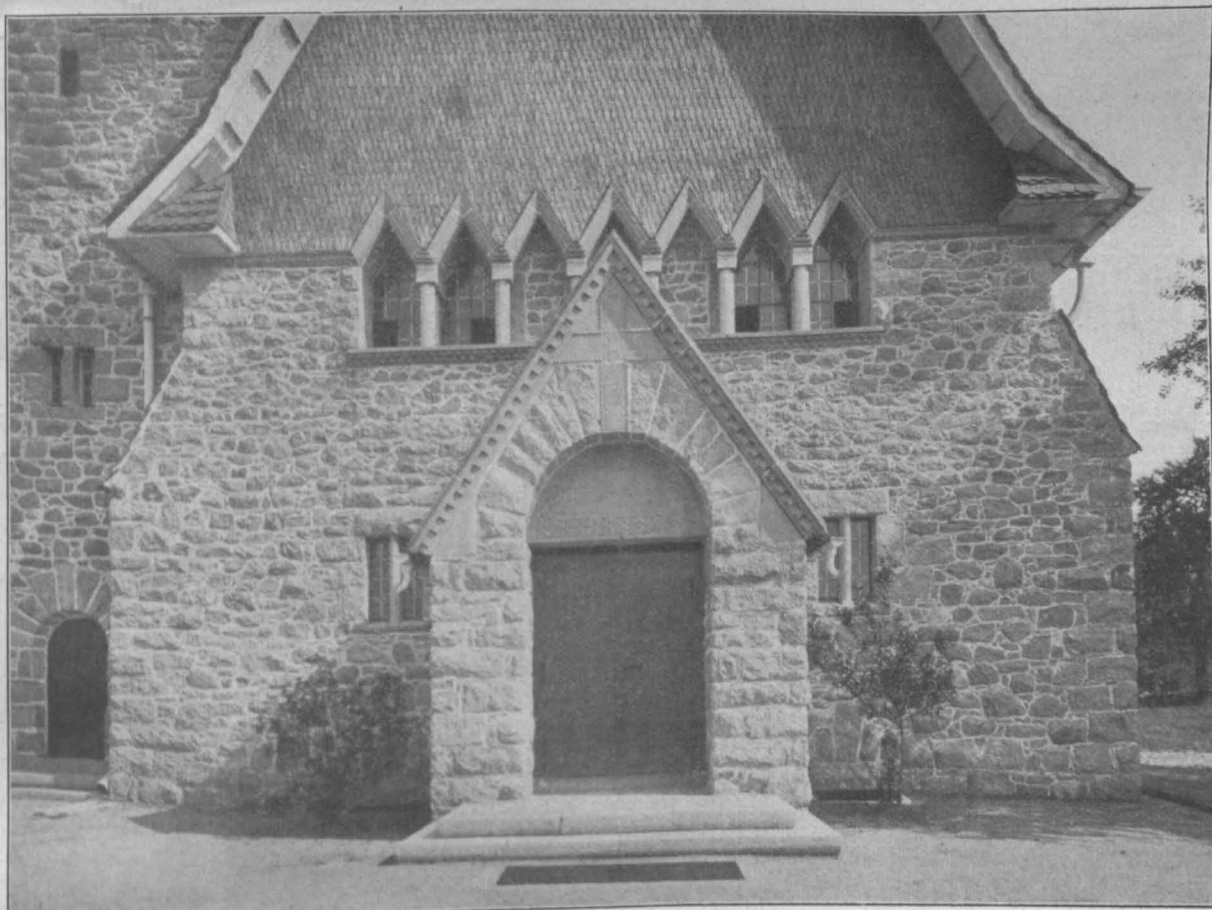
wurde eine Summe zusammen gebracht, welche die Ausführung eines würdigen monumentalen Erinnerungszeichens ermöglichte. Sie erfolgte nach dem aus einem Wettbewerb siegreich hervorgegangenen Entwurf der genannten beiden Künstler. Bei der Enthüllungsfeier war das künstlerische Hannover mit zahlreichen Mitgliedern vertreten und nicht minder zahlreich waren Verwandte, Schüler und Verehrer des Meisters von auswärts zur Feier herbei geeilt, in erster Linie der Schwiegersohn, Geheimer Hofrat Prof. Heinrich Freiherr von Schmidt aus München und 3 Neffen des Meisters aus dem Felde.

Nachdem Otto Lüer namens seines künstlerischen Mitarbeiters und der Werkleute das Denkmal dem Vorsitzenden des Denkmal-Ausschusses, Abt D. Hartwig, übergeben hatte, hielt dieser folgende geistvolle Ansprache:

„Während rings um unser Vaterland ein Weltkrieg ohne Gleichen tobt, vereint uns heute hier ein Werk stiller Pietät, das aber keine Störung weder in unsere ernsten Gedanken, noch in die opferwillige Anspannung unserer Kräfte bringen soll. Es ist ein Werk des Friedens für den Frieden, lange vor Ausbruch des Krieges geplant und bereitet. Als Konrad Wilhelm Hase vor 14 Jahren starb, lag die Erwägung nahe, der bedeutende Altmeister bedürfte keines Denkmals von fremder Hand. Er selbst hatte ja mit so vielen herrlichen kirchlichen und weltlichen Bauten in Stadt und Land auf Jahrhunderte hin sich und seiner Kunst dauernde Denkmale gesetzt. Trotzdem drängte es seine zahlreichen Schüler und Freunde unwiderstehlich, ihm ein einfach schönes Bild an der Stätte seines langjährigen segensreichen Wirkens als ein Wahrzeichen ihrer dankbaren Verehrung zu errichten. Das war verständlich und begründet.“

Obergeschoß, die ausgedehnte Küchenanlage, die Wirts-
Wohnung nebst Schlafräumen für etwa 52 Angestellte
des Wirtes; im ersten Obergeschoß gegen den Kurgar-
ten liegen die geschlossenen Gesellschaftsräume, die

unabhängig vom Kurhaus betreten und benutzt wer-
den können, der Empfangsraum in Tieforange, Herren-
und Damenzimmer in Violett und der Speisesaal in
Weiß und Gold; vom Kurhausplatz abgewendet und in



Vorder- und Chor-Ansicht der Kirche.

Die neue evangelische Kirche in Gadernheim im Odenwald. Arch. Prof. Heinrich Metzendorf in Bensheim an der Berg-Straße.
26. April 1916.

den Umrißlinien von diesem kaum sichtbar, stark in den Berghang eingebaut, der Saalbau, der über die gelbe Marmohr- und das in Grün und Schwarz gehaltene Marmortreppenhaus betreten wird. Hinter einander liegen hier großer und kleiner Konzertsaal; der große mit etwa 850 Sitzen, der kleine mit etwa 260; der kleine mit Bühne und Logen-Einbau kommt für Vorträge, Kammermusik, intimes Theater und nach seiner Lage zur Küche auch als großer Speise-Festsaal bei besonderen Anlässen in Frage; der große mit großer Orgel über der Bühne für große Konzerte, zeitweise auch für Theater-Vorstellungen. Bei besonderen festlichen Anlässen oder bei sehr starkem Besuch können großer und kleiner Konzertsaal dadurch in ein Ganzes vereinigt werden, daß die beide trennende Wand in nahezu voller Breite und voller Höhe mechanisch versenkt wird; durch dieses Einbeziehen des kleinen Konzertsalles in den großen ist die Möglichkeit des Besuches für etwa 1150 Besucher gegeben. Durch reiche Verwendung von Holz, Stoff und Farbe ist den Konzertsälen im Gegensatz zu anderen ein mehr intimer und behaglicher Ausdruck gegeben worden. Aus akustischen Gründen ist die Decke des großen Saales in vollem Umfang durch handdicke Korkplatten verkleidet, die das anderwärts so häufig störend empfundene Zurückwerfen des Schalles von der Decke unmöglich machen. Die Bühne ist in voller Breite und Tiefe staffelförmig verstellbar, um je nach Belieben des Kapellmeisters oder aus anderen Gründen die bei Konzerten Mitwirkenden vor dem Kapellmeister staffelförmig nach oben oder nach unten aufstellen zu können.

Kunst und Kunstgewerbe sind in dem Hause in reichem Maße vertreten; es finden sich Bildhauerwerke von Schreyögg, Taucher und Föhry, Gemälde von Schönleber, Dill, Thoma, Hellweg, Kampmann, v. Volkmann, Bergmann, Nagel, Wallischeck, Göhler, Altherr, Dischler, Dussault und Roman, in den Gesellschaftsräumen Werke der Kleinkunst, Majoliken, Porzellanstücke, Bronzen u. a. m., eine Reihe

von Stichen zeigen Baden und dessen Umgebung in der Darstellung früherer Jahrzehnte. Soweit in den zum Abbruch bestimmten Teilen alte Gemälde oder Einrichtungsgegenstände von Bedeutung sich vorfinden, sind diese in den Neubau übernommen worden und haben dadurch einzelnen Räumen ein besonderes Gepräge gegeben.

Der Entwurf zum Neubau wurde im großh. badischen Ministerium des Inneren durch dessen bautechnischen Referenten, Brt. Prof. A. Stürzenacker in Karlsruhe ausgearbeitet, unter dessen besonderer Leitung auch die Ausführung stand. Als Kosten waren insgesamt 2,5 Mill. M. bewilligt worden, in die sich Staat und Stadt teilten, der Staat als Eigentümer und Erbauer des Hauses mit zwei Dritteln, die Stadt Baden mit Rücksicht darauf, daß ihren Wünschen namentlich in der Größe und Ausdehnung der Konzertsäle in weitgehendem Maße entsprochen wurde, mit einem Drittel der Gesamtkosten. Die vor etwa 3 1/2 Jahren begonnenen Bauarbeiten am Kurhaus sind damit nahezu zum Abschluß gelangt. Weniges fehlt noch, das in Bälde, soweit die Kriegsverhältnisse das gestatten, ebenfalls vollendet sein wird.

Mit der Fertigstellung des Neubaus ist ein Jahrzehnte langer Wunsch der Stadt Baden in Erfüllung gegangen, dessen Berechtigung nach eingehender Prüfung sich weder die Regierung noch die Landstände zu entziehen vermochten; die Stadt Baden ist damit in die Reihe jener Kurorte wie Wiesbaden, Kreuznach, Kissingen eingetreten, deren Bestreben es war, neben den rein kurörtlichen Einrichtungen im Interesse der Gesundheit der Besucher auch eine gesunde Entwicklung des geselligen und künstlerischen Lebens anzustreben.

Die Einweihung des Neubaus erfolgte am 15. April 1916.

Inhalt: Die neue evangelische Kirche in Gaderndorf im Odenwald. — Der Kurhaus-Neubau in Baden-Baden. — Die Einweihung eines Denkmals für Konrad Wilhelm Hase in Hannover. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Konrad Wilhelm Hase's Lebenswerk liegt klar vor aller Augen. Er ist in dieses Werk geradezu hinein gewachsen, und so hat er es mit der ganzen Kraft seiner geistvollen Persönlichkeit erfaßt und bis ans Ende durchgeführt. Nach arbeits- und mühevoller Jugend versuchte er sich zuerst auf einem ihm ferner liegenden Gebiete seiner Kunst. Dann aber wurde ihm die Wiederherstellung der Stiftskirche im Kloster Loccum übertragen, und das führte ihn tief in das Studium der deutschen mittelalterlichen Kunst. Viel hat er schon bei dieser Jugendarbeit gelernt und gewonnen, aber wenn er dann später die Michaelis-Kirche in Hildesheim, die Münster-Kirche in Hameln, die Stiftskirche in Bassum, die Michaelis-Kirche in Lüneburg und das alte Rathaus in Hannover wieder herstellte, so hat ihm das alles einen Reichtum des Verständnisses, eine Wärme künstlerischen Empfindens gegeben, die unvergleichlich waren. So ist er der Meister des romanischen wie des gotischen Baustiles, der begeisterte und begeisternde Lehrer der Baukunst an unserer Technischen Hochschule und der bewährte Kirchenbaumeister unserer hannoverschen Landeskirche geworden. Das sei ihm zum Ruhme gesagt.

Hase ist noch in den Tagen Goethe's geboren. Er war fast 14 Jahre alt, als Goethe starb. Damals herrschte ein anderes Urteil über die Wissenschaft und die Kunst des Mittelalters als jetzt. Der Klassizismus schätzte beide gering, die Romantik schwärmte in unklarer Weise für sie. Jetzt, nach gründlicher Erforschung, wissen wir sie gerechter und wahr einzuschätzen. Das Mittelalter war die Zeit des aufstrebenden germanischen Wesens, ein kräftiges Ergreifen und Weiterführen der alten Kultur, eine gesunde Entwicklung von Kunst und Wissenschaft, die weder übersehen noch ausgelöscht werden kann. Und Hase's Verdienst ist es, das klar erkannt, es kräftig vertreten und festgelegt zu haben, daß wahres Fortschreiten auch in der Kunst nicht durch willkürliche Einfälle, sondern nur auf geschichtlichem Weg durch freies und geistvolles Fortbauen auf geschichtlich gefestigtem Grunde erreicht werden kann. So wirkt er auch jetzt noch in seiner Schule fort, die in seinem Sinne deutsche Kunst pflegt, und sein Andenken wird darum bei uns allezeit in Ehren und Segen sein.

Nachdem Redner das Denkmal einem Vertreter der Stadt Hannover in deren Obhut übergeben hatte, erfolgten zahlreiche Kranz-Niederlegungen, unter ihnen der kgl. Akademien des Bauwesens und der Künste in Berlin, der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien, des Landes-Konsistoriums von Hannover, des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ und des „Bundes

Deutscher Architekten“, der Technischen Hochschule in Hannover, der Bauhütten von Hannover und Hamburg usw.

Nach der Enthüllungsfeier vor dem Künstlerhaus setzte sich die Feierlichkeit in diesem fort. Bildete die Rede des Abtes von Loccum den Höhepunkt draußen, so fand die weihevollste Stimmung, die über der ganzen Veranstaltung lag, ihren Höhepunkt drinnen in der ausgezeichneten Gedächtnisrede, die Konsistorial-Baumeister, Geheimer Baurat Prof. K. Mohrmann seinem großen Vorgänger im Amte hielt. Er gab zunächst in kurzen Umrissen ein Lebensbild Hase's, schilderte dessen Lehr- und Wanderjahre, verbreitete sich über die Grundsätze, die seine Werke beherrschen und machte zum Schluß Ausführungen über den Einfluß und die Nachwirkung, welche die künstlerische Tätigkeit des Meisters auf die Entwicklung der deutschen Baukunst nach dem großen Krieg haben werden. Die ganz vortrefflichen Darlegungen wurden durch reichen Beifall ausgezeichnet, der sich auch auf den kgl. Kammersänger Brune erstreckte, der mit dem schönen Liede an die Kunst von Franz Schubert diesen Teil der Feier harmonisch beschloß.

Ihm folgte als zweiter Teil ein festliches Mahl, das der Künstlerverein zu Hannover den Teilnehmern an der Enthüllungsfeier bereitet hatte. Dieses leitete als Vorsitzender des Vereins Hr. Geh. Baurat Prof. Dr. Albrecht Haupt, der es wohl verstand, auch dem Mahl die festlich gehobene Stimmung der Enthüllungsfeier zu verleihen. Das Mahl war in reichem Maße durch Reden und künstlerische Vorträge gewürzt. Aus ersteren seien hervorgehoben Ansprachen des Prof. Heinr. Freiherrn v. Schmidt, der im Namen der Familie Hase allen dankte, die zu dem Zustandekommen des Denkmals beigetragen haben, insbesondere aber den beiden Künstlern, die das Werk so kunstvoll bereitet; ferner des Oberbürgermeisters a. D. von Hildesheim Struckmann, der als 80-jähriger mit jugendlichem Feuer dem großen Ehrenbürger Hildesheims huldigte und seine künstlerischen Grundsätze im Lichte der Kunstübung der Gegenwart besprach. Eine engere Gruppe der Festteilnehmer vereinigte sich am Abend in den Räumen der hannoverschen „Bauhütte zum weißen Blatt“, die, auf Hase zurückgehend, Schüler und Verehrer des Meisters noch heute freundschaftlich umschließt.

So fand die schöne Feier, die fürsorglich bereitet war und in seltener Harmonie verlief, einen Abschluß, der im Sinne des lebensfrohen Meisters, dem sie galt, gelegen war. Wenn es noch einer Bekräftigung seiner Unsterblichkeit bedürfte, in Hannover war sie am Palmsonntag des Jahres 1916 gegeben. —

— H. —



NEUER OSTFRIEDHOF IN INNSBRUCK-
 PRADL * ARCHITEKT: STADT-OBER-
 BAURAT E. KLINGLER IN INNSBRUCK.
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 ** 50. JAHRGANG 1916. * NO. 35. *



Ansicht der Baugruppe von Süden, gegen das Gräberfeld.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

50. JAHRGANG. № 35. BERLIN, DEN 29. APRIL 1916.

Neuer Ostfriedhof in Innsbruck-Pradl.

Architekt: Stadtbaurat Ober-Baurat E. Klingler in Innsbruck.

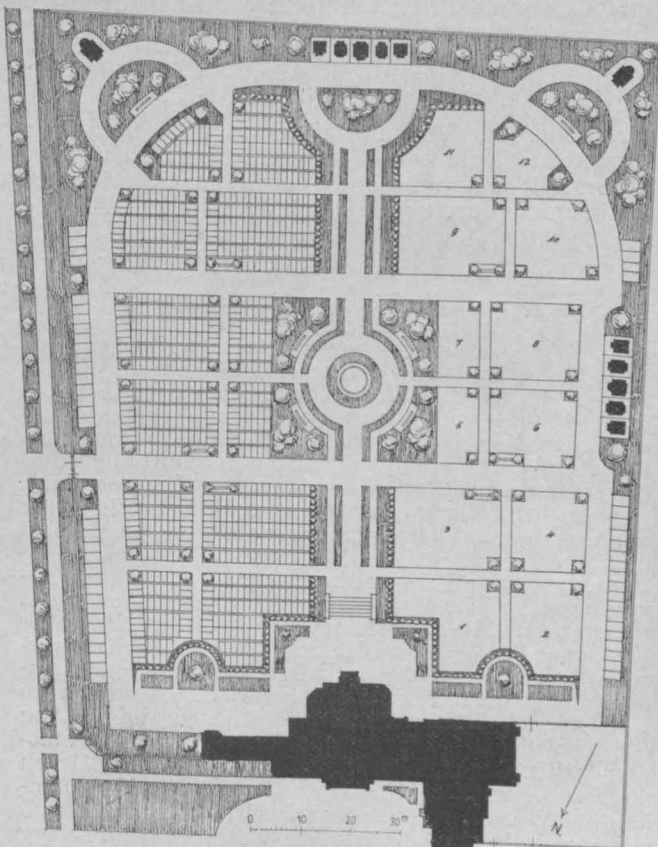
Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 183, 184 und 185.



Die Eingemeindung des Vorortes Pradl im Jahre 1904 veranlaßte in Innsbruck eine große Vermehrung der Wohnstätten und damit die Zunahme der Bevölkerung. Für dieses bisher fast ausschließlich ländlich bebaute Gebiet von 380 ha, von denen nur 15 ha bebaut waren, wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, welcher eine dichte Bebauung und ein enges Zusammenwohnen vermied; es wurde der größte Teil des Gebietes für „offene Bauweise“ und Landhausbau bestimmt und für die in „geschlossener Bauweise“ zu bebauenden Teile eine entsprechende Staffelung vorgeschrieben. Dessen ungeachtet wird die Bebauung des Gebietes eine Vermehrung der gegenwärtigen Einwohnerzahl Innsbrucks von 65000 zur Folge haben, die nahe der Verdoppelung gleichkommen wird. Für dieses anwachsende Gebiet und dessen Bevölkerung mußten neue Schulen, Volksbäder und sonstige öffentliche Bauten errichtet, es mußten Straßen angelegt und verbunden, das Netz der Straßenbahnen mußte erweitert werden usw.

Es ergab sich schon im ersten Jahrzehnt ein Anwachsen der Todesfälle und, da der bisherige Ortsfriedhof fast gänzlich belegt war, die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Friedhofes. Es entstanden nun verschiedene Meinungen über die Art, wie dieser Friedhof anzulegen sei. Der Platz ergab sich durch die Verkehrsverhältnisse nahezu von selbst; er entsprach auch allen Anforderungen in gesundheitlicher Beziehung und zeichnete sich besonders durch seine schöne landschaftliche Lage aus. Mitten im fruchtbaren Gelände, der ansteigenden Waldzone nahe, bietet der Platz den Blick auf die prächtigen Linien der nördlichen und südöstlichen Gebirgsgruppen und östlich auf das Dorf Ambras, gekrönt vom weitbekannten Schloß.

Diese Platzwahl forderte zu einer freieren, in die Landschaft sich einfügenden Anlage auf. Die streng symmetrische Anordnung, wie sie die anderen Friedhöfe von Innsbruck aufweisen, mit vollständig regelmäßiger Einteilung des von Arkaden umgebenen Grabfeldes, die den italienischen Einfluß verrät, konnte in diesem Fall nicht befriedigen, andererseits



war eine zwanglose Anlage, wie sie etwa ein Wald-Friedhof aufweist, trotzdem der Wald nahe liegt, nicht zu erreichen, weil das Gelände doch noch zu hoch im Preis stand, als daß nicht mit dem Ausmaß hätte gespart werden müssen, wie es die Stadtvertretung verlangte. So ergab sich die Aufgabe, die regelmäßige Anordnung des Leichenfeldes durch reichliche Bepflanzung und verschiedene Grasflächen und Baumgruppen zu beleben, sowie die Gebäude frei zu gruppieren; ferner, die im Grundriß gegebene Möglichkeit einer bewegten Umrißlinie auszunützen und so die ganze Anlage möglichst in die landschaftliche Umgebung einzupassen.

Das Friedhoffeld wurde etwa 1 m tiefer, im natürlichen Gelände belassen, sodaß die Gebäudegruppe auf einem erhöhten Vorplatz steht, von welchem eine grüne Böschung und große Freitreppe hinabführt. Im übrigen wurde eine Abwechselung und malerische Wirkung durch verschiedenartige Anordnung der Grabstellen erstrebt; so gibt es größere Randgräber insbesondere an der östlichen Mauer; für kapellenartige größere Familiengrabstätten (Erbgräbnisse) wurden besonders schön gelegene Stellen vorbehalten; es wurden mannigfaltige Pflanzungen in Reihen und Gruppen sowie Sitzplätze angeordnet; ein großer Mittelplatz (32:34 m) mit Brunnenbecken bietet Gelegenheit zu gärtnerischer Entfaltung. Auch der äußere Vorplatz und ein Streifen längs der Straße östlich wurden mit reichlicher Bepflanzung versehen.

Die Gebäudegruppe gliedert sich in 3 Teile: Die Einsegnungshalle mit den umgebenden, gewölbten Hallen und Arkaden, das Leichenhaus und das Dienstgebäude; es läßt die äußere Gestalt deutlich die Teile und ihre Bestimmung erkennen. Die Einsegnungshalle erhielt bescheidene Abmessungen, etwa 100 qm ohne die seitliche Erweiterung. Bei größerer Anzahl von Leidtragenden bieten jedoch die umgebenden gewölbten Hallen ausreichend Raum und ermöglichen bei offenen Türen der Halle die Anteilnahme an der Feier. Diese Anordnung ist wegen der geringen Höhe der umgebenden Hallen gegenüber jener, welche eine große Halle erhalten müßte, weit sparsamer. Der Einsegnungsraum ist noch durch eine Empore seitlich und rückwärts erweitert; hier findet ein Sängerkhor bequemen Platz und es ist die Aufstellung einer kleinen Orgel in Aussicht genommen.

Das Innere der Halle, welche durch eine Apside die Richtung erhält, ist etwas reicher, zumteil in edlem polierten Material ausgestattet; solches fand auch für Pfeiler der Vorhalle Verwendung. Die Decke besteht aus Holz und ist kassettiert und leicht polychromiert; einen besonderen Schmuck wird die Halle noch durch Wandgemälde erhalten. An die

Halle schließen sich, wie üblich, Räume für den Priester und die Angehörigen an.

Das Leichenhaus weist die gewöhnliche dreiteilige Anordnung auf, mit Besichtigungsgang und Einbringungsgang. Die Räume empfangen reichlich Licht von den Seiten des hochgeführten mittleren Teiles. Die Uebertragung der Särge aus dem Leichenhaus in die Einsegnungshalle ist auf kürzestem Weg möglich. Anschließend — aber doch getrennt — ist eine Isolier-Aufbahrungszelle für an infektiösen Krankheiten Verstorbene angeordnet; endlich ist ein Zimmer für den Arzt (Sezier- und Waschräum) beigegeben. An dieser Seite ist auch die Möglichkeit für eine Vergrößerung vorhanden. Das Leichenhaus ist heizbar, von dem Einbau einer Kühlanlage wurde jedoch vorerst abgesehen, doch ist der Raum hierfür vorgesehen.

Ein kleiner Turm, der aus diesem Bauteil aufsteigt, enthält einen Geräteraum und eine kleine Glockenstube für 2 Glocken und das Uhrwerk. Die Einbringung der Leichen erfolgt von dem westlich gelegenen Hof, der besonders eingefriedet ist.

An das Leichenhaus angebaut ist das Haus für den Friedhofwärter, das eine kleine Wohnung für diesen und einen Amtsraum enthält; im ausgebauten Dachgeschoß ist eine zweite kleine Wohnung für den Gehilfen vorgesehen. An leicht ersichtlicher Stelle, doch gut gedeckt und zu überwachen, befindet sich eine öffentliche Klosettgruppe. Die Räume des Wohnhauses sind vom Leichenhaus vollständig getrennt; eine Verbindung besteht nur durch eine sonst versperrte Tür und durch die übliche Klingelanlage für den Notfall.

Die Dachräume sind leicht zugänglich; es führt von der Empore eine Wendeltreppe, die auch als Motiv im Äußeren in die Erscheinung tritt, in den Dachraum der Einsegnungshalle und zum Dachreiter derselben, der als Dunstabzug dient. Der Dachraum des Leichenhauses ist vom Turm aus zugänglich.

An der Ostseite der gewölbten Hallen sind Arkaden — vorerst nur 4 — mit Gruftnischen ausgebaut; die Reihe wird nach Bedarf bis zur Ostecke fortgeführt; auch unter der Vorhalle sind 2 Gewölbefelder mit Gruftnischen ausgebaut und als Ehrengräber gewidmet.

Von der sonst üblichen Aufstellung eines Kreuzes im Friedhoffelde wurde Umgang genommen und dafür an der Südseite der Einsegnungshalle an einer das Friedhoffeld beherrschenden Stelle ein Ausbau geschaffen, welcher zur Aufstellung einer Pietä-Gruppe bestimmt ist.

Der Entwurf wurde im Stadtbauamt Innsbruck unter der Leitung des Stadtbaurates Architekt E. Klingler ausgearbeitet und es erfolgte auch die Ausführung unter dessen Ober-Leitung. —

Die Verringerung der Krankenhaus-Baukosten.¹⁾

Durch die Fürsorge für die unvermeidlichen Folgen des Krieges werden wir uns zu beschleunigter und verstärkter Krankenhaus-Bautätigkeit veranlaßt sehen. Die Kosten haben — abgesehen von sonstigen Ursachen — von Jahr zu Jahr schon durch die Steigerung der Materialpreise und Löhne zugenommen. Diese sind jetzt gewaltig in die Höhe geschneit und werden schwerlich wieder auf den Stand vor Kriegsausbruch zurückgehen. Wir müssen daher noch mehr als früher auf Verringerung der Krankenhaus-Baukosten Bedacht nehmen.

Im Jahr vor Kriegsausbruch setzte eine starke Bewegung gegen die Verteuerung der Krankenhäuser ein. Parlament und Presse befaßten sich damit. Im November 1913 ersuchte der preuß. Minister des Inneren die Regierungs-Präsidenten, auf einfache Bauausführung und Innenausstattung hinzuwirken; er verwies dabei auf den im Krankenhaus-Jahrbuch 1913 erschienenen Aufsatz von Krohne über „Die zunehmende Verteuerung unserer modernen Krankenanstalten und deren Ursachen“. Gegen die Grundlagen dieser Schrift wandte sich eine Versammlung von Vertretern deutscher Großstädte in Berlin, sah sich aber doch veranlaßt, eine Kommission mit der Prüfung

der üblichen Programme für die großstädtischen Krankenhäuser sowie ihrer Bau- und Betriebskosten zu beauftragen. Ich habe damals in meiner Abhandlung über „Die Verteuerung der Krankenhäuser“²⁾ zwar ebenfalls die Gefahr einer mißbräuchlichen Benutzung des in der Krohne'schen Schrift enthaltenen statistischen Materiales betont, aber auch die großen Verdienste dieser Arbeit eingehend nachgewiesen. Eine weitere Klärung der Frage brachte die im Juni 1914 im Ministerium des Inneren in Berlin erfolgte Aussprache über praktische Maßnahmen zur Verbilligung der Krankenhausbauten, an der eine größere Anzahl von Krankenhaus-Ärzten, Medizinal-Beamten, Verwaltungs-Direktoren und Architekten dieses Gebietes teilnahmen.

Bekanntlich werden die Krankenhaus-Baukosten durchschnittlich „für ein Bett“ berechnet. Was kostet heute ein Bett? Die Antwort wird wenig befriedigen. Die Kosten schwanken zwischen den äußersten Grenzen von 3000 und 15000 M. Die Anforderungen sind bei den

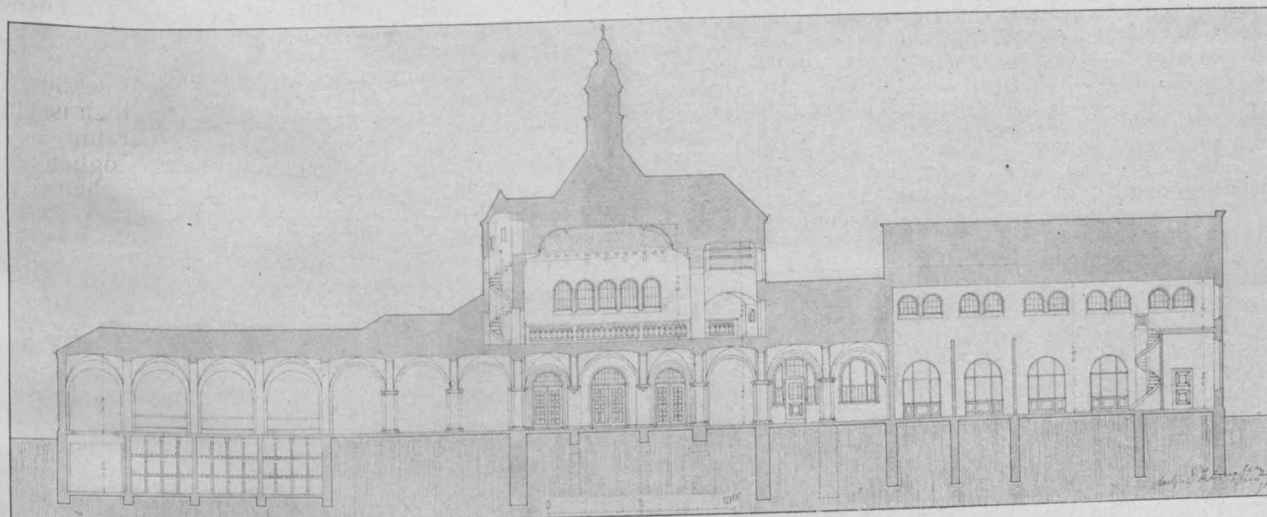
¹⁾ (Auszug aus einem Bericht des Stadtbaurates a. D. Spiller, leit. Baubeamten des Oberschlesischen Knappschaftsvereins in Tarnowitz, bei der General-Versammlung des Allg. deutschen Knappschaftsverbandes in München am 28. Sept. 1915.)

²⁾ Zeitschrift für Krankenanstalten 1914, Heft 14/15.

einzelnen Arten von Krankenanstalten so grundverschieden und wechseln derartig nach den örtlichen und anderen Verhältnissen, daß es unmöglich ist, auf Grund statistischen Zahlenmaterials ausschließlich nach der Bettenzahl angemessene Durchschnittssätze zu ermitteln.

Lassen sich nun wirklich beim Krankenhausbau ohne Beeinträchtigung der hygienischen Bedürfnisse hohe Be-

Luegers starker Wille habe durchgesetzt, was damals mehr als einem Fachmann unmöglich erschienen sei. Der später genehmigte neue Entwurf habe bei ebenfalls ungefähr 1000 Betten ein Kostenerfordernis von 10983012 Kronen 42 Heller aufgewiesen! Diese außerordentliche Herabminderung der Kosten gelang durch Zusammenfassung der vorgesehenen 9 Krankenabteilungen in drei

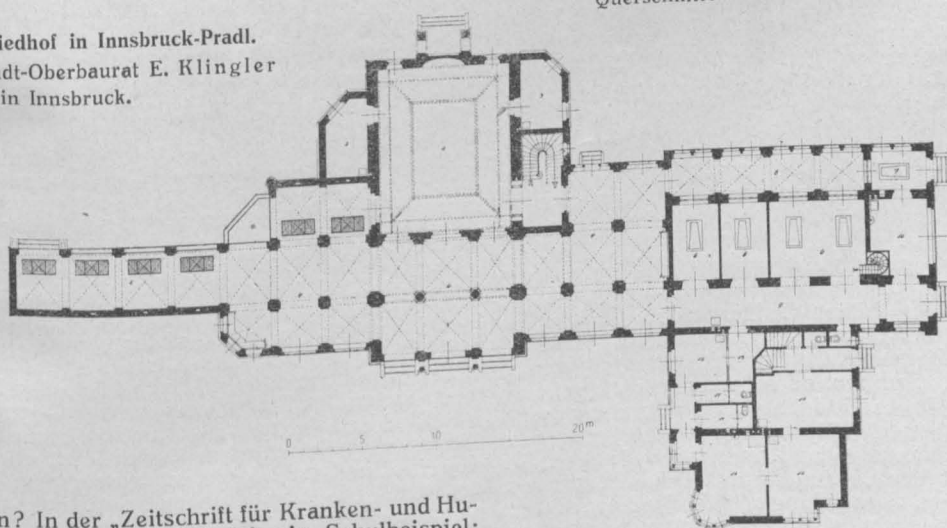


Längsschnitt.



Querschnitte.

Neuer Ostfriedhof in Innsbruck-Pradl.
Architekt: Stadt-Oberbaurat E. Klingler
in Innsbruck.



träge ersparen? In der „Zeitschrift für Kranken- und Humanitätsanstalten“ 1913³⁾ findet sich ein Schulbeispiel: Anfangs 1909 habe man Bürgermeister Lueger in Wien gemeldet, daß das Kaiser-Jubiläumsspital nach den Kostenanschlägen nicht 11 sondern 16 Millionen kosten werde. Einige Tage später sei im Rauchzimmer des Bürgermeisters ein fürchterliches Gewitter niedergegangen. Und

umfangreicheren Gebäuden unter Verzicht auf das Pavillon-system, durch Anordnung von großen Krankensälen, Unterbringung der Zentral-Badeanlage im Sockelgeschoß statt in einem selbständigen Badehaus, Fortfall eines besonderen Gebäudes für das Röntgen-Institut und die Apotheke, Beschränkung der Wohngebäude für Aerzte,

³⁾ „Die Bau- und Einrichtungskosten eines modernen Krankenhauses und ihre Verbilligung“, Sonderabdruck im Verlag von Fr. Troger in Troppau.

Beamte und Diener und ähnliches, also durchweg durch Vereinfachung des Bauprogrammes!

Es ist selbstverständlich ein großer Unterschied, ob eine Krankenanstalt aus einer größeren Anzahl einzelner, weit über das ganze Gelände verstreuter kleinerer Pavillons oder aus einem oder wenigen hohen Gebäuden besteht. Die Unterbringung der Kranken in mehreren Geschossen bietet heute keine Schwierigkeiten, da der Verkehr zwischen ihnen durch geräumige, leicht zu bedienende Aufzüge vermittelt wird. Bei der Besprechung im Ministerium des Inneren in Berlin wurde trotzdem empfohlen, sich im allgemeinen mit 2 Geschossen und Einheitsbauten bis 150, allenfalls 200 Betten zu begnügen. Die hygienischen Verhältnisse in den Krankenhäusern sind aber heute so vorzügliche, daß man m.E. unbedenklich darüber hinausgehen kann, wenn gegen die Schallübertragung Vorkehrungen getroffen werden.

Die früher üblichen eingeschossigen Pavillons enthielten nur große Säle und wenige Einzelzimmer. All-

mählich verfiel man auf das Gegenteil. In einigen der neuesten Kranken-Anstalten wurden Räume mit mehr als 12 Betten grundsätzlich vermieden und möglichst viele kleine Zimmer angelegt. Bei der Beratung in Berlin wurde die Notwendigkeit größerer Säle für etwa die Hälfte der Belegung allgemein anerkannt, jedoch die Belegung mit 20 Kranken als wünschenswerte Grenze angesehen. In Knappschafts-Lazaretten sind Beruf und Lebens-Gewohnheiten der Kranken gleichartig. Auch ist vielfach ein verhältnismäßig größerer Teil Leichtkranker vorhanden. Wir bringen daher etwa 60—65% der Kranken in Sälen von 20—30 Betten unter. Nach Versicherung einzelner Aerzte werden die Säle von den Kranken bevorzugt. Wenn in einem unserer Lazarette der zweite Flügel mit den drei großen Sälen nicht noch angebaut und die Anzahl der Saalbetten dadurch von etwa 45% auf 65%

erhöht worden wäre, hätten die Durchschnittskosten für jedes Bett nicht 4070, sondern 5160 M., also über 25% mehr betragen! Bei der Aufstellung des Bauprogrammes ist daher reiflich zu prüfen, ob sich nicht durch größere Säle die Korridorlängen und dadurch die Baukosten wesentlich verringern lassen. Mitbestimmend ist hierbei, wie auch bei der Bemessung der Kranken-Abteilungen, die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Personales.

Weiter sind die Vermeidung nicht unbedingt nötiger Nebengebäude und die möglichste Ausnutzung der Unter- und Dachgeschosse von Wichtigkeit. Wir bringen Laboratorien, Zentral-Badeanstalten mit allen Nebenräumen, mediko-mechanische Institute, Räume für die Krankenkleider unmittelbar unter der Aufnahme, Dunkelkammern unter den Röntgenzimmern, mit diesen durch kleine Treppen verbunden, große Speisesäle für alle nicht bettlägerigen Kranken mit besonderen in der Nähe der Kochküchen liegenden Zugängen (eine bei unseren neueren

Anstalten vorzüglich bewährte Einrichtung) und die Luftkammern für die Krankensäle in Untergeschossen unter. Selbstverständlich müssen die zahlreichen Heizungs-, Dampf- und Warmwasser-Versorgungs-Leitungen zur Verhütung einer Verunstaltung der Räume mit besonderer Sorgfalt verlegt werden. Die ganz oder teilweise ausgebauten Dachgeschosse bieten Platz für Personal- oder Assistenzarzt-Wohnungen und Magazine zur Aufbewahrung von Krankenbedarfs-Gegenständen aller Art, stellenweise sogar auch für Leichtkranke.

Noch wesentlicher ist die richtige Bemessung der Anzahl und Größe der Nebenräume (Tageräume, Aborte, Bade- und Waschräume, Schwestern- und Wärterzimmer, Anrichten usw.). Ihr Umfang steht oft in gar keinem Verhältnis zu der Fläche der eigentlichen Krankenräume.

Auch durch geringere Geschosshöhen lassen sich Ersparnisse erzielen. Früher fand man oft Höhen von 5 m und mehr. Heute begnügt man sich mit der völlig aus-

reichenden lichten Höhe von 4 m bis 4,20 m. Wir verwenden auch bei Sälen mit 30 Betten das letztgenannte Maß und verhüten den Eindruck zu geringer Höhe bei Sälen von 9 m und mehr Breite durch Aufstellung umkleideter Stützen mit Deckenunterzügen und bei schmalen langgestreckten Sälen durch Bogen-Einstellungen, die zugleich auch zur Aufnahme der Lüftungskanäle dienen.

Schließlich sind noch im Bauprogramm bei Krankenhäusern, die nicht zugleich Lehr-Anstalten sind, die mehr wissenschaftlichen Zwecken dienenden Anlagen nach Möglichkeit zu beschränken. Landes-Oberbrt. Müller in Troppau hat in der „Zeitschrift für Kranken- und Humanitätsanstalten“ 1913 darauf hingewiesen, daß bei reinen Humanitätsanstalten, deren erster Zweck sei, das für Staat und Gesellschaft kostbarste Kapital „Mensch“ rasch und mit dem geringsten Kosten-Aufwand wieder leistungsfähig zu machen, bei denen also der Kranke

die Hauptsache sei und der behandelnde Arzt mit seinem Wissensdrang in zweiter Linie stehe, die Kostenfrage eine wesentliche Rolle spielen müsse; man habe verlernt, auch humanitäre Fragen volkswirtschaftlich zu behandeln.

Die Vereinfachung des Bauprogrammes hat erst dann einen vollen Erfolg, wenn der Entwurf mit dem nötigen Geschick und der erforderlichen Sparsamkeit ausgearbeitet wird. Die Abmessungen der Krankenräume liegen durch die behördlichen Vorschriften fest. Es kommt bei einer zweckmäßigen Grundrißlösung darauf an, unter strenger Beachtung aller hygienischen Grundsätze, der Betriebs-Rücksichten und der baupolizeilichen Bestimmungen Säle, Krankenzimmer, Treppen und Nebenräume so zu gruppieren, daß die Anzahl der Treppen sowie die Flächen der Flure, Gänge und Nebenräume nur das Mindestmaß erhalten. Bei der seit 1911 erlassenen Bestimmung, daß Gänge, an denen Krankenräume liegen, nur einseitig angeordnet und daß an der den Krankenräumen



* Ansicht des Haupteinganges zur Einsegnungshalle. Neuer Ostfriedhof in Innsbruck-Pradl. Arch.: Stadt-Oberbaurat E. Klingler in Innsbruck.

gegenüber liegenden Seite Nebenräume nur bis zur Hälfte des Ganges angelegt werden dürfen, erfordert es schon eine erhöhte Kunstfertigkeit, mit einer nicht wesentlich größeren Korridorlänge als früher auszukommen. Man hilft sich vielfach durch Ausnutzung von Korridor-Erweiterungen zu Tagräumen. Unzweckmäßig ist es, wenn die Säle besondere, nicht von den Hauptgängen aus zugängliche Nebenräume erhalten, die dann der Kranken-

Daß sich auch bei der Ausführung viel sparen läßt, liegt auf der Hand. An Konstruktionen und Materialien ist das zweckmäßigste und preiswerteste zu wählen. Die Wandstärken sind auf das genaueste zu bemessen; 38 cm starke Teilungswände, wie ich sie in einem Krankenhaus zwischen allen Räumen beobachtete, können an vielen Stellen durch 12cm starke Wände aus rheinischen Schwemmsteinen oder ähnlichem schallsicheren Material ersetzt



Vorhalle vor der Einsegnungshalle.



Inneres der Einsegnungshalle mit Blick gegen die Empore.

Neuer Ost-Friedhof in Innsbruck-Pradl.
Architekt: Stadt-Oberbaurat E. Klingler in Innsbruck.

Zimmer wegen nochmals wiederholt werden müssen, so daß doppelte Nebenräume entstehen.

Der Einfluß der Fassaden auf die Höhe der Baukosten wird überschätzt. Selbstverständlich soll ein Krankenhaus kein Prunkgegenstand sein. Die Ueberladung der Fassaden mit Schmuck und reichen Vor- und Aufbauten entspricht ohnehin nicht unserer heutigen Geschmacksrichtung. Ein vornehmes und schlichtes Äußere ist bei einer Krankenanstalt besonders angebracht.

werden. Bei der inneren Ausstattung ist jeglicher Aufwand zu vermeiden. Die Grenzen zwischen dem Notwendigen, dem Wünschenswerten und dem Ueberflüssigen sind allerdings schwer zu ziehen. Zweifellos berechtigt sind alle einmaligen Mehrausgaben, die durch verminderte Unterhaltungskosten ausgeglichen werden.

Vor allem überstürze man den Beginn der Arbeiten nicht, sondern lasse dem Architekten hinreichend Zeit zu sorgfältiger Durcharbeitung des Entwurfes. Je gründlicher

diese erfolgt, um so schneller kann die Bauausführung vor sich gehen, wodurch an Zinsen gespart wird; um so eher sind auch nachträgliche teure Änderungen zu vermeiden. Stemmarbeiten kosten viel Geld. Daher müssen auch sämtliche Pläne für die Heizung, Warmwasser-Versorgung, Be- und Entwässerung und die elektrische Anlage vor Beginn der Ausführung reichlich durchdacht und festgelegt werden, um die erforderlichen Oeffnungen für die Durchführung der Leitungen aussparen zu können.

Aus allem, was über die Mittel zur Verringerung der Krankenhaus-Baukosten gesagt wurde, dürfte klar hervorgehen, daß zu ihrer Anwendung reiche Erfahrung auf dem Krankenhaus-Gebiet und auch genaue Kenntnis des Krankenhaus-Betriebes unerlässlich sind. K. k. Baurat Setz sagt im Schlußwort zu den erwähnten Aufsätzen in der „Zeitschrift für Kranken- und Humanitäts-Anstalten“: „Allen Meinungsäußerungen ist somit das eine gemeinsam, daß die richtige Wahl des projektierenden Architekten in erster Linie ausschlaggebend ist für die Verbilligung der Krankenhaus-Baukosten.“

Daß der Oberschlesische Knappschaftsverein, wie Krohne in seiner Schrift über „die zunehmende Verteuerung der modernen Kranken-Anstalten“ sagt, „sehr billig und hervorragend preiswert“ baut, hat seinen besonderen Grund darin, daß dort ständig Krankenhaus-Neu- und Erweiterungsbauten ausgeführt werden. Umfangreichere Lieferungs-Abschlüsse und sorgfältige Ausnutzung aller günstigen und ungünstigen Erfahrungen kommen dabei zugute. Diese Vorteile wären vielfach durch Zusammenschluß zu Zweckverbänden zu gemeinsamer Errichtung und Verwaltung von Lazaretten zu erzielen!

Die erneuten Bestrebungen, durch Ausführung beson-

derer Anstalten oder Gebäude für Leichtkranke, Genesende und Sieche eine Verringerung der Krankenhaus-Baukosten herbeizuführen, befinden sich noch in der Entwicklung. Ich glaube, daß ein abschließendes Urteil hierüber noch nicht zu fällen ist, eine nennenswerte Verbilligung wohl aber erst dann eintreten wird, wenn hierfür andere Bestimmungen erlassen werden.

Im Allgemeinen kann man nicht behaupten, daß für die eigentlichen Krankenhäuser die preußischen behördlichen Vorschriften vom Jahre 1911 zu weit gehen, sofern von der vorgesehenen Dispens-Möglichkeit bei einzelnen Bestimmungen dort, wo es unbedenklich geschehen kann, vernünftiger Gebrauch gemacht wird. Die Tagräume fallen nicht zu groß aus, seitdem nach dem neuen Ministerial-Erlaß nur für Nichtbettlägerige je 2^{qm} anzunehmen sind. Nur durch die bereits besprochene einseitige Anlegung der Gänge, von denen Krankenzimmer zugänglich sind, wird eine Verteuerung veranlaßt; die früheren oft völlig ungenügend belichteten Gänge waren aber auch ein arger Mißstand. Trotz der fehlenden Dispens-Möglichkeit sind Erleichterungen auch hier dadurch angängig, daß Flurerweiterungen nicht unter diese Bestimmung fallen.

Auf eine Verringerung der Baukosten wird man natürlich nur hinarbeiten, wenn von vornherein feststeht, daß der geplante Entwurf zu hohe Mittel beansprucht. Es ist daher ein folgenschwerer Mißgriff, die Baukosten zu gering zu veranschlagen.

Zu berücksichtigen ist schließlich, daß eine unzumutbare und zu teure Anlage infolge Verzinsung einer größeren Bausumme, kostspieligerer Unterhaltung und Vermehrung des Personals auch höhere Betriebskosten nach sich zieht. —

Der Sonnenzeitplan des Architekten.

Von Bauinspektor A. Burchard in Hamburg.

Wie wichtig die Stellung eines Bauwerkes in der gemäßigten Zone zu den Himmelsrichtungen ist, weiß jeder Architekt. Ein Raum, der zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt ist, soll möglichst ein gewisses Maß von Sonnenschein, je nach dem Klima, erhalten; manche Räume dagegen vertragen keinen Sonnenschein, ihre Fenster sollen wohl Lichtstrahlen, aber keine direkten Sonnenstrahlen durchlassen. Häufig wird aber bei dem Entwurf von Gebäuden auf die Verhältnisse der Sonnenbestrahlung nicht genügend Rücksicht genommen. In den Großstädten entstehen noch Tag für Tag Wohnungen, in denen nicht ein einziger Raum jemals Sonnenbestrahlung erhält. Forscht man der Ursache nach, so liegt selten ein Zwang der Verhältnisse vor, die Berücksichtigung der Sonnenbestrahlung erscheint aber auf den ersten Blick sehr schwierig. Die mathematischen Formeln der Sonnenstellungen sind sehr unhandlich, da 3 Bestimmende auf-

Das Verfahren setzt das Vorhandensein besonderer Sonnenzeitpläne voraus, die für die einzelnen geographischen Breiten verschieden sind. Der Verfasser hat für verschiedene Breiten solche Pläne ausgearbeitet und wird sie vervielfältigen lassen. Der Plan stellt eine Zeitübersicht des Jahres dar, in der bestimmte Jahrestage als Kurven, die Stunden aber (wahre Ortszeit) durch diese querende Gerade dargestellt sind, sodaß jeder Punkt in dem Zeitplan einen bestimmten Zeitpunkt im Jahr bedeutet — oder genauer zwei bestimmte Zeitpunkte, da sich die Sonnenstellungen zweimal im Jahr wiederholen. Errichtet man in einem Punkte des Planes ein Lot von der Höhe der Längeneinheit des Planes und verbindet den Endpunkt des Lotes mit einem als Beobachtungspunkt auf dem Plan angegebenen Punkt, so gibt die Verbindungslinie die Stellung der Sonne in dem betreffenden Zeitpunkt an. Wer mit dem Gebrauch der Sonnenuhr vertraut ist, wird leicht erkennen, daß die die Jahrestage darstellenden

Kurven die um 180° gedrehten Bilder von Kurven sind, wie sie der Zeiger einer Azimutal-Sonnenuhr beschreibt. Diese symmetrisch zur Nord-Südrichtung verlaufenden Kurven sind annähernd in der gemäßigten und heißen Zone Hyperbeln, in der Polarzone Hyperbeln und Ellipsen (im Uebergang — Beginn und Ende der Mitternachtssonne — Parabeln) und auf den Polen selbst Kreise.

Um das Verfahren bei dem Entwurf eines Bauwerkes anzuwenden, ist ein Lageplan anzufertigen, der die Fensterachsen und die Umgebung des Gebäudes, insbesondere benachbarte Bauwerke und andere Gegenstände, die für die Himmelsilhouette in Frage kommen, enthalten muß. Der Maßstab des Lageplanes ist so zu wählen, daß der Höhen-Unterschied zwischen Oberkante derjenigen Fenster, deren Sonnenbestrahlungsdauer bestimmt werden soll, und der Oberkante der schattenwerfenden Umgebung gleich der Längeneinheit des

Sonnenzeitplanes wird. Wie zu verfahren ist, wenn ein Teil der Umgebung verschiedene Höhe hat, wird später gezeigt. Ist der Sonnenzeitplan nicht auf durchscheinendem Papier gezeichnet, so nimmt man für den Lageplan zweckmäßig solches Papier. Lageplan und Sonnenzeitplan legt man nun so übereinander, daß Fensterachsenpunkt und Beobachtungspunkt sich decken und daß die Himmelsrichtungen übereinstimmen. Diejenigen Flächen des Zeitplanes, die durch die Freiflächen des Lageplanes (Straßen, Plätze, Höfe, niedrige Baulichkeiten) durchschimmern, geben unmittelbar die Zeiten an,

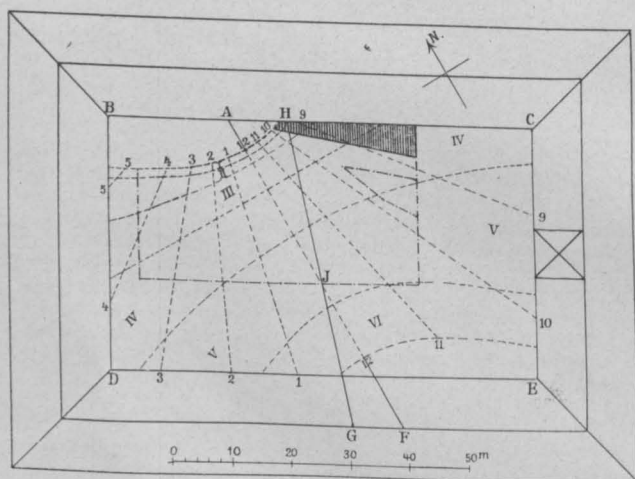


Abbildung 1. Lageplan.

treten, geographische Breite, Jahreszeit und Tagesstunde. Astronomische Hilfstafeln sind nicht immer zur Hand, ihr Gebrauch ist einem Architekten auch nur selten geläufig. In den wenigsten Fällen wird ein Gebäude völlig frei stehen, es ist also auch die Umgebung, in deren Schatten das Bauwerk gerät, in Betracht zu ziehen. Es verdient deshalb wohl ein zeichnerisches Verfahren Beachtung, das gestattet, ohne astronomische Kenntnisse die Zeit der Sonnenbestrahlung für jedes Fenster eines Gebäudes schon bei der Bearbeitung des Entwurfes gewissermaßen mechanisch abzulesen.

zu denen das Fenster bei wolkenlosem Himmel Sonnenbestrahlung erhält. Teile der Freiflächen des Lageplanes, die sich mit dem Fensterachsenpunkt nicht durch gerade Linien verbinden lassen, ohne daß im Wege stehende Bauteile geschnitten werden, müssen dabei außer Betracht bleiben.

Im Lageplan der Abbildung 1 sei *A* die Achse des Fensters, dessen Besonnungsdauer festgestellt werden soll. *A* liege auf der Hofseite einer Gebäudegruppe, die den Hof *B C D E* umschließt. Der Maßstab des Lageplanes sei so gewählt, daß der Höhenunterschied zwischen Oberkante des Fensters *A* und Oberkante Hofmauer der zunächst mit flachem Dach gedachten Gebäudegruppe gleich der Längeneinheit des Sonnenzeitplanes wird. Legt man *A* richtig auf den Beobachtungspunkt des Sonnenzeitplanes, so geben die durchschimmernden, gestrichelten Linien des Sonnenzeitplanes die Zeiten der Besonnungsdauer für das Fenster *A* an. Der mit I bezeichnete Raum zwischen den beiden obersten Kurven umfaßt dabei die Tage zwischen 22. Juni und 22. Mai, sowie zwischen 22. Juni und 22. Juli, der Raum II die Tage zwischen 22. Mai und 22. April, sowie zwischen 22. Juli und 22. August, der Raum III die Tage zwischen 22. April und 22. März, sowie 22. August und 23. September, der Raum IV die Tage zwischen 22. März und 22. Februar, sowie zwischen 23. September und 22. Oktober, der Raum V die Tage zwischen 22. Februar und 22. Januar, sowie zwischen 22. Oktober und 22. November und endlich der Raum VI die Tage zwischen 22. Januar und 22. Dezember, sowie zwischen 22. November und 22. Dezember. *) Die Fensterachse *A* erhält also Sonnenschein im Zeitraum I—III während ungefähr 8 Stunden täglich, im Zeitraum IV während ungefähr 7½ Stunden, im Zeitraum V während ungefähr 5 Stunden und im Zeitraum VI während ungefähr 3 Stunden. Verschiebt man den Lageplan parallel, sodaß die übrigen Fensterachsen nacheinander mit dem Beobachtungspunkt zur Deckung kommen, so kann man die Sonnenzeiten für sämtliche Fenster eines Geschosses auf einfachste Weise ablesen.

Erhält die Gebäudegruppe ein steiles Dach oder haben Teile der Umgebung eine größere Höhe, so kommt für die Besonnungsdauer nur ein Teil der Zeiten in Betracht und es gilt die richtige Begrenzungslinie für den Sonnenzeitplan zu finden. Allgemein ist die Begrenzungslinie die perspektivische Projektion der am Fenster sichtbaren Himmelssilhouette auf eine wagrechte Bildebene, die um die Längeneinheit des Sonnenzeitplanes höher als Oberkante des Fensters liegt, von dem Fensterachsenpunkt als perspektivischem Aufnahmepunkt aus. Die zeichnerische Lösung ist sehr einfach und kann auf verschiedene Weise erfolgen. In Abbildung 1 ist z. B. durch den Punkt *A* eine Linie gezogen, die den Dachfirst in *F* trifft — die Linie kann beliebig gezogen werden — es sind sodann die Strecken *AH* gleich der Längeneinheit des Sonnenzeitplanes und *FG* gleich der Höhe des Dachfirstes über Maueroberkante nach verschiedenen Seiten angetragen. *HG* schneidet *AF* in *J*, d. h. in dem Punkte *F* des Dachfirstes entsprechenden Punkt der Begrenzungslinie. Ebenfalls lassen sich die übrigen Punkte der Begrenzungslinie finden. In Abbildung 1 ist die Begrenzungslinie unter Berücksichtigung eines auf dem Dach gedachten Turmes als strichpunktierte Linie angegeben. Es erhält dann das Fenster *A* während der Zeitabschnitte I—III Sonne 7½ Stunden täglich, während IV ungefähr 6 Stunden, während V ungefähr 2½ Stunden und während des Zeitabschnittes VI so gut wie keine Sonne. Die schraffierte Fläche stellt die Zeiten dar, in denen das Sonnenlicht das Fenster *A* nur streift, für die Besonnung des hinter dem Fenster liegenden Raumes daher nicht in Frage kommt.

*) Anmerkung: Die Tage sind nicht kalendernäßig genau, sondern können von den Kalendertagen Abweichungen um 1–2 Tage zeigen.

Rechtsfragen.

Kriegsrechtliche Entscheidung des Reichsgerichtes. (Der Einfluß des Krieges auf Dienst- und Anstellungsverträge.) Das Reichsgericht hatte sich kürzlich zum ersten Mal mit der für die weiteren Kreise überaus wichtigen Frage zu befassen, ob der Krieg den Dienstherrn ohne weiteres berechtigt, seinen Angestellten wegen wichtigen Grundes im Sinne des § 626 BGB. zu entlassen. In Anlehnung an seine Entscheidung vom 4. Mai 1915, in der die Auflösung eines Mietvertrages durch den Krieg abgelehnt worden ist, hat der höchste Gerichtshof den gleichen Standpunkt auch hinsichtlich des Dienstvertrages eingenommen. Der Kriegsausbruch an sich ist, wie das Reichsgericht ausspricht, kein wichtiger Grund für den Dienstherrn, den Dienstvertrag aufzulösen, mag auch der Geschäftsbetrieb, für den der An-

In Abbildung 2 sind zwei Häusergruppen dargestellt, die sich an einer nahezu in der Nordsüdrichtung verlaufenden Straße gegenüber liegen; die Konstruktion der Begrenzungslinien ist für das Fenster *A* geschoßweise durchgeführt, die zeichnerische Lösung ist ohne weiteres klar, wenn man beachtet, daß die senkrechte Kathete der im Schnitt ersichtlichen Konstruktionsdreiecke gleich der Längeneinheit des Sonnenzeitplanes ist.

Das Ablesen der Sonnenzeiten bedarf einiger Übung; die Konstruktion der Begrenzungslinien läßt sich einschränken, wenn man Lagepläne in verschiedenen Maßstäben anfertigt. Was im Einzelfall schneller zum Ziel führt, wird man bald erkennen. Die mathematische Begründung des Verfahrens ist einfach, bietet aber für den Architekten kein Interesse, sodaß sie hier übergangen werden kann. Das Verfahren liefert beim Entwurf von Bebauungsplänen wichtige Anhaltspunkte für die Bestimmung der Richtung der Straßen und des Abstandes der Baufluchten und ist auch ein Mittel, um die Möglichkeit gärtnerischer Anlagen im Inneren der Baublocke zu prüfen.

Der Verfasser wird die Sonnenzeitpläne in verschiedenen Maßstäben veröffentlichen. Für die gewöhnlichen Fälle der Praxis genügt die Einteilung des Jahres in 12 Abschnitte und des Tages in 24 Abschnitte (Monate und Stunden), die dazwischen liegenden Zeiten können durch Mittelung gewonnen werden. Für besondere Fälle kann es sich empfehlen, Pläne mit mehr Unterabteilungen zu verwenden, wie sie der Verfasser nach Bedarf zu veröffentlichen gedenkt. In den Plänen sind diejenigen Zeiten nicht unmittelbar ablesbar, in denen die Schatten sehr lang werden. Praktisch haben

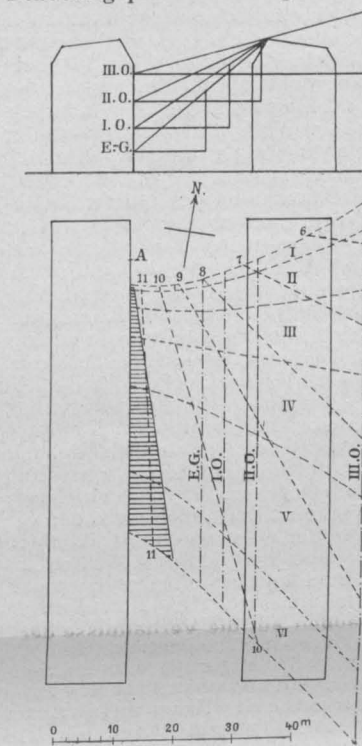


Abbildung 2.

ben diese Zeiten wenig Bedeutung, da der Horizont selten ganz eben ist und diese Zeiten infolge der starken Refraktion der Sonnenstrahlen in der Nähe des Horizontes nicht genau sind. Kommt es im Einzelfall auf diese Zeiten an, so kann man sich mit einer Hilfskonstruktion helfen.

Es ist bekannt, welche Wirkung die Sonnenstrahlung in bezug auf die Wohnlichkeit von Innenräumen ausübt und wie sehr architektonische Wirkungen von der Besonnung abhängen. Der Architekt, der sich das Verfassen der Sonnenzeitpläne zu eigen macht, wird finden, daß sich die aufgewendete Mühe reichlich lohnt. Wie weit die Belichtung von Innenräumen mit der Sonnenbestrahlung zusammenhängt und welche Anforderungen sich in städtebaulicher und baupolizeilicher Hinsicht ergeben, behält sich der Verfasser vor, in einem späteren Aufsatz darzulegen. —

gestellte angenommen ist, durch den Krieg unlohndend geworden sein. Nur wenn die Ausübung dieses Geschäftsbetriebes überhaupt unmöglich geworden ist, kann der Dienstherr die Aufhebung des Vertrages wegen wichtigen Grundes verlangen. Es handelte sich um folgenden Streitfall:

Der Kläger Dr. T. war früher Herausgeber und Verleger der Export-Zeitschrift „Süd- und Mittelamerika“. Er verkaufte die sämtlichen Geschäftsanteile durch Vertrag vom 22. Oktober 1913 an die Verlagsbuchhandlung Firma B., G. m. b. H. in Berlin. Gleichzeitig schlossen die Parteien einen Dienstvertrag, wonach Dr. T. auch fernerhin Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift bleiben sollte, und zwar zunächst auf die Dauer von 4 Jahren gegen ein festes Gehalt. Nach Kriegsausbruch, am 25. August 1914, hat die Firma B. dem Dr. T. ohne Ein-

haltung einer Kündigungsfrist gekündigt. Sie meint, der Ausbruch des Krieges sei ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 BGB. zur Entlassung des Klägers; die Zeitschrift sei eine Export-Zeitschrift für die mittel- und süd-amerikanischen Republiken, der Krieg habe die ganzen Beziehungen nach dort zerstört, ein Versand der Zeitschrift nach Amerika sei nicht möglich, die Abonnenten und Inserenten seien abgesprungen, sodaß das Erscheinen der Zeitschrift habe eingestellt werden müssen. Dr. T. bestreitet demgegenüber die Rechtsgültigkeit der Kündigung und hat gegen die Firma B. Klage auf Zahlung seiner fälligen Gehaltsraten erhoben. Sowohl das Landgericht Berlin als auch das Kammergericht haben die Beklagte zur Zahlung des Gehaltes verurteilt und die Widerklage der Beklagten auf Feststellung, daß dem Kläger keine Ansprüche aus dem Vertrag mehr zustehen, abgewiesen. Das Reichsgericht hat die von der Beklagten hiergegen eingelegte Revision zurückgewiesen, indem es zur Begründung dieses Urteils ausführte: Der erkennende Senat hat schon in der Entscheidung vom 4. Mai 1915 sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß unser geltendes Recht dem Richter nicht die Machtbefugnis gibt, in außerordentlichen Fällen (wie hier infolge des Krieges) unter den beteiligten Vertragsparteien einen billigen Ausgleich zu schaffen. Diese Möglichkeit besteht insbesondere nicht in den Fällen des § 626 BGB., wenn es sich um die Kündigung eines Dienstvertrages seitens des Dienstherrn handelt. In solchen Fällen kann das Gericht nur aussprechen, entweder daß die Kündigung unberechtigt ist, dann bleibt der Vertrag während seiner ganzen Dauer fortbestehen; oder es spricht aus, daß die Kündigung berechtigt ist, dann verliert der Angestellte sein ganzes Gehalt. Im vorliegenden Fall fragt es sich deshalb nur, ob durch den Krieg ein wichtiger Grund für die Beklagte zur Auflösung des Vertrages geschaffen worden ist. Der Senat ist in Uebereinstimmung mit dem Kammergericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein solcher wichtiger Grund unter den obwaltenden Umständen nicht vorliegt. Wenn es einem Verleger durch den Krieg schlechthin unmöglich ist, eine Zeitschrift nach den für sie bestimmten Ländern weiter zu verbreiten (hier nach Mittel- und Südamerika), dann liegt allerdings eine Unmöglichkeit vor, den Geschäftsbetrieb fortzuführen und den Dienstvertrag einzuhalten. Im vorliegenden Fall ist aber in diesem Sinne der Weiterbetrieb der Zeitschrift nicht unmöglich. Die Postverhältnisse gestatten es noch immer, durch Vermittelung der neutralen Länder Sendungen nach Amerika gelangen zu lassen. Freilich kann der Betrieb der Zeitschrift durch den Krieg unlohnend geworden sein. Dieser Gesichtspunkt allein, die Unmöglichkeit, einen Gewinn aus dem Geschäftsbetrieb zu erzielen, berechtigt den Verleger aber nicht, den Dienstvertrag mit dem Angestellten aufzuheben. Es liegt deshalb ein wichtiger Grund zur Lösung des Vertrages nicht vor; die Kündigung der Beklagten war somit unberechtigt und sie ist zur Weiterzahlung des Gehaltes an den Kläger verpflichtet. (Aktenzeichen: III. 193/15. — Urteil des Reichsgerichtes vom 30. November 1915.) —

Vermischtes.

Die Herkunft des Wortes „Ingenieur“. In Nr. 16 d. J. der „Deutschen Bauzeitung“ führt Hr. Below Einiges zur Bezeichnung „Ingenieur“ an. Er möchte das Wort auch vom Zeicheneintragen in das Buch der Bauhütte ableiten. Mag sein, daß seine Vermutung stimmt. Ingenieur könnte aber gerade deshalb auch mit „ingenium“ zusammenhängen, weil es nach der Schreibart insignierius mit „insignis“ zusammengestellt werden kann. Und „insignis“ bedeutet ausgezeichnet, sich auszeichnend, vortrefflich, allerdings zunächst „mit einem Kennzeichen versehen“. Ein Durch-einandergehen der Vorstellung von einer besonderen Leistungsfähigkeit (wie in „ingenium“) und vom Recht, Zeichen, Steinmetzzeichen, eintragen zu dürfen, wie Below vorschlägt, ist also schon in dem Begriff „insignis“ enthalten. Warum sollte aber die nächstliegende Grundbedeutung „mit einem Zeichen, Kennzeichen versehen“, nicht zugrunde gelegt werden? „Insignier“ wäre dann der, welcher ein Musterzeichen auf einem Schild, also als Wappen, führen darf. „Insignia“ sind schon den Römern die Ehrenzeichen eines Amtes (Liktorenbündel usw., auch Wappen), die öffentlichen Zierden, vielleicht auch im Sinn von Siegeln. Man kann auch an eine Art schriftlicher „Diplomierung“ denken, als das Recht, den Titel „insignierius“ zu führen, wie heute Dipl.-Ing. Da „insignire“ italienisch schmücken, zieren bedeutet, so kann man bei „insignierius“ an den Begriff einer künstlerischen Leistung denken. Meines Wissens kommt in deutsche Verhältnisse betreffenden Urkunden das Wort „insignierius“ oder „ingenierius“ nicht vor. Wir müssen doch bei einer in Italien

entstandenen und italienische Verhältnisse betreffender Nachricht in erster Linie aus den dortigen Verhältnissen heraus unsere Schlüsse ziehen. Dabei ist vielleicht zu beachten, daß das italienische „insignire“ so viel ist, wie zum Herrn machen; „Signore“ der Gebieter, „Insigniorius“ kann also dort den Sinn von „Designator“, Anordner haben. Wenn wir nun wissen, daß in Deutschland z. B. beim Bau der Ehrenburg in Coburg, der bekannte Nikel Grohmann, also ein Mann von Künstler Ruf, wie Ensinger, „oberster Bevelshaber des Baues“ ist, so ist, an deutschen Verhältnissen gemessen, aus denen Ulrich Ensinger nach Mailand kam, „insignierius“ nichts Anderes als ein solcher „oberster Bevelshaber des Baues“, d. h. ein mit der Oberleitung Betrauter, wie uns das heute noch in unserer Gebührenordnung dargelegt ist.

Was nun den weiter von Below angeführten Titel „magister fabricae“ anbelangt, so ist es nicht richtig, daß „magister fabricae“ den Kirchenbaumeister unbedingt bezeichnet, was bei Ulrich von Ensingen zu stimmen scheint. Im Gegenteil, aus den von Hasak mitgeteilten Urkunden (Hdb. d. Arch. II, 4. 3. S. 222 ff.) geht hervor, daß der Ausdruck den Fabrikmeister, d. h. Lohnmeister, wörtlich den in Franken sogenannten „Gottes Hausmeister“, den Kirch-kassenverwalter, Kirch-kassenrechner bedeutet. Solcher „Magistri fabricae“ waren stets zwei. So auch in der Ortsgeschichte von Königsberg in Franken (Marienkirche und Friedl. ofskapelle), wo 1420 letztere „sub magistris fabricae . . . hermann lauring und Iohann mollner“ erbaut wurde. Mollner ist der Vater des bekannten Johannes Regiomontanus und seines Zeichens ein Müller! Die Kirchenfabrik ist die Kirchbaukasse wohl in den meisten Fällen. Es stimmt also die Annahme nicht, daß der „magister fabricae“ den künstlerischen Teil, der „insignierius“ den technischen Teil des Bauwesens unter sich gehabt haben konnte. Hasak weist nach, daß der „magister operis“ die Künstlerperson ist. Es werden mithin Belows Annahmen nicht aufrecht zu erhalten sein.

Mir scheint die Frage nach der Bedeutung des einen wie des anderen nur nach örtlichen Verhältnissen lösbar. Ensinger kann als „Ober-Bevelshaber“ auch das Vertrauensamt des „Kassenführers“ gehabt haben. Es sei auch darauf hingewiesen, daß Hasak a. a. O. zum ersten Mal nachwies, daß so mancher Bauherr als Laie oder Geistlicher zu Unrecht in den Ruf eines Künstlers kam, z. B. Bernward von Hildesheim. Die Begriffsverwirrung auf künstlerischem Gebiet war gewiß im Mittelalter genau so vorhanden, wie sie der Wiener Kunsthistoriker A. Haudecky im Fall des von Ilg zu Unrecht auf den Schild erhobenen Maurermeisters Donat Allio in Klosterneuburg im achtzehnten Jahrhundert dargelegt hat. —

Prof. Leop. Oelenheinz in Coburg.

Wettbewerbe.

Wettbewerb Bebauungsplan Soest. Der Magistrat macht bekannt, daß die Ablieferungsfrist für die Entwürfe bis zum 30. August d. J. verlängert wurde, was der Bearbeitung der anziehenden Aufgabe sehr zustatten kommen dürfte.

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für die äußere Gestaltung eines eisernen Buches der Stadt Köln für die Kriegsjahre 1914-16 liefen gegen 100 Arbeiten von in Köln geborenen oder dort ansässigen Bewerbern ein. Preise von je 250 M. erhielten Prof. Ernst Riegel und Paul Bernardelli. Preise von je 100 M. fielen an A. Altenkirch, Jos. Wentzler und Alb. Faglin. Angekauft wurden Arbeiten von A. Rohrmüller, Jos. Wentzler, Heinr. Renard und Heinr. Schreiner. —

Wettbewerb Elias-Friedhof Dresden. Erläuternd gibt der Rat zu Dresden Folgendes bekannt: Zweck des Ausschreibens ist lediglich, zu Vorschlägen für die künftige Gestaltung des Elias-Friedhofes anzuregen. Hierbei soll dem Künstler jede Freiheit, insbesondere die Möglichkeit einer weitgehenden Erhaltung des jetzt bestehenden Friedhofbildes gelassen werden. In Verbindung damit kann zwar nach § 3 der Ausschreibungs-Bedingungen die Errichtung eines Gedächtnisbaues gebracht werden, aber nötig oder wesentlich ist das nicht; man will nur dem Versuch einer solchen Verbindung nicht von vornherein entgegen treten. —

Inhalt: Neuer Ostfriedhof in Innsbruck-Pradl. — Die Verringerung der Krankenhaus-Baukosten. — Der Sonnenzeitplan des Architekten. — Rechtsfragen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Neuer Ostfriedhof in Innsbruck-Pradl.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.